

Jahrestagung

Definiere Deutschland!

Großer Konvent der Schader-Stiftung

Dokumentation der Jahrestagung am 10. November 2017

Schader-Stiftung (Hrsg.)



Schader Stiftung

Herausgeber

Schader-Stiftung
Goethestraße 2, 64285 Darmstadt
Telefon 0 61 51 / 17 59 - 0
Telefax 0 61 51 / 17 59 - 25
kontakt@schader-stiftung.de
www.schader-stiftung.de

Redaktion

Alexander Gemeinhardt (verantwortlich), Peter Lonitz

Texte

Tyll Birnbaum, László Göring, Saskia Flegler, Verena Fries,
Alexander Gemeinhardt, Jens Hübertz, Peter Lonitz,
David Meier-Arendt, Kirsten Mensch, Marc Anatol Pirogan,
Natascha Riegger, Tobias Robischon, Frauke Taake

Korrektorat

Monika Berghäuser, Alla Stoll

Photographie

Christoph Rau, Darmstadt

Satz

Ph. Reinheimer GmbH, Darmstadt

Gestaltung und Herstellung

Ph. Reinheimer GmbH, Darmstadt

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-932736-48-3



Dezember 2017

Inhaltsverzeichnis

1

7 **Einleitung**

2

12 **Programm**

3

19 **Prolog**

4

21 **Keynotes**

5

35 **Dialog-Cafés**

6

91 **Biogramme der Teilnehmenden**

7

123 **Wahl zum Kleinen Konvent**

Der Appell „Definiere Deutschland!“ hat die Schader-Stiftung durch das politisch bewegte Jahr 2017 begleitet. Eine Provokation sicherlich, ein Ausruf und eine Aufforderung zur Reflexion, eine Unmöglichkeit und Uneinlösbarkeit und doch ein Thema, dem sich zu stellen unbedingt notwendig erscheint. Ein Desiderat, das Gestalt gewinnt in einer teils amorph anmutenden politischen Situation dieses Landes, ein Thema jedenfalls, um das man nicht herumkommt, wenn man weiterkommen will. Und offensichtlich bewegen ähnliche Fragen nicht nur die Schader-Stiftung.

Wer ist Wir?

„Wer ist Wir?“ fragt das Staatstheater Darmstadt in seiner aktuellen Spielzeit 2017/18 und hat unter diesem Motto dem Darmstädter Gespräch in diesem Jahr neue Bedeutung verliehen. „Leere Herzen“ beschreibt Juli Zeh in ihrem neuen Roman – in der Woche des Konvents erschienen –, in dem uns unter anderem eine „Bundeszentrale für Leitkultur“ erwartet. In ihrem neuen Deutschland, unserem womöglich nur um Augenblicke voraus, ist „Politik wie das Wetter: Sie findet statt, ganz egal, ob man zusieht oder nicht, und nur Idioten beschwerten sich darüber.“ Das ist vielleicht etymologisch unsauber und tut dem Idioten einmal mehr Unrecht, trifft aber eine gewisse Sorge und auch einen gewissen Ärger, dem unser Thema entspringt; dass nämlich Unmündigkeit und Untätigkeit selbstverschuldeter sein könnten denn je und in diesem Sinne der Staatsbürger ein Idioten ist, ein ἰδιώτης, der sich seiner politischen, seiner öffentlichen Verantwortung entzieht, sich gar seiner Vernunft nicht bedient. So migriert im Anschluss an den Konvent von 2016 „Kulturelle Praktiken 4.0“ dessen Untertitel „Verführung oder Selbstbestimmung?“ subversiv in das aktuelle Konventsthema und fasst den ursprünglichen Kontext der Digitalisierung weiter. Die Frage nach der Selbstbestimmung könnte nicht nur eine individuelle, sondern auch eine kollektive sein, nämlich als Aufgabe der Selbst-Bestimmung, der wir uns in diesem Jahr ausgesetzt haben: Zu definieren, wer wir sind. Und schon in diesem Satz ist jedes Wort folgeschwer erklärungsbedürftig. Jedenfalls hat das selbst aufgegebene Thema unsere Stiftung mit ihrem Auftrag des Dialogs zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis ebenso wie unsere Projektpartnerinnen, die Mitwirkenden und Teilnehmenden unserer Veranstaltungen und Projekte bewegt und beschäftigt. Der Bezug zu den „Kulturellen Praktiken 4.0“ ist darüber nicht verloren gegangen, sondern hat sich tief in den Fragestellungen der Schader-Stiftung festgesetzt und findet sich auch in etlichen Facetten dieser Dokumentation wieder. Ganz so, wie es der gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabe und der Beheimatung der Stiftung in der Digitalstadt 2018/19, der Wissenschaftsstadt Darmstadt, entspricht.

Eine gemeinsame Aufgabe

Ein Jahr unter dem Konventsthema „Definiere Deutschland!“ hat eine Fülle von Topoi hinterlassen, über die seitens der Schader-Stiftung gesprochen werden könnte und an geeigneter Stelle auch gesprochen wird, etwa in Berichten und Beiträgen unter schader-stiftung.de und im zweimal jährlich erscheinenden Magazin „Schader-Dialog“. Inhaltlich prägen den Großen Konvent indes die Beteiligten selbst. Eigene Erkenntnis zu vermitteln und eigene Policy zu machen ist nicht Aufgabe dieser Stiftung, die sich als Plattform, als Vermittlerin und Ermöglicherin sieht. Zur seismographischen Ermöglichungsfunktion einer zutiefst unabhängigen Stiftung gehört es allerdings, Räume zu schaffen, in denen mit allen Potenzialen des Dialogs um Positionen gerungen werden

kann. Deshalb wurden auch für diesen fünften Großen Konvent Persönlichkeiten aus Forschung und Lehre der Gesellschaftswissenschaften und anderer Wissenschaftsbereiche, aus dem Wissenschaftstransfer und -management, aus der Zivilgesellschaft, nichtstaatlichen Organisationen, Verbänden, Initiativen, aus der Politik, Verwaltung und aus Unternehmen eingeladen, um bewusst im Sinne der Schader-Stiftung zu denken und zu diskutieren. Deshalb entstanden aus konkreten Projekten und virulenten Fragestellungen der Stiftung sechs Dialog-Cafés, in denen das strukturierte Gespräch im Vordergrund steht. Und deshalb hält sich die Schader-Stiftung selbst zurück mit dem, was ihre Konventsmitglieder doch mindestens ebenso gut, wesentlich vielfältiger, erfahrener, diverser, jünger, mit anderen Horizonten und neuen Ideen beitragen können. Wir sind zutiefst dankbar für diese herausragende Unterstützung unserer Arbeit. Die zeitnahe Vorlage dieser Dokumentation – sechs Wochen nach der Jahrestagung am 10. November – ist unsere Antwort auf das Engagement der Mitglieder des Großen Konvents. Auch in diesem fünften Dokumentationsband des Großen Konvents haben wir uns bemüht, neben der Dokumentation der Keynotes gerade die Diskussionen in den Dialog-Cafés nachzuzeichnen und als Ressource für das weitere Gespräch zur Verfügung zu stellen. Deshalb steht die Dokumentation selbstverständlich als offene Ressource allen interessierten Personen und Institutionen, der Forschung, Lehre und Anwendung in der Praxis zur Verfügung.

Ein großer Konvent

Für die Schader-Stiftung, die in diesen Tagen des Konvents in das 30. Jahr ihres Bestehens geht, ist die Resonanz auf die Einladung zum Großen Konvent ein Geschenk. Erwähnenswert sind aber durchaus auch Rückmeldungen, die in kürzeren und längeren Beiträgen eine je persönliche Absage mit dem Hinweis auf die Bedeutung des Themas verknüpfen. Über 170 geladene Gäste haben sich intensiv in die gemeinsame Arbeit eingebracht, die Biogramme der Teilnehmenden finden sich im Anhang. Der Konvent, der 2013 in einer kleineren Runde begann, ist zum essenziellen Teil der Stiftungsarbeit geworden und umgekehrt rinnt die Essenz der Konvente durch die Projekte der Stiftung. Dieser fünfte Große Konvent ist aber nicht nur größer, sondern auch deutlich jünger geworden. Wir haben gezielt die nächste Generation gebeten, uns zu unterstützen; Menschen, die bereits jetzt in einer Vielzahl von Projekten der Schader-Stiftung aktiv sind und auch einige Dialog-Cafés mitgestaltet haben. Der Kleine Konvent als Wissenschaftlicher Beirat der Schader-Stiftung, der aus dem Großen Konvent heraus gewählt wird, hat nicht nur in Nachfolge von Wiebke Drews mit Sebastian Kurtenbach ein neues Mitglied der nächsten akademischen Generation kooptiert, sondern auch ein besonderes Augenmerk auf die Vertretung der jungen Perspektive gelegt.

Der Große Konvent zeichnet sich durch die Expertise seiner Mitglieder aus. Wir wissen um die Ehre, das Programm der Stiftung nicht nur aus den Gremien zu entwickeln, sondern die Fülle der Gesellschaftswissenschaften dafür nutzen zu dürfen. Aber auch der Große Konvent ist keine Konferenz eines abgeschlossenen wissenschaftlichen Zirkels, sondern ein Dialog auf Augenhöhe mit exzellenter Praxis. Zur Initiierung des Austauschs in den sechs Dialog-Cafés wurden wieder für jede der drei Sessions vorab Personen gebeten, mit einem prägnanten Impuls einen Anstoß zum Gespräch zu geben. Zehn Minuten, das lernt man mit diesem Format, reichen nur, aber immerhin für einen guten Gedanken, der ertragreiche, bisweilen eine hoch dynamische Kommunikation ausgelöst hat. Gastgeberinnen und Gastgeber der Dialogrunden waren die Referentinnen und Referenten der Schader-Stiftung, begleitet wurden die Cafés durch Mitglieder der Gremien. Praktikanten und freie Mitarbeiterinnen haben wir für die Protokollierung gewinnen können. Diese Namen finden sich im Kopf der Berichte zu den einzelnen Dialog-Cafés, die einzelnen Gegenständen zugeordnet sind, die die Schader-Stiftung aus ihren Projekten ganz besonders umtreiben; Gerechtigkeit, Sprache, Ökonomie, Integration, Nachhaltigkeit und Wissenschaft.



Vom Prolog zum Epilog

Die Diskussionen sind über den Tag des Konvents hinaus nicht unbeeindruckt geblieben vom filmischen Prolog. Im Vorfeld hatten wir fünf Menschen gebeten, ihre Sicht auf das Thema vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen und Aufgaben anzureißen. Menschen, die der Schader-Stiftung in verschiedener Weise verbunden sind und die wir vorab ganz aktuell befragen durften. Der vielgereiste Stadtplaner, die muslimische Stipendiatin, der Leitende Kriminaldirektor, die Soziologin und Drag Queen und die schwedische Studienleiterin – schon an den verkürzten Beschreibungen wird deutlich, wie vielschichtig eine Charakterisierung einzelner Positionen und Persönlichkeiten ansetzen müsste, und doch haben die pointierten Einlassungen dieser fünf Personen einen Raum für überraschende und anregende und vielfältige Positionen aufgeschlossen. Der Prolog ist wie die fünfminütige Videodokumentation des Konvents online abrufbar. Die beiden prägenden Keynotes wurden transkribiert und stehen für den Druck leicht überarbeitet zu Beginn dieser Dokumentation. Wir sind Paul Kirchhof und Safiye Yıldız in besonderer Weise zu Dank verpflichtet für das weite Feld, das sie je eigen klar und speziell unter dem Titel „Definiere Deutschland!“ aufgespannt haben.

Mit der Dokumentation endet der Große Konvent 2017, es beginnt allerdings die kontinuierliche weitere Arbeit an diesem überkomplexen Gegenstand. Die Schader-Stiftung ist auch über 2017 hinaus auf Ideen, Projekte und Tagungen in diesem Kontext gespannt und weiter offen für Anregungen derer, die im Angebot der Dialogvermittlung und der Bereitstellung einer nicht nur räumlichen, sondern auch fachkompetenten Ressource ein echtes Angebot sehen. Namentlich die Mitglieder des Großen Konvents sind hoch willkommen als kritische und wache Begleiter und Beobachterinnen des Auftrags der Schader-Stiftung und als Anregerinnen und Anstifter neuer Ideen, Projekte und Kooperationen. Sowohl im laufenden Projekt „Integrationspotenziale in Gesellschaftswissenschaften und Praxis“ als auch im 2018 neu beginnenden Projekt „S:NE Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung“, in dem die Schader-Stiftung eine Transferplattform für das Verbundprojekt der Hochschule Darmstadt bereitstellt, aber auch in den vielen eingespielten und neuen Projekten wird uns der Appell „Definiere Deutschland!“ begleiten. Ob in einem 2018 startenden Schwerpunkt zur Finanzkrise, in einer interdisziplinären Konferenz zu Fragen des Populismus oder zur bleibenden Aufgabe des Zusammenlebens in den Städten; das Konventsthema verliert nicht so bald seine Aktualität.

Mehr ... wagen

In ihrem dreißigsten Jahr wird die Schader-Stiftung 2018 „Mehr ... wagen“. Das Jahr 2018 bietet Daten, denen man sich kaum entziehen mag. Selbstverständlich schaut eine gesellschaftswissenschaftlich ausgerichtete Stiftung fünfzig Jahre zurück, auf 1968.

Und wenn am 9. November 2018 der sechste Große Konvent stattfindet, zeigt schon die terminliche Brisanz inhaltliche Ansätze. Allerdings wird die Schader-Stiftung nicht nur und nicht schwerpunktmäßig zurückschauen, sondern dezidiert voraus – auf 2018 und die politisierte Gesellschaft dieses Jahres, der letzten fünfzig und der letzten hundert Jahre. Sicher nicht als eine „Bundeszentrale für Leitkultur“, sondern mit wachem Blick auf die bleibenden Aufgaben vernünftiger und engagierter, verantwortlicher Gesellschaftswissenschaften und ihrer Praxis. Deshalb lautet das Konventsthema 2018 *Mehr ... wagen. '68, '18 und die politisierte Gesellschaft*

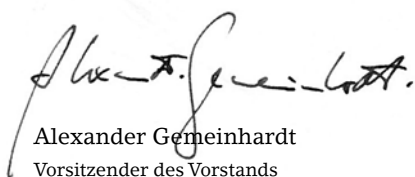
Definiere den Großen Konvent!

Der Kleine Konvent begleitet die Schader-Stiftung fachlich und kollegial, sein Sprecher Klaus-Dieter Altmeyen (Eichstätt) und sein neues Mitglied Caroline Y. Robertson-von Trotha (Karlsruhe) wurden nicht nur, gemeinsam mit Gabriele Abels (Tübingen), am 9. November (wieder) gewählt, sondern beide haben den Großen Konvent aufmerksam und souverän moderiert. Dank gebührt dem ausgeschiedenen Mitglied Stephan Lessenich (München). Der Stiftungsrat unter der Leitung von Rudolf Kriszeleit und dem zum Jahresende scheidenden Hanns H. Seidler schafft für die operative Stiftungsarbeit den notwendigen Freiraum, mutig, kreativ und immer wieder auch quer zum Üblichen zu denken und zu agieren.

Die Mitglieder des Großen Konvents stellen der Stiftung immer wieder bei der Jahrestagung und unterjährig ihre Kompetenz und Expertise zur Verfügung. Ein Blick auf die Biogramme der Teilnehmenden lässt die Leserin und den Leser vielleicht erahnen, mit welcher Dankbarkeit die Stiftung dieses Engagement annimmt, in großer Breite und Tiefe gesellschaftswissenschaftliche Fragen diskutieren zu können. Dabei spielen die Beteiligten aus der Praxis eine zentrale Rolle, die Lebensnähe und gesellschaftlichen Auftrag, ökonomische und juristische Rationalität, aber auch Perspektiven von Kunst und Kultur, von gerechter Teilhabe, nachhaltiger Entwicklung und kultureller Vielfalt zur Sprache bringen.

Von der ersten Ideenfindung bis zur Dokumentation des Großen Konvents lebt diese Stiftung von erfahrenen und neuen Kolleginnen und Kollegen, die Moderatorinnen, Protokollierende, vor allem aber Gastgeber sind, die hinhören und aufmerken und festhalten und formulieren, was Aufgaben und Herausforderungen der Stiftung und ihrer Partnerinnen und Partner sind und sein sollen im Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis. Dazu gehören die Wissenschaftlichen Referentinnen und Referenten ebenso wie die Mitarbeitenden in Projektmanagement, Organisation, Haus- und Veranstaltungstechnik und Verwaltung sowie die derzeitigen und ehemaligen Praktikantinnen und Praktikanten, die sich immer wieder für die Sache der Schader-Stiftung begeistern lassen.

Mehr ... wagen kann am Ende eine Stiftung, die dankbar auf das große Engagement schauen darf, das ihr zuteil wird. Die brillante Gründungsidee von Alois M. Schader ist heute aktueller denn je und hat in dreißig Jahren an Bedeutung und Brisanz kontinuierlich gewonnen. Dass die Stiftung in diesem Jubiläumsjahr auch den 90. Geburtstag ihres Stifters mit ihm feiern dürfen, ist Grund zu Dankbarkeit und Motivation für die weitere Arbeit.



Alexander Gemeinhardt
Vorsitzender des Vorstands
Direktor des Stiftungszentrums

30 Schader Stiftung
1988–2018

- 9:30 - 10:30 Uhr **Galerie**
Führungen in der Galerie der Schader-Stiftung
DIALOGE 06 „Human Network“
- 10:30 - 10:40 Uhr **Begrüßung**
Alexander Gemeinhardt,
 Vorstand der Schader-Stiftung
- 10:40 - 11:00 Uhr **Prolog**
„Definiere Deutschland!“ Fünf Perspektiven
Loimi Brautmann,
 Urban Media Project, Offenbach
Sarah El Shebini,
 Stipendiatin der START-Stiftung, Frankfurt am Main
Dirk Engelhard, Leitender Kriminaldirektor Abteilung Einsatz,
 Polizeipräsidium Südhessen, Darmstadt
Dr. Stina Kjellgren,
 Evangelische Akademie Frankfurt
Rosa Opossum,
 Vielbunt e.V., Darmstadt
- 11:00 - 11:50 Uhr **Keynotes**
Prof. Dr. Dres. h.c. Paul Kirchhof,
 Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Senat der Schader-Stiftung
Dr. Safiye Yıldız,
 Eberhard Karls Universität Tübingen
- 11:50 - 12:20 Uhr **Aussprache**
Gesamtmoderation
Prof. Dr. Klaus-Dieter Altmeyden,
 Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt
Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha,
 Karlsruher Institut für Technologie (KIT)
- 12:20 - 12:30 Uhr **Wahl**
**Erläuterung des schriftlichen Verfahrens und Vorstellung der
 Kandidierenden für den Kleinen Konvent (Wissenschaftlicher
 Beirat) der Schader-Stiftung**
- 12:30 - 13:30 Uhr **Mittagessen**

Dialog-Cafés

Dialog-Café 1 Einigkeit und Recht und Gleichheit

Begleitung: Wiebke Drews, European University Institute, Florenz

Moderation: Verena Fries, Schader-Stiftung

Die Bundesrepublik Deutschland war insbesondere in der Nachkriegszeit ein Land des sozialen Aufstiegs. Generationen profitierten von Wirtschaftswachstum, gestiegenen Löhnen, sozialen Sicherungssystemen. Konnten sich frühere Generationen noch sicher sein, dass es ihnen einmal besser gehen würde als den eigenen Eltern, stagniert heute das Potential des sozialen Aufstiegs oder ist gar rückläufig.

Dialog-Café 2 Man spricht deutsch

Begleitung: Dr. Christof Eichert, Vorstand der Schader-Stiftung

Moderation: Dr. Kirsten Mensch, Schader-Stiftung

Von den einen als schwierig gefürchtet, von anderen als reichhaltig und ausdrucksstark verehrt, ist die deutsche Sprache ein wichtiges Element dessen, was Deutschland ausmacht und im Inneren verbindet. Zugleich bedeutet die deutsche Sprache aber auch eine Herausforderung für diejenigen, die sie als differenzierte Bildungssprache lernen müssen, für jene, die im Dialekt behemtet sind, und schon gerade auch für jene, die sie als zweite Sprache oder als Fremdsprache überhaupt erst erlernen müssen.

Dialog-Café 3 Wirtschaftswunderland – Wirtschaftswerteland

Begleitung: Prof. Dr. Stefan Selke, Hochschule Furtwangen

Moderation: Dr. Tobias Robischon, Schader-Stiftung

Wirtschaftswunderland Deutschland: Wirtschaftlicher Erfolg definiert wie wohl kaum ein anderer Aspekt das Selbst- wie Fremdbild der Bundesrepublik Deutschland. Das westdeutsche Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit wirkt als nationaler Gründungsmythos, die Kaufkraft der Deutschen Mark war treibendes Moment der Wiedervereinigung. Wirtschaftswerteland Deutschland: Soziale Verantwortung und moralischer Anspruch sind prägend für den deutschen Blick auf Wirtschaft, zugleich sind dies hierzulande – vom ehrbaren Kaufmann bis zum Leitbild Nachhaltigkeit – feste Bestandteile des Selbstverständnisses der unternehmerisch Tätigen. Dennoch wird das Land auch als unfair, kalt und sozial ungerecht bezeichnet.

Dialog-Café 4 Schwarz-rot-bunt

Begleitung: Prof. Dr. Gabriele Abels, Eberhard Karls Universität Tübingen

Moderation: Natascha Riegger, Schader-Stiftung

Innerhalb von Informations- oder Mediengesellschaften findet die Integration von Migrantinnen und Migranten auch über die Einbindung in den medialen Informations- und Kommunikationsprozess statt. Wie sieht die aktive Nutzung der neuen Medien aus und können sie die Chance auf gesellschaftliche Teilhabe befördern? Wie lassen sich unterschiedliche Nutzungsverhalten der Migranten und der Aufnahmegesellschaft miteinander vereinbaren? Und wie können Gesellschaftswissenschaften Aufschlüsse über medial vermittelte Integrationsprozesse von Minderheiten in die Mehrheitsgesellschaft geben?

Dialog-Café 5 Stadt-Land-Überfluss

Begleitung: Dr. Sebastian Kurtenbach, Universität Bielefeld

Moderation: Peter Lonitz, Schader-Stiftung

Die Entwicklung der Städte als Ausdruck gesellschaftlichen Wandels wahrzunehmen und sie durch transparente Verfahren in produktiver und nachhaltiger Kooperation unterschiedlichster Akteure steuern zu lernen: Dies sollte im Selbstverständnis der Zivilgesellschaft eine Gemeinschaftsaufgabe von höchstem Rang sein – eine Gemeinschaftsaufgabe, die weder den gerade politisch oder wirtschaftlich Mächtigen noch einer technokratischen Funktionselite überlassen werden darf. Herausforderungen liegen vor allem in einer integrierten Stadtentwicklungspolitik, die städtebauliche Aufgaben und Instrumente mit denen anderer raumrelevanter Fachpolitiken im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung verknüpft.

Dialog-Café 6 Dichter, Denker, Ingenieure

Begleitung: Prof. Dr. Ursula Münch, Akademie für Politische Bildung Tutzing

Moderation: Saskia Flegler, Schader-Stiftung

Deutschland ist ein attraktiver Wissenschaftsstandort, dessen politische Rahmenbedingungen es ermöglichen, gute Wissenschaft zu betreiben. Gleichzeitig erodiert jedoch an vielen Stellen der Gesellschaft das Vertrauen in die Wissenschaft. Bei politischen Auseinandersetzungen werden wissenschaftliche Fakten oftmals infrage gestellt. Auch im globalen Kontext gefährden politische Entwicklungen in vielen Ländern die Freiheit der Wissenschaft. Wie kann die Wissenschaft diesen Tendenzen entgegenwirken, um ihre eigene Integrität zu wahren?

13:30 - 14:30 Uhr

Session 1

Dialog-Café 1

Ricarda Steinbach, Point Alpha Stiftung, Geisa

Die Errungenschaften der Demokratie werden für Viele immer weniger deutlich. Die Schere zwischen Arm und Reich geht auseinander, die Angst vor sozialem Abstieg ist groß, ein gesellschaftlicher Aufstieg eher schwierig. Frustration, Proteste, Radikalisierungen sind die Folge. Der Ruf nach Grenzen wird lauter, Populisten bekommen vermehrt Zulauf. Ist die Demokratie in Deutschland in Gefahr?

Dialog-Café 2

Prof. Dr. Nina Janich, Technische Universität Darmstadt

Sprache entwickelt sich, sie spiegelt die gesellschaftlichen und technischen Wandlungsprozesse. Neue Kommunikationstechniken zeigen deutliche Auswirkungen auf die Sprache. Die Kommunikationsformen der Werbung erscheinen sprach- und stilprägend, nutzen dabei – ähnlich wie man es in der Politik wahrnehmen kann – verdrehende, manipulative Begriffe, die zu Unworten werden können. Wie viel Veränderung der deutschen Sprache ist erwünscht? Kann man gegen solche Veränderungen vorgehen? Kann man für Sprachkompetenz und Sprachkultiviertheit kämpfen oder bleibt nur das Beobachten einer unaufhaltsamen Entwicklung?

Dialog-Café 3

Bundesministerin Brigitte Zypries MdB, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin

Gibt es heute ein „Modell Deutschland“, das zeigt, wie volkswirtschaftlicher Erfolg und soziale Verantwortung miteinander vereinbart und die marktwirtschaftlichen Kräfte zugunsten des Gemeinwohls eingeeht werden können?

Dialog-Café 4

Dr. Jutta Lauth Bacas, Netzwerk Migration in Europa, Köln

Kulturelle Identitäten sind nicht als homogene, kohärente und zeitlose Einheiten definiert, sondern äußerst dynamisch und historisch kontingent. Ein wichtiger Punkt, der in der gegenwärtigen Debatte zur „Deutschen Leitkultur“ immer wieder vernachlässigt wird. Doch was ist Identität? Und welche Rolle spielt hierbei „Kultur“? Wie aber lässt sich „Kultur“ definieren? Denn das oft gebräuchliche Wort bleibt selbst im alltäglichen Sprachgebrauch meist ohne feste Bestimmung.

Dialog-Café 5

Prof. Dr. Kai Schuster, Hochschule Darmstadt

Städte stehen einerseits in einem globalen Wettbewerb untereinander, andererseits in der sozialen und ökologischen Verantwortung gegenüber ihren jetzigen und künftigen Bewohnerinnen und Bewohnern. In diesem Spannungsfeld kommen den Aspekten Nachhaltigkeit und Gemeinwohl tragende Rollen zu, die zugleich im Konflikt zu stehen scheinen mit wirtschaftlicher Gewinn- und politischer Wählerstimmenmaximierung. Wie steht es um die Wirkungen auf die Städte sowie die Umsetzung in der Praxis?

Dialog-Café 6

*Prof. Dr. Birgitta Wolff, Goethe-Universität Frankfurt am Main
Diversität, Nonkonformität und unbequemes Denken fördern: Wie kann die Wissenschaft dem Leugnen wissenschaftlicher Tatsachen und der Verbreitung „alternativer Fakten“ entgegenreten? Geht die mangelnde Akzeptanz der Wissenschaft auch auf Versäumnisse der Wissenschaft selbst zurück und was müssen Hochschulen und andere wissenschaftliche Einrichtungen gegebenenfalls ändern?*

14:30 - 15:30 Uhr

Session 2

Dialog-Café 1

*Prof. Dr. Doron Kiesel, Zentralrat der Juden in Deutschland, Berlin
Bildung entscheidet maßgeblich über eine chancengerechte gesellschaftliche Teilhabe. Eine gute Schul- und Ausbildung gilt als Schlüssel für sozialen Aufstieg. Der Zugang zu Bildung hängt noch immer in hohem Maße von der Herkunft der Familie ab: Können soziale Ungleichheiten durch die gleichen Chancen auf Bildung (nicht) überwunden werden?*

Dialog-Café 2

*Prof. Dr. Roland Kaehlbrandt, Stiftung Polytechnische Gesellschaft, Frankfurt am Main
„Integration durch Sprache“: wie oft waren diese Worte zu den Hochzeiten der „Flüchtlingskrise“ zu hören. Inwieweit kann Sprachbildung als Weg in die deutsche Gesellschaft hinein dienen? Diese Frage stellt sich nicht nur für aus fremden Ländern zugewanderte Menschen. Sie stellt sich auch für viele Einheimische, unter denen es eine verbreitete Gleichgültigkeit gegenüber der deutschen Sprache zu geben scheint. Nicht zuletzt geht sie die Sprachgemeinschaft wegen der beunruhigend hohen Quote an (funktionalen) Analphabeten an. Welche Rolle wächst der deutschen Sprache in einer sich beschleunigenden, immer heterogeneren Gesellschaft zu? Was bietet uns die deutsche Sprache, und wie können wir sie auf dem Weg zu einer gemeinsamen Bildungs- und Verständigungskultur nutzen?*

Dialog-Café 3

*Prof. Dr. Nils Goldschmidt, Universität Siegen
„Wohlstand für alle“ – dieser Wahlslogan aus den Anfangsjahren der Bundesrepublik ist Deutschland als gesellschaftspolitisches Leitmotiv erhalten geblieben. Es verspricht individuellen Wohlstand, hohe Lebensqualität, hochwertige öffentliche Infrastruktur und umfassende soziale Sicherungssysteme. Doch die Voraussetzungen hierfür haben sich gegenüber der Anfangszeit der Republik grundlegend gewandelt. Welchen Herausforderungen steht die Verwirklichung dieses Leitmotivs in Deutschland heute gegenüber?*

Dialog-Café 4

*Canan Topçu, Schreiben und Sprechen, Büro für Kommunikation, Frankfurt am Main
Der Begriff der Leitkultur ist in der Debatte um die gegenwärtigen Migrationsbewegungen allgegenwärtig. Es beinhaltet die Forderung, dass Neuankommende sich an die Kultur der Ankunfts-gesellschaft anzupassen haben. Was aber genau unter der „deutschen Kultur“ zu verstehen ist, bleibt weiterhin unklar. Handschlag zur Begrüßung? „Tatort“ am Sonntag? Wie kann aber trotz der Unschärfe des Kulturbegriffs ein gesellschaftlicher Zusammenhalt von Alt- und Neubürgern basierend auf einem gemeinsamen Wertekanon entstehen?*

Dialog-Café 5

*Dr. Bettina Brohmann, Öko-Institut e.V., Darmstadt
Da der freie Markt nicht von selbst eine optimale Stadt konstruiert, ist eine Beeinflussung der Entwicklung erforderlich. Welche sind ökonomische und andere Anreize, die entsprechende Verhaltensweisen nachhaltiger Entwicklung fördern? Wer sind die tragenden Akteure bei der Umsetzung der nachhaltigen Stadt? Und in welchem Maße orientieren sich sowohl Stadtentwickler als auch die Wirtschaft am Gemeinwohl?*

Dialog-Café 6

Jessica Haase, Leibniz-Institut für Bildungsverläufe, Bamberg
Den Elfenbeinturm verlassen: Wie können Erkenntnisse der Wissenschaft der Öffentlichkeit, insbesondere im Hinblick auf Überprüfbarkeit und Transparenz, zugänglich gemacht werden? Wie gelingt es, zusätzlich zur faktenbasierten Wissensvermittlung, geeignete Narrative zu kommunizieren? Welche Formen öffentlicher Wissenschaftsvermittlung dienen dem Ziel einer öffentlichen Wissenschaft?

15:30 - 15:45 Uhr Pause

15:45 - 16:45 Uhr **Session 3**

Dialog-Café 1

Anna Braam, Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen, Stuttgart
Generationengerechtigkeit meint, dass zukünftige Generationen mindestens die gleichen Möglichkeiten hinsichtlich Lebensstandard und -qualität haben wie heutige Generationen. Chancengerechte Bildung und Ausbildung für alle Teile der Gesellschaft, ein verantwortungsbewusster Umgang mit Ressourcen, das Aufrechterhalten demokratischer Grundwerte sind Grundvoraussetzungen dafür – wie kann das gesichert werden?

Dialog-Café 2

Andre Wolf, Mimikama, Wien
Ist es gar nicht die korrekte Verwendung der deutschen Sprache, die heutzutage entscheidend ist, sondern der Inhalt? Wie gehen wir in einer Welt voller „Fakenews“, voller Versuche, andere Menschen mit Worten, verdrehten oder erfundenen Informationen zu manipulieren, mit Nachrichten um? Lässt sich Wahrheit von Nicht-Wahrheit noch unterscheiden?

Dialog-Café 3

Michael Heider, Project Together, München
Wirtschaftliche Aktivitäten sind in kulturelle und soziale Kontexte eingebettet, die stil- und strukturprägend sein können und möglicherweise auch für den wirtschaftlichen Erfolg Bedeutung haben. Ist eine spezifisch deutsche Wirtschaftskultur zu erkennen? Welche Aspekte sind für diese deutsche Wirtschaftskultur stilbildend? Welche Wirtschafts- und Arbeitskultur wünscht sich die junge Generation?

Dialog-Café 4

Svenja Kück, Reallabor Asyl, Heidelberg
Mit den jüngsten Migrationsbewegungen sind Menschen aus vielen Staaten der Welt nach Deutschland gekommen. Dies führt zu einer Pluralisierung der Gesellschaft. Dabei hat Migration für die Zielländer genauso vielschichtige Auswirkungen wie für die Herkunftsländer. In Zeiten des Umbruchs und der Veränderung stellt sich die Herausforderung, eine Neuordnung durch demokratische und gewaltfreie Diskurse zu ermöglichen.

Dialog-Café 5

Wulf Kramer, Yalla Yalla! – studio for change, Mannheim
Konflikte und offene Aushandlungsprozesse haben in der Stadt zu einem komplexen Regelwerk von Rücksichtnahmen und Synergien geführt – zu dem, was als Stadtkultur verstanden wird. Angesichts geringerer öffentlicher Budgets, raumfunktionaler Arbeitsteilung und dem Willen vieler Bürger und Bürgerinnen ihr Lebensumfeld mitzugestalten, stellt sich die Frage nach idealtypischen Eigenschaften der neuen Stadtform unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit. Wie können dabei Belange des Gemeinwohls gewahrt und die Beteiligung der Öffentlichkeit gewährleistet werden?

Dialog-Café 6

Dr. Anne Schreiter, German Scholars Organization e.V., Berlin
Die nächste Generation und ihre Internationalität: Wie ist es um die Zukunftschancen für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Deutschland bestellt? Wie können deutsche Spitzenforscherinnen und -forscher, die im Ausland tätig sind, für den Standort Deutschland zurückgewonnen und langfristig an diesen gebunden werden? Wie viel Internationalität benötigt Wissenschaft, und wie gestaltet sich der internationale Austausch? Welche Rolle spielt Deutsch als Wissenschaftssprache?

16:45 - 17:00 Uhr

Pause

17:00- 17:30 Uhr

Plenum

Resümees aus den Dialog-Cafés

Stiftungsratsleitung

Gratulation an die neuen Mitglieder des Kleinen Konvents
RA Dr. Rudolf Kriszeleit, Staatssekretär a.D.,
Vorsitzender des Stiftungsrats

Vorstand Verabschiedung

17:30 - 21:00 Uhr

Jazz-Lounge

Marc Mandel, Slam Basis e.V., Darmstadt

20 **Prolog**

*Loimi Brautmann, Sarah El Shebini, Dirk Engelhard,
Dr. Stina Kjellgren, Rosa Opossum*



Der Prolog des Großen Konvents der Schader-Stiftung 2017 steht für Sie als Aufzeichnung unter www.schader-stiftung.de/GrKo17 oder auf dem Youtube-Kanal der Schader-Stiftung zur Verfügung.

4

Keynotes

22 **Definiere Deutschland!**

Prof. Dr. Dres. h.c. Paul Kirchhof

28 **Deutschland gibt es nicht!**

Dr. Safiye Yıldız

Beide Keynotes des Großen Konvents der Schader-Stiftung 2017 stehen für Sie als Aufzeichnung unter www.schader-stiftung.de/GrKo17 oder auf dem Youtube-Kanal der Schader-Stiftung zur Verfügung. Die Beiträge wurden für die Druckfassung leicht überarbeitet.



Prof. Dr. Dres. h.c. Paul Kirchhof

Definiere Deutschland!

I. Ein junger Mensch bemüht sich, so zu sein, wie die anderen. Er kleidet sich nach den Konventionen seiner Altersgenossen. Er spricht die Sprache seiner Freunde und Mitschüler. Er sucht die Orte auf, an denen sich die anderen versammeln. Er gehört denselben Vereinen an. Doch plötzlich steht er vor dem Spiegel und entdeckt seine Individualität. Er beginnt, seinen Körper zu pflegen. Er entwickelt eigene Interessen, bemüht sich um eine Selbstdarstellung, um sich von anderen zu unterscheiden. Er ist verliebt. Der Mensch entdeckt sein Ego im Du. Die beiden lieben sich, weil der Partner in seiner Individualität einzigartig ist, aber auch, weil sie viele Gemeinsamkeiten – ihre Sprache, ihre Zugehörigkeiten, ihre Interessen, ihre Vereine – haben.

Der Narziss, der nur auf sich selbst schaut, steht auch vor dem Spiegel, ist begeistert von sich. Aber er bemüht sich nicht, dem anderen zu begegnen und ihn zu beeindrucken, sondern er grenzt sich ab. Er meint, er könne nur aus sich heraus leben. Der moderne Sozialstaat unterstützt diese Fehlvorstellung, wenn er den Menschen verheißt, er könne von Staats wegen die Bedingungen individueller Existenz, persönlicher freiheitlicher Entfaltung und Gleichheit, auch sozialen Zusammenhalt und gegenseitige Wertschätzung organisieren. Unsere Geschichte lehrt, dass diese Grundbedingungen unserer Gesellschaft uns aufgegeben, nicht vorgegeben sind. Wir müssen sie individuell und täglich neu wiedererrichten. Diese Neuanfänge durch die Menschen, nicht durch den Staat, haben wir 1949 beim Wiederaufbau Deutschlands, sodann 1989 bei der Wiedervereinigung eindrucksvoll erlebt. Gegenwärtig machen wir diese Erfahrung in der Europäischen Union, wenn die Mitgliedstaaten ihre Eigenheiten und ihre Gemeinschafts-offenheit so weiterentwickeln müssen, dass die Union als Staatenverbund gelingt.

Die staatliche Gemeinschaft – für uns der Staat des Grundgesetzes – beginnt, wenn die Menschen bereits eine Gemeinschaft bilden. Grundlage des demokratischen Staates ist das Staatsvolk. Dieses ist in der Regel durch eine gemeinsame Sprache, eine gemeinsame Kultur, durch gemeinsame wirtschaftliche, rechtliche und politische Anliegen verbunden. In dieser Verbundenheit gibt sich das Staatsvolk Organe, die Recht setzen und durchsetzen, die sich gegenseitig Sicherheit nach innen und außen versprechen. Sie bilden einen Staat, der ein Gebiet hat und in diesem Gebiet eine Staatsgewalt ausübt, die insbesondere inneren und äußeren Frieden sichert. Dieser Staat rechtfertigt – legitimiert – sich aus der Ermächtigung durch das Staatsvolk. Wenn wir uns heute dem Auftrag gestellt haben, Deutschland zu definieren, heißt das, unsere Demokratie zu definieren. Wer behauptet, er könne nicht sagen, was deutsch und ein Deutscher ist,

was französisch und ein Franzose ist, was italienisch und ein Italiener ist, sagt in der Sache, er könne die Demokratie nicht begreifen. Dieses wäre ein dramatischer Befund, den wir an einem einzigen Tag nicht voll erörtern und verstehen könnten.

Ich stelle mich also dem Auftrag: Definiere unsere Demokratie. Ich möchte dieses anspruchsvolle Thema mit fünf Thesen angehen. Die erste besagt, dass die Deutschen – wie alle anderen Demokratien ihrer Art – in ihrer Gemeinschaft einzigartig sind, aber auch viele Gemeinsamkeiten mit anderen pflegen. Die zweite wird Sie erstaunen, weil sie etwas Schlichtes, aber Substantielles betont: Wir bilden diese demokratische Gemeinschaft mit Menschen, die human sein wollen und deswegen der Humanität dienen. Die dritte Überlegung fragt nach den deutschen Eigenheiten. Die vierte macht bewusst, dass der Verfassungsstaat diese Eigenheiten aufnimmt und verbindlich macht, aber auch viele Gemeinsamkeiten aus aller Welt übernimmt und an diese Welt weiterzugeben sucht. Die fünfte These schließlich vertritt das Postulat, dass deutsch zu sein den Auftrag enthält, diese Eigenheit zu pflegen, sie den Menschen, die zum Staatsvolk gehören, zu erklären und in unserer Sprache zu vermitteln, sie gerade in unsere Gegenwart hineinzutragen, in der wir viele Neuerungen – die Digitalisierung, den weltweiten Handel, den Umbruch von Werten – erleben. Diesen Auftrag können Sie selbstverständlich immer in Parallelen zu anderen Staatsvölkern, dem französischen, dem italienischen oder dem spanischen, denken.

II. Die Deutschen haben manche Besonderheit, die andere nicht haben. Unsere ausländischen Freunde sagen uns gern, die Deutschen lieben den Wald wie kein anderer. Ihnen ist eine friedliche Wiedervereinigung ohne Waffen gelungen, die in der Geschichte der Staaten und des Rechts einmalig ist. Die Deutschen sprechen eine Sprache, die die äußere Welt und die Innerlichkeit des Menschen besonders gut ausdrückt, auch Poesie und Philosophie zum Klingen bringt. Neben diesen elementaren Kulturbedingungen unserer Demokratie verfügen wir auch über Alltagseigenschaften: Pünktlichkeit, Fleiß, Korrektheit, Ordnungsliebe. Diese Eigenschaften, die einmal als „Sekundärtugenden“ abqualifiziert worden sind, sind sehr hilfreich, nicht um damit Staat zu machen, wohl aber, um den Staat zu befestigen.

Ebenso haben wir viele Gemeinsamkeiten: Wir essen italienisch und trinken französischen Wein. Wir hören Opern aus aller Welt und spielen Theaterstücke von Autoren, die in anderer Sprache schreiben. Wir haben gemeinsame Quellen unseres Denkens und unserer Lebenssicht – und jetzt wird es ernster – im Christentum, in der Aufklärung, im Humanismus, in den sozialen Bewegungen. Wesentliche Bestandteile unserer Kultur sind auch zur Kultur in aller Welt geworden. Bach und Beethoven, Mozart und Brahms prägen unsere Kultur, können heute aber in allen Konzertsälen der Welt gehört werden. Dabei ist die Weltoffenheit der Musik besonders leicht, weil Musik eine Weltsprache ist. Dennoch gilt Ähnliches für unsere Maler. Cranach und Dürer, Caspar David Friedrich, die Selbstironie des Biedermeiers oder die Blauen Reiter haben Bilder hervorgebracht, die in den Ausstellungen aller Welt gezeigt, dort auch reproduziert werden, die Gegenstand von Welthandel und Weltbetrachtungen werden. Auch die deutschen Dichter – Goethe, Schiller, Kafka, Martin Walser – werden in alle Sprachen der Welt übersetzt. Sie sind etwas unserer Kultur Eigenes und Gegenstand dessen, was die Weltkultur ausmacht.

III. Dieser Staat, diese Kulturgemeinschaft, gründet sich auf das Menschliche. Das kann auch nicht anders sein, weil Recht Menschenwerk ist und sich an den Menschen wendet. Doch wir haben die Tatsache, dass wir Menschen sind und sein wollen, zu einem Verfassungsprinzip gemacht und an den Anfang des Grundgesetzes gestellt. Es gibt kaum eine andere der rund 200 Verfassungen dieser Welt, die so entschieden mit dem Satz beginnt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Sie ist nicht nur unverletzlich, wir dürfen sie

nicht berühren, nicht antasten. Wir anerkennen diesen Menschen in seiner Individualität, seiner Zugehörigkeit zu der Rechtsgemeinschaft, seinem Anspruch auf Gleichheit in der Freiheit, weil er Mensch ist. Es ist unerheblich, ob er reich oder arm, tüchtig oder untüchtig, gesund oder krank ist. Er ist Mensch und hat deswegen eine Würde.

Wenn wir ins Ausland gehen, entdecken wir zunächst die Verschiedenheiten der Lebensweisen und Kulturen. Doch wenn wir genauer hinschauen, werden wir bald beobachten, dass das elementar Menschliche allen gemeinsam ist. Die Menschen wollen essen und trinken, wohnen und schlafen, sich begegnen und miteinander sprechen, heiraten und Familien gründen. Der Kern jeder Gesellschaft ist dieses Menschliche, das wir dann rechtsverbindlich an die Zukunft weitergeben wollen. Wir haben die Kühnheit, von universalen Menschenrechten zu sprechen. Diese Universalität behauptet nicht, die Würdegarantie sei in allen Staaten Realität. Sie enthält die appellative Feststellung, dass sie in allen Regionen der Welt gelten will. Das ist eine markante, aber letztlich die These, die unsere Welt zusammenhält.

Auf dieser Grundlage gemeinsamer Humanität verbreitet sich das Anliegen der Verfassungsstaatlichkeit, eines weltumspannenden Friedenskonzepts, eines Umweltschutzes, einer Annäherung der Lebensverhältnisse durch Entwicklungshilfe und weltweite Strukturpolitik. Der wirtschaftliche Handel erschließt weltweit Märkte. Die Digitalisierung sucht alle Regionen der Welt zu erreichen. Medien machen an Landesgrenzen nicht halt. Die Wissenschaft denkt und wirkt – unter ganz wesentlicher Beteiligung Deutschlands – weltweit. In dieser Weltoffenheit des Wissens, Beobachtens und Begegnens nähern wir unsere Lebensformen einander an. Wir kaufen die gleichen Nahrungsmittel, Kleider und Autos, haben ein gemeinsames Wissen und Gedächtnis in den Computern, treiben denselben Sport. Wir schätzen italienische Opern, polnisches Theater und amerikanische Filme.

IV. Die Deutschen haben viele Eigenheiten, die wir in Freiheit und Weltoffenheit pflegen, die deshalb niemals Eigensinn begründen. Wir können in unserer Sprache vieles ausdrücken, das andere so nicht auszusprechen vermögen. „Wir wollen eine Sache um ihrer selbst willen tun“ – dieser Satz ist, so scheint mir, charakteristisch für unser Denken. Wir können nur in unserer Sprache denken, aber diese befähigt uns auch, über die Welt und ihre Probleme zu sprechen. Sie ist Eigenheit unserer Kultur und zugleich die Brücke für die Offenheit zur Welt. Diesen doppelten Auftrag müssen wir insbesondere in der Zeit der Digitalisierung nachhaltig erfüllen. Wenn wir dabei versagen sollten, schwächen wir unsere Kultur, nehmen der Welt eine elementare Verstehenshilfe, liefern uns den technischen Vereinfachern aus.

Die Deutschen haben bestimmte Lebenssichten. Eine ist das „Wirtschaftswunder“. Nach dem Krieg, als alles zerstört war, waren die Menschen von einer gemeinsamen Idee der Erneuerung und Wiederherstellung beseelt und in diesem Vorhaben – fast ohne Kredite und ohne Staatsverschuldung – erfolgreich. Dieser Gemeinsamkeit verdanken wir unseren Wohlstand. Die Idee prägt uns, nimmt uns aber vielleicht auch gefangen. Wenn wir unter den 200 Staaten dieser Erde im Kapitalreichtum immer in der Spitzengruppe liegen, im Kinderreichtum aber zusammen mit Japan das Schlusslicht bilden, müssen wir uns bewusstmachen, dass wir der ärmste Staat dieser Erde sind, wenn es um die Selbstorganisation unserer kulturellen und wirtschaftlichen Zukunft geht. Unsere Frage „Was ist deutsch?“ drängt uns damit immer wieder, die Verhaltensmaßstäbe zu überdenken, die uns alltäglich so selbstverständlich erscheinen.

Die Deutschen pflegen in besonderer Weise eine Kultur des Maßes, des Ausgleichs, der Ausgewogenheit. Wenn der Staat etwas anordnet, trifft er eine „Maßnahme“, er hat Maß genommen, ist nie unmäßig. Dieses ist ein schöner Begriff und ein schönes Charakte-

ristikum für das, was wir uns politisch und verfassungsrechtlich vorgenommen haben. Dieses Kultur- und Verfassungskonzept gelingt nicht immer, ist aber täglicher Auftrag. Der wirtschaftliche Wettbewerb muss „lauter“ sein – so sagt es das Gesetz. Das Arbeitsrecht kennt – auch beim Streikrecht – die Friedenspflicht. Eine übermäßige Strafe ist bei uns verpönt. Wir statten unseren Staat mit Macht aus, damit er Frieden sichert, die Umwelt schützt, die Bildung der Menschen entfaltet, dabei aber stets über eine Kultur des Maßes wacht.

Ich beobachte auch zunehmend, dass wir in Deutschland eine besondere Fähigkeit entwickeln, zu erinnern und zu vergessen. Seit dem Dreißigjährigen Krieg wurden die Friedensverträge stets mit der Versicherung geschlossen, das, was war, zu vergessen. Im Krieg wurden Menschen ermordet, Städte und Dörfer verbrannt, die Lebensgrundlagen vernichtet. Diese Schädigung ruft nach Hass und Rache. Doch der Friedensvertrag beginnt mit der wechselseitigen Verpflichtung auf das Vergessen. Erst nach dem Ersten Weltkrieg – dem Versailler Vertrag – haben die Kriegsparteien erfahren, dass die Waffen in ihren Wirkungen unkontrollierbar waren, sich in ihrer Ausbreitung fast zu verselbständigen schienen. Zudem war dieser Krieg – nach dem Eintritt der Vereinigten Staaten – aus damaliger Sicht zum Weltkrieg geworden. Deswegen wollten die Menschen eine Kultur des Erinnerns pflegen. Das, was geschehen war, sollte sich niemals wiederholen. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben wir dieses Anliegen in besonderer Nachhaltigkeit betont.

Die Deutschen pflegen bestimmte Alltagsgewohnheiten, die im Ausland teilweise belächelt werden. Wenn der Deutsche am Sonntagmorgen – kein Auto weit und breit, die Verkehrslage völlig überschaubar – an einer Ampel steht, die auf Rot zeigt, hält er an und wartet. Der Italiener setzt seine Fahrt fort, weil er sich sicher ist, dadurch niemanden zu gefährden. Wir pflegen Ordnungsbewusstsein, Entscheidungsfreude, Verlässlichkeit, Sparsamkeit, Disziplin, Fleiß, Pünktlichkeit und Sauberkeit. Das sind eingeübte Gepflogenheiten, Begabungen und Fähigkeiten, die für ein friedliches Zusammenleben gerade in einer zunehmend technisierten und unübersichtlich werdenden Welt sehr wichtig sind. Wenn wir vom Kfz-Mechaniker erwarten, dass er die Bremse unseres Fahrzeugs in Ordnung bringt, vom Chirurgen erhoffen, dass er uns erfolgreich operiert, werden wir diese Tugenden nicht geringschätzen, sondern als lebensnotwendig erachten.

In der Erfahrung der Wiedervereinigung haben wir eine besondere Sensibilität für die Frage von Freiheit und Gleichheit entwickelt. Ich erinnere an das berühmte Wort von Konrad Weiß, der in der DDR unter Einsatz eines Lebensrisikos für den Fall der Mauer gekämpft hat. Als die Mauer gefallen war, sagte er: „Mich erfasst eine Angst vor der Freiheit.“ Und Marianne Birthler, ebenfalls eine erfolgreiche Freiheitskämpferin, hat auf die Frage, ob die DDR ein Unrechtsstaat gewesen sei, geantwortet: „Die DDR war eine Bruchbude. Aber dort habe ich gelebt, geliebt und gekämpft. Und deshalb, bitte verstehen Sie das, werde ich mich nicht leichter Hand von dieser meiner Heimat verabschieden.“ Unsere jüngste Geschichte fördert diese Fähigkeit der Selbstreflexion, der Behutsamkeit, der Nachdenklichkeit gegenüber den Grundprinzipien, deren wir uns leidlich sicher sind, die uns aber – ich wiederhole das – aufgegeben und nicht vorgegeben sind.

V. Unser Grundgesetz ist für uns ein historischer Glücksfall. Der erste Präsident unserer Republik, Theodor Heuss, hat den Ausgangspunkt – klugerweise auf Europa bezogen – so formuliert: Europa ruhe auf drei Hügeln: der Akropolis, dem Capitol und Golgatha. Die Akropolis lehrt uns die Antriebskraft und das menschliche Glück, das in der individuellen Freiheit angelegt ist. Das Capitol vermittelt uns die römischen Ideen, wie ein Staat mit Gewaltenteilung und Herrschaft des Rechts zu organisieren ist. Und

Golgatha sagt uns, dass wir nicht Götter fürchten müssen, die sich streiten, zürnen, rächen, sondern Gott dem Menschen begegnet und ihn erleuchtet, der Mensch in dieser Grundidee eine Würde hat – das ist der radikalste Freiheits- und Gleichheitssatz, den die Rechtsgeschichte kennt. Auf diesen Grundlagen gibt das Grundgesetz eine Antwort auf das grausame Geschehen, das ihm vorausgeht. Wer geknechtet worden ist, will Freiheit. Wer gedemütigt worden ist, ruft nach Gleichheit. Wer gehungert hat, fordert den sozialen Staat. Wer den Krieg erlebt hat, organisiert die Friedensgemeinschaft des Rechtsstaates. Unsere Verfassung hat in besonderer Ausprägung Antwortcharakter. Sie setzt sich mit dem auseinander, was vorher war.

Unsere Verfassung hat sodann die Klugheit, Grundsatzfragen, die trennen, offen zu lassen. Das gilt insbesondere für die Religionsfreiheit. Im Kampf um die Frage, was der wahre Glaube sei, sind in Deutschland viele Kriege geführt worden. Das Verfassungsrecht garantiert deshalb Religionsfreiheit. Jeder hat seinen Glauben, findet dort seine Wahrheit. Der Staat aber ist weltanschaulich neutral, damit alle Menschen verschiedenen Glaubens in Respekt vor dem Prinzip des inneren Friedens bei uns in Freiheit leben können. Auch die Frage, ob Demokratie mehr Kulturgemeinschaft oder Staatsgemeinschaft ist, bleibt offen. Wir mögen lebhaft diskutieren, ob Demokratie vor allem in der Sprache und Kultur angelegt oder in der Staatlichkeit organisiert ist. Entscheidend bleibt, dass wir den inneren Zusammenhalt des Staatsvolkes, seine gemeinsamen Ziele, seine Friedlichkeit kulturell und rechtlich befestigen, stets erneuern und integrierend vertiefen können. Dabei bleibt bewusst, dass die verfassunggebende Gewalt des Staatsvolkes in der Moderne eine verfassungweitergebende Gewalt ist. Um eine Verfassung geben zu können, muss das Staatsvolk bereits verfasst sein. Es muss wissen, wer der Gemeinschaft des Staatsvolkes zugehört, wer den Verfassungsentwurf schreiben darf, in welchem Verfahren mit welchen Mehrheiten über die Verfassung abgestimmt werden soll, wer sie verbindlich zu verkünden hat. Wir können uns eine Verfassung nur geben, wenn wir bereits verfasst sind. Das zeigt, wie stark die rechtliche Gebundenheit eines Staatsvolkes und eines Staates in der historischen Tradition und Kultur verwurzelt ist. Deutschland findet seine Identität in seiner Kultur, in seiner Verfassung, in seinem Staat.

VI. Viele Eigenheiten unserer Rechtsgemeinschaft sind uns aufgegeben. Wir müssen um sie kämpfen. Ein aktuelles Beispiel bietet die Wiederentdeckung der Grenzen. Noch vor einigen Jahren hat mancher vom grenzenlosen Staat, vom herrschaftsfreien Diskurs geträumt. Dieser Traum ist heute ausgeträumt, weil wir immer wieder erlebt haben, dass Menschen nicht nur zum Edlen und Guten bestimmt sind, sondern auch einmal bereit, andere zu unterdrücken, andere zu ermorden und zu berauben, andere zu ächten und zu demütigen. Deswegen brauchen wir eine Staatsgewalt, die den Schwachen schützt. Und wir brauchen den großen Gedanken der rechtlichen Ordnung, die jeder Gewalt und jedem Menschen eine Grenze setzt.

Wir haben die Oberfläche dieses Erdballs in verschiedene Grundstücke eingeteilt. Für jedes Grundstück weisen wir die Verantwortlichkeit einem Menschen, dem Eigentümer, zu. In dieser definierenden – begrenzenden – Zuweisung ist der nachbarschaftliche Frieden angelegt, aber auch der Impuls, vorhandene Wirtschaftsgüter zu bewahren und zu pflegen. Der Eigentümer ist bemüht, Haus und Garten in gutem Zustand zu erhalten. Bei einer Allmende, das lehrt die historische Erfahrung, ist keiner verantwortlich, gehen Werte verloren.

In ähnlicher Weise müssen wir die Grenzen der Staaten als Schranken der Macht und Zuweisung von Verantwortlichkeit verstehen. Die Grenzen unseres Staates setzen dem ausländischen Diktator, der sich mit militärischer Gewalt ausdehnen will, klare rechtliche Haltesignale. Dem Flüchtenden geben sie vor der Verfolgung durch seinen

Heimatstaat Zuflucht. Der deutschen Staatsgewalt setzt die Grenze Schranken für ihre Einflussosphäre. Die Eigenständigkeit unserer politischen Demokratie und unserer Kultur entfaltet sich in diesem Gebiet, ist jenseits dessen auf Kooperation mit anderen Staaten und Staatsvölkern angelegt. Diese Staatsgrenzen sind in Deutschland ein besonderes Problem. Wir haben jahrzehntelang beharrlich – trotz einiger kleinmütiger politischer Äußerungen – auf die Wiedervereinigung gepocht. Heute bieten die Grenzen vor allem ein Signal, dass die Gemeinschaft der Staaten die Flüchtlinge willkommen heißen muss, jeder Staat einem Teil von ihnen in seinen Grenzen eine neue Heimat anzubieten hat.

Wir haben in vielen Verfassungsfragen eigenständige Gedankengebilde entwickelt. Der „Verfassungspatriotismus“ (Dolf Sternberger) sollte uns über den Schmerz der lange unerreichbar scheinenden Wiedervereinigung hinweghelfen. Die Gewaltenteilung haben wir über die klassische Dreiteilung hinaus auch auf unseren untergliederten Bundesstaat erstreckt, die Kompetenzverteilung zwischen der Europäischen Union und dem Mitgliedstaat in das Konzept der Gewaltenbalance einbezogen. In unserem Parlament sitzen Regierungsmitglieder, die vom Parlament kontrolliert werden sollen, in der ersten Reihe. Mancher Bürger, der in unserer Demokratie verwurzelt ist, versteht sich als Kosmopolit. Das ist kein Gegensatz, so lange er seine persönliche Verantwortlichkeit für das, was vor seiner Haustür geschieht, nicht leugnet.

Was ist deutsch? Diese Frage möchte ich zum Schluss nochmals an dem Begriff „Bürger“ verdeutlichen. Bürger kommt von burga, die Burg. Bürger war derjenige, den die Burggemeinschaft in den Bezirk der Burg hineingelassen hat. Wer wehrfähig und wehrbereit ist, wer den Burgfrieden wahrt, das wertvollste Gut der Burg, das Wasser, nicht verschmutzt, ist willkommen. Bürger, Staatsangehöriger, Deutscher ist derjenige, der in diese Gemeinschaft etwas mitbringt, der etwas Wertvolles hineinträgt. Früher hat der Staat Ausländer nur in sein Gebiet hineingelassen, wenn sie etwas Wertvolles haben oder etwas Wertvolles können. In unseren Zeiten der Völkerwanderung in Flucht vor Krieg, Verfolgung, Dürre oder Überschwemmungen fordert dieses Schicksal ein doppeltes Versprechen: Die Rechtsgemeinschaft muss ihre – begrenzte – Aufnahmefähigkeit erklären, der Ankömmling seine Bereitschaft, sich zu integrieren. Er soll nicht Deutscher werden müssen, aber unsere Lebensbedingungen akzeptieren. Selbstverständlich kann derjenige, der in unsere Kultur hineingewachsen ist, sie anders leben, als derjenige, der sich in diese Kultur hineinintegrieren muss. Für diese Integrationsleistung werden wir die Maßstäbe anders und bescheidener neu zu definieren haben.

Im Ergebnis werden wir uns den Gedanken einer „Heimat“, einer „Kultur, die uns leiten soll“, nicht nehmen lassen. Ohne diesen Gedanken, den manch einer etwas belächeln mag, werden wir unsere Demokratie nicht erneuern können. Und eine nicht erneuerbare Demokratie ist eine untergehende Demokratie. Unsere beiden Liebenden, von denen ich anfangs gesprochen habe, sind inzwischen verheiratet und unterwegs auf ihrer Hochzeitsreise. Sie sind fasziniert von der Begegnung – der Begegnung der beiden untereinander und ihrer Begegnung mit dem Reichtum dieser Welt und ihren verschiedenen Menschen. Doch auf dem Heimflug sagen sie zueinander: „Das Schönste an dieser Reise ist das Nachhausekommen“.



Dr. Safiye Yıldız

Deutschland gibt es nicht!

Ich habe zwei Thesen formuliert, die zunächst etwas widersprüchlich klingen mögen. Sie sind es nicht wirklich und ergänzen sich vielmehr. Die erste These, die ich provokativ formuliert habe, lautet: Es gibt Deutschland nicht!

Als kritische Migrationsforscherin vertrete ich die These, dass wir in einer Migrationsgesellschaft leben, die als solche immer noch keine breite gesellschaftliche Anerkennung findet. Migration beginnt nicht mit der Einwanderung der sogenannten „Gastarbeiter“ in die Bundesrepublik. Sie ist ein historisches Phänomen, das gesellschaftliche, politische und soziale Wandlungsprozesse mit sich brachte und bringt. Migrationsgesellschaftliche Verhältnisse und, neben anderen, kulturelle Wandlungsprozesse müssen daher stets relational zu historisch-aktuellen gesellschaftlichen Veränderungsprozessen in den Blick genommen werden. Das bedeutet, dass die Migrationsgesellschaft kulturell, sprachlich, sozial, klassen- und schichtspezifisch heterogen war und ist. Daher wurden unter anderem interkulturelle, transkulturelle sowie Diversity-Konzepte entwickelt, die dem gerecht sein wollen. So ist unter dem Aspekt der Transnationalisierungs- und Globalisierungsprozesse auch nicht haltbar, von *dem* Deutschland zu sprechen, weil es Prozesse sind, die auch die „deutsche Gesellschaft“ – oder Migrationsgesellschaft – tiefgreifend verändern.

Die zweite These: Es gibt Deutschland! Das bedeutet, dass trotz der Normalität der Migrationsgesellschaft Imaginationen vorherrschend sind, von Einheit und Homogenität, Volk, Nation – da widerspreche ich grundlegend Paul Kirchhofs Argumenten – die wirkmächtig sind, die die Gesellschaft in zwei Lager spalten. Diese Spaltungsprozesse sind machtförmig und gewalttätig. Und sie haben eine Geschichte. Ein Kultur- und Identitätsmythos herrscht, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen, wenn es heißt, definiere Deutschland. Diese Imaginationen basieren auch auf einem Sprachmythos, der die deutsche Sprache als reine und einheitliche und nicht veränderbare Größe darstellt.

Es gibt Deutschland nicht! Was bedeutet das genauer im Hinblick auf die Migrationsgesellschaft? Migrationsgesellschaft beschreibt eine Perspektive und meint nicht vor allem sogenannte Migrantinnen und Migranten oder Communities von Migrantinnen und Migranten, sondern gemeint sind alle Menschen in einer Gesellschaft, welcher Hintergrund auch immer. Migrationsgesellschaft betont, dass Migrationsphänomene wie Einwanderung, Auswanderung, Pendel, Transmigration, Flucht sowie globale

Kontakte grundlegend für fast alle Gesellschaften sind. Also das, was wir im nationalen Container-Denken meinen definieren zu können, ist empirisch nicht haltbar, es setzt Grenzen, ist redundant und verkennt grenzüberschreitende Phänomene. Daher müssen wir uns die Normalität von Ein- und Auswanderungen immer wieder vergegenwärtigen, wenn wir von Deutschland sprechen oder eine Definition von Deutschland finden wollen. Hier möchte ich ganz besonders betonen, dass auch eine Auswanderung von Deutschstämmigen, sogenannten Einheimischen, stattfindet, die aber als solche nicht wahrgenommen wird. Als ob nur Menschen aus anderen Ländern hierher einwandern, diese Gesellschaft herausfordern und Deutsche kaum auswandern würden, und wenn doch, sich dann problemlos in andere Gesellschaften integrieren würden.

Wir leben in einer Weltmigrationsgesellschaft. Das ist ein Begriff, der auch in der Migrationsforschung verwendet wird. Das macht die Realität der deutschen Bevölkerung, oder der Migrationsgesellschaft, aus. Aus dieser Perspektive und anhand dieser analytischen Beschreibung der Gesellschaft, in der wir leben, müssen wir die sich stets verändernde demographische Zusammensetzung der Bevölkerung, die sich verändernden ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen, Sozialisationsprozesse und Lebensentwürfe von Menschen berücksichtigen, wie sie etwa in den Prologen ganz deutlich wurden: Dass es unterschiedliche Perspektiven und unterschiedliche Lebensentwürfe gibt, so wie sich diese Menschen auch jeweils unterschiedlich auf identitärer Ebene positionieren. Aber auch, welche Diskriminierungserfahrungen sie machen.

In die Migrationsforschung hat auch der Begriff postmigrantische Gesellschaft Eingang gefunden. Sie sehen, es gibt unterschiedliche gesellschaftstheoretische Zugänge, wie diese Migrationsgesellschaft beschrieben wird, analytisch, wissenschaftlich. Postmigrantisch, ein Begriff aus der Theaterszene, bedeutet verkürzt: nach der Migration. In diesem Zusammenhang adressiert postmigrantisch im Sinne von Erol Yıldız, der diese These wissenschaftlich herausarbeitet, vor allem Menschen, die in der globalen Welt *keine* direkte Migrationserfahrung haben und ihre sozialen und kulturellen Praktiken und Lebensstrategien in Relation zu den gesellschaftlichen Bedingungen hier entwickeln. Das heißt, viele Menschen, die hier leben, Bürgerinnen und Bürger – und diese Begriffe verwendet man nicht so selbstverständlich für Migrantinnen und Migranten – haben keine Migrationserfahrung. Wenn wir von der dritten Generation reden, der vierten Generation, es wird die fünfte Generation heranwachsen – die meisten haben lebensbiographisch keine Migrationsgeschichte. Diese Geschichten werden ihnen erzählt: Unsere Elterngeneration überliefert ihre Biographien, die in unterschiedlichen kulturellen und sozialen Kontexten, auch räumlichen Kontexten, stattgefunden haben. Die unterschiedlichen lebensbiographischen Bezugspunkte werden unter anderem durch die Selbstpositionierungen der sogenannten Menschen mit Migrationshintergrund verdeutlicht. Etabliert haben sich Begriffe wie Postmigranten, neue Deutsche oder Afrodeutsche, Deutschtürken oder People of Color, um sich genau diesen einengenden und sie einer Definitionsmacht unterwerfenden Positionierungen wie „Sie sind Ausländer“ zu widersetzen. Sie gehören dieser Gesellschaft an, sie sind Bürger und Bürgerinnen dieser Gesellschaft. Auch sie verändern die Gesellschaft auf der wirtschaftlichen Ebene, auf der politischen Ebene, kulturell, sozial und auch auf der sprachlichen Ebene. Wenn zum Beispiel von Deutschland als Wirtschaftswunderland die Rede ist, dürfen wir niemals vergessen, dass auch diese Menschen dazu beigetragen haben und beitragen. Es war ja gerade die sogenannte Gastarbeitergeneration, die grundlegend daran mitwirkte, dass Deutschland zu einem Wirtschaftswunderland wurde. Das ist keine spezifische Leistung von Deutschland oder von *den Deutschen*, zumal dieses Wunderland historisch gesehen ohne die ökonomische Ausbeutung anderer Länder, der billigen Beschäftigung von Arbeitskräften aus anderen Ländern überhaupt nicht denkbar ist. Kolonialismus und kriegerische

Eroberungszüge sind historische Tatsachen, die nicht verdeckt werden können. Allein wenn man in einer postkolonialen Ära bedenkt, in welchem Umfang deutsche Firmen und Unternehmen ihre Produktion ins Ausland verlagert haben und mit Niedriglöhnen ihren Reichtum steigern.

Ludger Pries erforscht aus einer soziologischen Perspektive die Migrationsgesellschaft. Er hat den Begriff Transnationalisierung als Kategorie eingeführt, um auch die Transnationalisierung der sozialen Welt zu beschreiben. Das bedeutet ihm zufolge, dass Lebenspraktiken zwar in nationalstaatliche „Containerräume“ eingewoben, jedoch zugleich über Grenzen hinweg in mehrere lokale und nationalgesellschaftliche Lebensräume eingebunden sind. Diese Lebenspraktiken nehmen wir im Alltagsleben zwar nicht so deutlich wahr, aber selbst dieses lokale Alltagsleben wird von Globalisierungsprozessen beeinflusst. Bei Jugendkulturen wird das besonders sichtbar, denken Sie nur an Rap-Musik. Bürgerinnen und Bürger dieses Landes haben insofern Bezüge und Beziehungen zu unterschiedlichen Ländern, und zwar gleichzeitig. Sie haben Verwandtschaftsbezüge und Arbeitsbezüge, sind Mitglieder von internationalen Vereinigungen. Genauso bestehen etwa im Bereich der Wissenschaft viele internationale Organisationen, die sich wechselseitig austauschen. Auch auf der kulturellen, sozialen oder wissenschaftlichen Ebene führt Transnationalisierung zu produktiven Bereicherungen.

Wenn man beschreiben würde, wer die Deutschen sind, dann müsste man sagen, eine heterogene Gesellschaft mit unterschiedlichem Aussehen, Lebenspraktiken, heterogenen Identitäten. Sie bilden keine Einheit, auch wenn sie äußerlich blond oder farbige aussehen und beschrieben und positioniert werden. Die Bevölkerung in der Migrationsgesellschaft setzt sich aus Menschen unterschiedlicher Herkunftsländer, Regionen, Städte und Dörfer zusammen.

Wir müssen die Lebensbiographien der Menschen in diesem Land als polykontextuale anschauen. Was bedeutet das? Gemeint sind geschlechtliche, soziale Zugehörigkeiten, Klassen- und Schichtzugehörigkeiten. Es gibt nicht einfach *die eine* übergeordnete nationale Identität, die dermaßen mystifiziert konstruiert wird und der die sonstigen Zugehörigkeiten untergeordnet sind. Unter diese national-ethnisierende Konstruktion von Identität – deshalb spreche ich von einem Identitätsmythos – werden zum Beispiel alle deutschen Frauen und Männer subsumiert, als ob es zwischen ihnen keine Unterschiede gäbe und sie alle als Zugehörige einer Nation friedlich miteinander umgehen würden. Nicht haltbar ist eine Konstruktion wie diese: Frauen und Männer gehören als gleichberechtigte Partner zu einer Nation, die nach dem Gleichheitsprinzip auch tatsächlich gleich behandelt werden. Man braucht sich nur kurz die Statistiken der Geschlechterforschung anzuschauen, die Beschäftigungsverhältnisse mit den Unterschieden in der Entlohnung zeigen, um den Mythos von Gleichheit zu entzaubern.

Bürger und Bürgerinnen bilden Identitäten stets in konfrontativen Auseinandersetzungen mit den gesellschaftlichen Bedingungen und Voraussetzungen, den dominanten Diskursen. Identitätsbildungen sind also nicht strukturlos oder etwas Abstraktes. Wir haben eine der Interviewpartnerinnen im Prolog erlebt. Sie fühlt sich aufgrund ihrer sexuellen Orientierung nicht anerkannt. Woher kommt das? Wir müssen uns die gesellschaftlichen Strukturen, die Ausgrenzungsmechanismen genauer anschauen. In der Forschung hat sich der Intersektionalitätsansatz etabliert, der die vielschichtigen Diskriminierungsverhältnisse beleuchtet. Auf der identitären Ebene bedeutet das, man fühlt sich nicht entweder der einen Nation oder der anderen Nation zugehörig. Sondern im Sinne von Homi Bhabha, ein postkolonialer Theoretiker und Kulturwissenschaftler, der in diesem Kontext von hybriden Identitäten spricht, gibt es nicht *eine reine* nationale kulturelle Identität. Es geht immer um Durchdringungen und Verschmelzungen von Kulturen und Identitäten. Heiner Keupp spricht von Patchworkidentitäten. Darüber

hinaus haben Begriffe wie Bindestrich-Identitäten, Afrodeutsche, Deutschtürken Eingang in die Sprache gefunden. Hier müsste auch kritisch reflektiert werden, ob etwa im Fall der Deutschtürken möglicherweise die Kurden nicht mitgedacht sind, also eine Verkennung der hybriden Identitäten „Deutsch-Türke-Kurde“ im Sinne von Homi Bhabha stattfindet. In der klassischen Migrationsforschung, die auf Ethnie, Nation, national-kulturelle Identität fokussierte, und im dominanten Einwanderungsdiskurs wird Menschen, die aus Nationalstaaten hierher einwandern, sehr voraussetzend eine nationaethnische Identität zugeschrieben – sie sind Türken, denn sie kommen aus der Türkei. Eine derartige Gleichsetzung ist verkürzend und nicht analytisch, zumal diese Zuwanderer auch mit unterschiedlichem zweisprachigem Habitus hierherkommen.

An diese Ausführungen schließt sich meine zweite These an: Es gibt Deutschland! Was für ein Deutschland ist es? Ich spreche von imaginierten Einheiten, von Volk und Nation. Wir erfahren ja alle, dass eine zunehmende Renationalisierung von *deutscher* Kultur, Sprache und Identität stattfindet. Und wir haben es mit einem Nationalismus zu tun, der den Eindruck vermittelt, alle Menschen seien mehr oder weniger eindeutig und dauerhaft einem nationalen Staat zuzuordnen. Auch Deutschland war 1871 kein Nationalstaat, und die Vorstellung, als sei das deutsche Volk naturwüchsig schon immer da gewesen, entspringt einem Abstammungsdanken. Auch sprechen Deutsche nicht alle die Hochsprache „deutsch“. Das ist eine amtliche und administrative Sprache sowie eine Bildungssprache, die Mehrsprachigkeit nicht anerkennt und aus den hegemonialen Diskursen ausblendet. Es geht insofern hierbei um Typisierung von Bevölkerungsteilen als *Deutsche* und zwar ausschließlich anhand *einer* Sprache, Kultur und Identität, die national gerahmt wird. Auf diese Weise werden andere Identitäten ausgeschlossen und ausgegrenzt. Das heißt, selbst wenn sogenannte Migrantinnen und Migranten längst als richtige, was immer das auch sein soll, Bürgerinnen und Bürger dieser Nation leben, ihre Kinder hier geboren sind, unterschiedliche Sprachen beherrschen, treten sie aus nationalistischem oder rassistischem Blickwinkel als falsche Nationale, wie Étienne Balibar es formuliert, in Erscheinung – also egal, ob sie die Hochsprache sprechen oder nicht sprechen. Und ja, wir haben es mit Nationalismus, Rassismus und Rechtspopulismus zu tun, mit dem Ziel, die deutsche Identität immer wieder neu zu reproduzieren und Multikulturalismus oder Diversität als Gefahr, als Bedrohung darzustellen. Diese Phänomene, die gerade denjenigen Teil der Bevölkerung bestätigen, der ein Einheits- und Reinheitsdenken vertritt, sie waren ununterbrochen in unterschiedlicher Intensität existent und breiten sich aus. Also müssen wir uns immer wieder vergegenwärtigen, dass es um historische Konstruktionen, um die Zuschreibung von Werten und um Vereinheitlichungsprozesse geht.

Mit Kulturmythos, mit nationalkultureller Identität, das habe ich ja schon erwähnt, ist immer die Behauptung verknüpft, Nationen hätten spezifische und homogene Kulturen, die auf der Idee der gemeinsam geteilten künstlerischen, geistigen und moralischen Werte *einer*, hier der deutschen, Nation gründen. Wie sich Literatur und Kulturen historisch wechselseitig beeinflussten, zeigt uns allein Johann Wolfgang Goethes Gedichtsammlung West-östlicher Divan von 1819. Die Weltliteratur ist durchdrungen von wechselseitigem Einfluss, wie auch David Damrosch in seiner Studie *How to Read World Literature* darlegt.

Die Eigenschaften, die Paul Kirchhof in seinem einführenden Vortrag darstellt, Eigenheiten von Deutschen wie Fleiß, Pünktlichkeit, Genauigkeit, Sparsamkeit – dass sie Spezifika des deutschen Volkes sind, sind Konstruktionen, da diese Spezifika auch jenseits gesellschaftlicher Bedingungen als abstrakte positive Eigenheiten zugeschrieben werden. Gerade die Angehörigen der „Gastarbeitergeneration“ waren und mussten sehr wohl pünktlich, fleißig und produktiv sein, sonst wären sie spätestens am dritten Tag entlassen worden. Diese Eigenschaften sind keine von einem „Volk“ und Kollektiv

getragenen und vor allem keine natürlich gegebenen individuellen Eigenschaften. Vielmehr basieren sie auf strikten gesellschaftlichen Regeln und Verhältnissen, die wir uns vergegenwärtigen müssen, wenn wir von solchen Spezifika reden. Fleiß und Pünktlichkeit sind abhängig von ökonomischen Reproduktionsverhältnissen entwickelte beziehungsweise zu entwickelnde Eigenschaften, um sich in die Arbeitswelt zu integrieren. Hier kann im Sinne von Michel Foucault von der sozialen Disziplinierung der Menschen und dem Subjektivieren von Eigenschaften gesprochen werden. Die von den gesellschaftlichen Bedingungen abstrahierten Zuschreibungen von Eigenschaften müssen grundlegend hinterfragt werden, da sie stets eine Naturalisierung zur Folge haben und diese Spezifika anderen Teilen der Bevölkerung absprechen.

Mit der Konstruktion von Einheit und Volk findet eine Verewigung von nationalkulturellen Differenzen statt, indem Migrantinnen und Migranten auch als kulturell different dargestellt verewigt werden. Ich würde sagen, sie werden durch die Konstruktion des „Eigenen“ in Abgrenzung zu „Anderen“ in ihrer gesellschaftlich untergeordneten Platzierung als solche erst hervorgebracht.

Also ist das Denken in Gegensätzen machtvoll und gewalttätig: Wir Einheimischen einerseits, womit ein Abstammungdenken einfließt, ob intentional oder nicht intentional sei dahingestellt, und andererseits ein „sie“, welche permanent Ausschließungen und Diskriminierungen ausgesetzt sind. Angesichts dieses binär geordneten Diskurses und dieser binären Denkweisen können diejenigen, die bereits hier geboren oder die später eingewandert sind, kulturell nie richtig dazugehören. Es herrscht in dominanten Diskursen, im Alltagsdenken ein Einheits- und Reinheitsdenken, das reproduziert wird und eine binäre Spaltung der Bevölkerung bewirkt.

Wenn ich mich in Seminaren mit Studierenden über Migration und Migrationsgesellschaft austausche, berichten sie oft, wie viele Kinder in den Kindergärten einen Migrationshintergrund haben; es ist in vielen Fällen fast die Mehrheit. Wer definiert also Deutschland – das ist vor diesem Hintergrund eine analytisch anzugehende Frage. Es hat mit Definitionsmacht zu tun, wenn über Deutschland geredet wird oder Deutschland definiert werden soll. *Wer* definiert? Die Mehrheit der Kinder und Jugendlichen mit sogenanntem Migrationshintergrund in Kindergärten und Schulklassen oder die Minderheit von „echten“ deutschen Kindern und Jugendlichen? Wie würden Sie Deutschland definieren?

Bei Kindern, vor allem den hier geborenen, wie können wir da einen (kulturellen) Unterschied identifizieren, ohne diesen irgendwie zu konstruieren? Die vorausgesetzten kulturellen Differenzen sind empirisch nicht fassbar, da viele Aspekte von Kulturen nicht einbezogen werden, durch die Kinder auch beeinflusst werden und die sie sich aneignen. Meine These beinhaltet auch, dass die Behauptung einer Einsprachigkeit in Deutschland nicht haltbar ist. Diese postulierte Einheitlichkeit wird damit begründet, dass wir eine gemeinsame Sprache, Deutsch, teilen, und das ist die deutsche Hochsprache. Doch nicht alle Deutschen sprechen diese Hochsprache, und viele sprechen sie nicht perfekt. Dieser Perfektionismus wird jedoch von Migrantinnen und Migranten erwartet, wenn wir uns die Integrationsdebatte anschauen. Ich selbst musste mich mit dem schwäbischen Dialekt – ich arbeite ja in der schwäbisch sprechenden Region – sehr lange auseinandersetzen, um die Menschen dort zu verstehen. Sprache ist nicht nur Sprache, sondern hat auch eine kulturelle Funktion, eine Funktion für Sozialisationsprozesse. Diese kann man nicht jenseits von Sprache oder Sprachentwicklungen, von Sprachpatchworks, so würde ich in Anlehnung an Heiner Keupps Identitätspatchwork formulieren, betrachten. Nur wer das nicht berücksichtigt, kann von Sprache als einheitlich geteilter Sprache reden.

Deutschland war und ist mehrsprachig. Sprache ist dynamisch. Also bleibt sie auch nie rein, sie entwickelt und verändert sich in Abhängigkeit und im Kontext gesellschaftlicher Wandlungsprozesse. Daher ist es auch kein Zufall, dass Englisch zur Weltsprache und hegemonialen Kommunikationssprache geworden ist. Forschungen zur Sprachentwicklung belegen: In der dritten Generation verfügen mehrsprachig aufgewachsene Kinder und Jugendliche mit Migrationsgeschichte über mehrere Sprachkompetenzen: wie sie sich artikulieren, wie sie sich in der Gesellschaft positionieren, wie sie Dinge benennen, bezeichnen. Es gibt neue Begriffsschöpfungen der Kinder und Jugendlichen, die wir aber nie so wahrnehmen, wenn über Sprache geredet wird.

Wenn wir über Deutschland reden, über Sprache und Bildung in der Migrationsgesellschaft, möchte ich auch Ingrid Gogolins Forschungen zur Sprachvielfalt in Erinnerung rufen. Sie weist bereits seit 1994 darauf hin, dass wir mehrsprachig sind. Wie können wir diese Erkenntnis in Bildungsprozesse einbinden und in ihnen berücksichtigen, um die Defizitperspektive, die mit der Integrationsdebatte einhergeht, die auch in der Ausländerforschung eine sehr präzise These war und stets reproduziert wird, aufzugeben? Aus dieser Defizitperspektive werden Kinder, die zweisprachig sind, zweisprachig lernen, als halbsprachig bezeichnet. Und wenn sie dreisprachig sind? Dafür hat man noch keinen Begriff. Müssten sie dann als mehrdefizitär oder ähnlich beschrieben werden? Folgerichtig gibt es eine Linguizismuskritik, hier verweise ich auf İnci Dirims Forschungen und ihre Kritik am geschilderten Sprachmythos, der normativ ist und Einheit und Ausschlüsse produziert, wie auch die ganz aktuelle empirische Studie von Bedia Akbaş verdeutlicht. Aus diesen Studien lässt sich erschließen, dass wir immer auch historische Entstehungsbedingungen, Entwicklungs- und Veränderungsprozesse von Sprache berücksichtigen müssen.

Ich komme zum Schluss. Was sind die aktuellen Herausforderungen, Themen, Bedarfe für zukünftige Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften? Um es zusammenfassend zu sagen, wir bedürfen der kritischen migrationsgesellschaftlichen Perspektive, weil sie uns auch eine Möglichkeit der Neuinterpretation der Gesellschaft, der sozialen und kulturellen Realität bietet, jenseits nationaler und ethnischer Paradigmen. In diesem Kontext gibt es weitere Fokussierungen – genannt sei die Inlandstransnationalisierung, die jedoch noch wissenschaftlich eingehender Forschungen bedarf.

Gesellschaftswissenschaften sind herausgefordert, kritische migrationswissenschaftliche Kontexte verstärkt aufzugreifen, in diesem Sinne die dynamischen Strukturen von Kultur, Sprache, Identität, Identitätsformierungen offenzulegen und rassistisch-kritische Perspektiven einzubeziehen.

Eine migrationsgesellschaftliche Perspektive geht also nicht von natürlich bestehenden und für ewig existierenden Gruppen aus, sondern untersucht, ob, warum und wie in Diskursen in Bezug auf institutionelle Strukturen in der Gesellschaft zwischen Einheimischen und Mehrheimischen, zwischen Menschen ohne und mit Migrationsgeschichte unterschieden wird. Das heißt, ich setze mich als kritische Migrationswissenschaftlerin genau mit den aufgeführten Themen auseinander. Wie kommt es zu diesen Unterscheidungspraxen anhand von Kategorien wie etwa Nation, Kultur, Ethnie, Geschlecht, deutsche Sprache, nationale Zugehörigkeit?

Wieso sind also nicht alle als Bürgerinnen und Bürger dieses Landes gleichberechtigt anerkannt? Wir sprechen leichthin über Globalisierung, über Transnationalisierung, über unsere globale Vernetzung, das geht so leicht von der Zunge, aber die Ungleichverhältnisse müssen auch gerade in diesen Kontexten in den Gesellschaftswissenschaften konkretisiert werden und verstärkt in den Vordergrund rücken.

36 Dialog-Café 1*Einigkeit und Recht und Gleichheit*

45 Dialog-Café 2*Man spricht deutsch*

56 Dialog-Café 3*Wirtschaftswunderland – Wirtschaftswerteland*

64 Dialog-Café 4*Schwarz-rot-bunt*

73 Dialog-Café 5*Stadt-Land-Überfluss*

81 Dialog-Café 6*Dichter, Denker, Ingenieure*

Die Mitglieder des Großen Konvents der Schader-Stiftung thematisieren einmal im Jahr Status quo und Perspektiven des Dialogs zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis. Ziel ist es, aktuelle sowie kommende Herausforderungen zu formulieren und daraus Themen und Bedarfe für zukünftige Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften, aber auch für die Arbeit der Schader-Stiftung zu explorieren. Der Große Konvent 2017 befasste sich mit dem Thema „Definiere Deutschland!“ und fragte zum Ausgang eines von diesem Thema bestimmten Jahres nach Werten und Haltungen, die unsere Gesellschaft prägen. Die Tagung fand zu einem großen Anteil im offenen Format statt. In drei Gesprächsrunden in „Dialog-Cafés“, die an Projekte der Stiftung anknüpften, konnten die fast 180 Teilnehmenden des Großen Konvents Erfahrungen und Ideen, Anregungen und Erkenntnisse austauschen.



Dialog-Café 1: Einigkeit und Recht und Gleichheit

Impulsgeberinnen und Impulsgeber:

Ricarda Steinbach, Point Alpha Stiftung, Geisa

Prof. Dr. Doron Kiesel, Zentralrat der Juden in Deutschland, Berlin

Anna Braam, Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen, Stuttgart

Begleitung: Wiebke Drews, European University Institute, Florenz

Moderation: Verena Fries, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: László Göring und Verena Fries

Was bedeutet Chancengleichheit in einer pluralen Gesellschaft und in welchen Bereichen muss sie besonders forciert werden? Diese Frage nimmt aus der Sicht junger und zukünftiger Generationen einen zentralen Stellenwert ein. Doch Zukunft kann nicht ohne Vergangenheit gedacht werden. So erfahren die Herausforderungen der deutschen Wiedervereinigung heute besondere Relevanz in der Auseinandersetzung um divergierende Chancen und Werte. Die Diskussion um Bildung als Faktor für eine nachhaltige Nivellierung sozialer Ungleichheiten fungiert als Bindeglied zwischen den Schwerpunkten des Dialog-Cafés „Einigkeit und Recht und Gleichheit“.

Die Grenze – Exklusionsfaktor oder Bedingung von Demokratie?

Reflexionen zu nationalen Grenzen gewinnen in den Diskursen um eine nationale Identität an Bedeutung. Dies wurde offensichtlich in den Konflikten um Asyl seit dem langen Sommer der Migration 2015. Jedoch auch die ehemalige deutsch-deutsche Grenze gelangt erneut in den Fokus. Die Gedenkstätte Point Alpha liegt auf ebendieser Grenze und hat sich als Lernort zur deutschen Teilung etabliert. Hier wird die Erfahrung der Grenzziehung erlebbar und animiert Besucherinnen und Besucher zum Nachdenken.

Was zeichnet Grenzen aus und wie sind sie zu bewerten? Ricarda Steinbach geht im ersten Impuls des Dialog-Cafés „Einigkeit und Recht und Gleichheit“ der Frage nach, ob unsere Demokratie in Gefahr ist. Die Direktorin der Point Alpha Stiftung erkennt in der nationalstaatlichen Grenze vornehmlich eine Trennungslinie zwischen „dem Eigenen“ und „dem Anderen“. Aber auch pejorative Fremdzuschreibungen und Stereotypisierungen derer, die auf der anderen Seite stehen, können stets Folge der Grenzziehung sein. Auch die gewaltsame Verteidigung ist der Grenze inhärent, erinnert die Impulsgeberin. Erfahrungen von Gewalt an der Grenze auszublenden oder zu leugnen, war ein klassisches Muster in der DDR. Aber auch in den heutigen Debatten um Asyl und Migration ist dieses Leugnen der Opfer von Grenzgewalt wie-

der vermehrt zu beobachten. Die Grenze kann jedoch nicht auf ihren exkludierenden Charakter reduziert werden, gibt ein Teilnehmer zu bedenken. Funktional betrachtet, bezwecken Grenzen vorerst die Einteilung von Zuständigkeitsbereichen, um national-staatlich agieren zu können.

Demokratie und Pluralismus in Zeiten populistischer Polarisierung

In Auseinandersetzungen mit dem Thema Populismus wird von vielen Seiten das Phänomen des Nicht-wissen-wollens vornehmlich im Osten Deutschlands verortet. Zur Frage, wie politische Meinungsverschiedenheiten mit denjenigen verhandelt werden können, die durch rationale Argumente nicht erreichbar sind, vertritt Ricarda Steinbach den Standpunkt, dass eine pluralistische Demokratie auch Populismus zulassen muss. Grundsätzlich ist es nach ihrer Ansicht keinesfalls angebracht, Thematiken zu tabuisieren, nur weil diese von manchen Seiten populistisch aufgeladen werden. Eine kritische Reflexion verschließt sich nicht gegenüber Ansichten, die der eigenen Argumentation entgegenstehen. Was besagen die Begriffe Pluralismus und Demokratie heute? Welche Feindbilder bestimmen aktuelle Diskurse? In den Debatten um Populismus und die AfD werden diese Kontroversen vermehrt ausgetragen. Aufgrund dieses erneuten Nachdenkens über Demokratie und Wertesysteme bilanziert die Impulsgeberin ein „Erwachsen-Werden“ der Demokratie. Dieser These widerspricht ein Gesprächsteilnehmer. Weder mit der sinkenden Wahlbeteiligung noch mit der wachsenden Popularität einer anti-pluralistischen Partei ist demnach eine solche Einschätzung zu begründen. In einem weiteren Beitrag werden diese Entwicklungen vielmehr als Bewährungsprobe der Demokratie verstanden. Gleichzeitig bilden sich wiederum neue Formen der politischen Partizipation und Auseinandersetzung heraus. Der Anteil derer, die sich via sozialer Medien an politischen Diskussionen beteiligen, steigt kontinuierlich. Im Zuge dessen wandelt sich Demokratie. Jedoch bestehen bei dieser Form der Interaktion durchaus qualitative Unterschiede zum bisherigen Charakter demokratischer Partizipation. Politische Teilhabe per Social Media zu fördern mit dem Ziel, hiermit höhere qualitative Standards zu etablieren, kann eine Belebung der Demokratie bedeuten.

Es wird zu bedenken gegeben, dass die Omnipräsenz der AfD in der medialen und öffentlichen Wahrnehmung im Endeffekt dieser Partei zu einer Deutungshoheit verhilft, die dem Anteil der Wählerinnen und Wähler, die nicht AfD wählten, keineswegs gerecht wird. Gleichzeitig dürfen durch die AfD offensiv forcierte Themen nicht allein dieser Partei überlassen werden. So muss im öffentlichen Disput um Migration auch die Einstellung zur Religionsfreiheit problematisiert und dabei hinterfragt werden, inwiefern Menschen, die nach Deutschland kommen, diese Freiheit auch anerkennen. Eine Teilnehmerin, die in ihrer täglichen beruflichen Praxis mit Geflüchteten arbeitet, betont, dass der überwiegende Teil gerade im Hinblick auf das Recht der freien Religionsausübung nach Deutschland geflohen ist und dieses Grundrecht unter vielen anderen Privilegien hier besonders schätzt. Die Ankunft in der Bundesrepublik hat aber auch eine Umstellung und die Notwendigkeit des Zurechtfindens in neuen Strukturen zur Folge. Dieses Ankommen benötigt Zeit.

Kontinuitäten der innerdeutschen Grenzziehung

Kann wieder von einem Auseinanderdriften zwischen Ost und West gesprochen werden? Die Generationen, die nach dem Mauerfall geboren sind, sind nicht mehr in der Lage, die innerdeutsche Teilung lebensweltlich nachzuvollziehen. Zugleich liegt im Generationenwechsel eine Chance zur Überwindung von Fremdzuschreibungen – und er stellt eine Herausforderung für Politiken der Erinnerung und Aufarbeitung dar. Ökonomische Faktoren der Ungleichheit zwischen Ost und West werden jedoch oft ausgeblendet, so die These eines Beteiligten. Dabei sind es insbesondere die volkswirtschaftlichen Bedingungen, die Gefühle des Verlusts wie auch der Exklusion hervor-

rufen. Eine Auseinandersetzung um den Populismus und seine Anti-Establishment-Rhetorik sollte diese Dimension nicht ausklammern. Die Demokratie sieht Ricarda Steinbach jedenfalls nicht in Gefahr, solange Verständnis dafür herrscht, was es heißt, in undemokratischen Verhältnissen zu leben. Die Impulsgeberin betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung von Orten wie der Gedenkstätte Point Alpha, wo an die Vergangenheit erinnert wird. Die bisherige Praxis dieser Institutionen zu überdenken, ist angesichts populistischer Polarisierung und auseinanderklaffender Wertesysteme eine zentrale Aufgabenstellung. Welche Tragweite politischer Bildung zukommt und wie diese effektiv umgesetzt werden kann, sind dabei die wesentlichen Leitfragen.

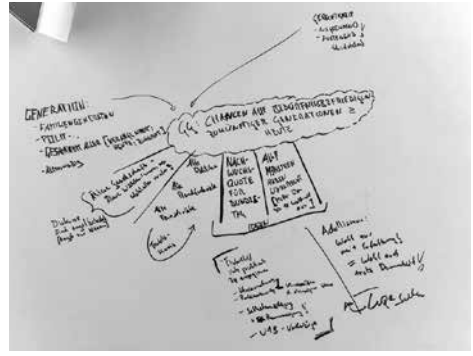
Ein Nachdenken über die innerdeutsche Teilung schließt nicht zuletzt die lebensweltliche Prägung mit ein. Divergierende Menschenbilder und Wertesysteme treten zwischen Ost- und Westdeutschland besonders hervor. Reflexionen darüber, was der Übergang vom sozialistischen Wertesystem der ehemaligen DDR in eine marktwirtschaftlich und christlich geprägte Gesellschaft bedeutet hat und auf welche Weise diese Divergenzen weiterhin sichtbar bleiben, erfahren nach wie vor Relevanz. Dieser letzte Aspekt wird in der Lebensweise, in der Haltung zum Leistungsprinzip bis hin zur Einstellung gegenüber und dem Verständnis von Bildung deutlich. Ob letztere angenommen wird und Effekte zeigt, korreliert nicht zuletzt mit der Art ihrer Vermittlung und der Sensibilität für die unterschiedliche Sozialisation.

Soziale Ungleichheit und Bildung

Doron Kiesel fragt in seinem Impuls zur zweiten Session des Dialog-Cafés nach Voraussetzungen heutiger sozialer Mobilität in den Schulen und Universitäten. Als Wissenschaftlicher Direktor der Bildungsabteilung im Zentralrat der Juden in Deutschland spricht er sich dafür aus, im Kontext pluralisierter Lebenswelten dieses Thema nicht ausschließlich sozialstrukturell zu betrachten. Die Aneignung eines westlichen Bildungskonzepts, gerade für diejenigen Menschen, die dieses über ihre Sozialisation nicht als selbstverständlich kennengelernt haben, stellt nicht zuletzt eine kulturelle Herausforderung dar. Staatliche Fördermaßnahmen für verbesserte Möglichkeiten zum sozialen Aufstieg haben bisher jedenfalls nicht zu gravierenden Fortschritten im Hinblick auf optimale Zugangsbedingungen zu Lernangeboten geführt. Vielmehr kann nach wie vor eine „Vererbung“ von Armutsverhältnissen konstatiert werden. Ursachen dieses Misserfolgs sieht Doron Kiesel beispielsweise in den infrastrukturellen Bedingungen schulischer Ausbildung. So sind Schulgebäude, die das alltägliche Erlebnis Schule prägen, in vielen Fällen in ihrer ästhetischen und baulichen Qualität weit von aktuellen Standards des Bauens entfernt. Vergleichen Kinder und Jugendliche nun diese Orte mit dem sonstigen Stadtbild, erfahren sie sich als latent missachtet. Ein Teilnehmer sieht in der Aneignung des öffentlichen Raums durch Schülerinnen und Schüler ein Potenzial des Empowerments, etwa über kreative Projekte, in denen die Räumlichkeiten ästhetisch aufgewertet werden.

Soziale Differenzierung

Problematisiert werden außerdem Aspekte der fehlenden Anerkennung und Wertschätzung innerhalb von Schulgemeinschaften. Zwar wird den angehenden Lehrerinnen und Lehrern in ihren Studiengängen vermittelt, wie sie Kindern und Jugendlichen aus verschiedenen sozialen Zusammenhängen Optionen für ihren weiteren Werdegang aufzeigen können. Daraus resultieren allerdings Zuschreibungsprozesse, in denen Angehörige der unteren sozialen Schichten bereits in der Wahrnehmung der Lehrenden einer abwertenden Haltung begegnen. Diese, meist unbewussten, sozialen Differenzierungen seitens des pädagogischen Personals wirken besonders ausgrenzend, wenn vorhandene Potenziale nicht erkannt und gefördert werden. Vermehrt gilt dies für Kinder mit Migrationshintergrund, so Doron Kiesel. Eine Sensibilität für unterschiedliche, zuweilen milieuspezifische, Ausdrucksformen von Begabungen ist unterentwickelt.



Parallel dazu sind es wiederum Einzelpersonlichkeiten, dabei meistens Lehrerinnen oder Lehrer, die das Ausbrechen aus dieser vermeintlichen Vererbung sozialer Positionen ermöglichen. Individuelle Begegnungen, Ermutigungen und Unterstützungen initiieren häufig den sozialen Aufstieg von Kindern aus bildungsfernen Verhältnissen. Insofern können Mentoring-Programme oder Patenschaften als individuelle Unterstützung einen Ansatz bieten, um sozialen Aufstieg zu fördern. Kritisch zu beleuchten sind diese Programme wiederum in Hinblick auf die Gefahr des Paternalismus. Die Chancen für einen sozialen Aufstieg sind, so eine Gesprächsbeteiligte, zu stark an Zufälle gekoppelt, beispielsweise, ob eine Lehrkraft ein Kind aktiv unterstützt oder nicht.

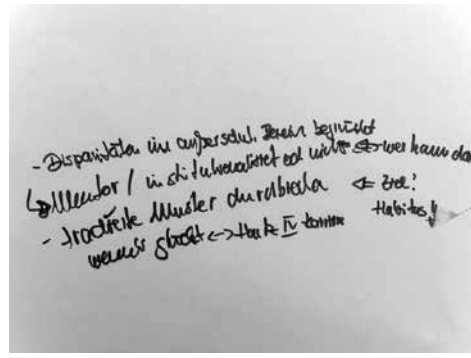
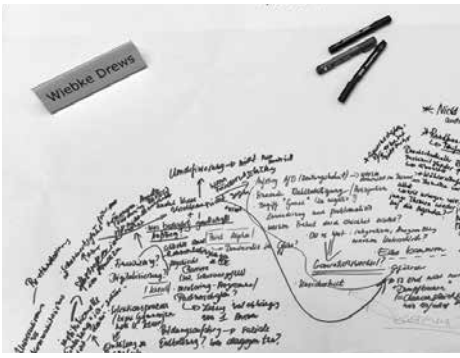
Identität – sozial mobil?

Oft erkennen Eltern nicht die Bedeutung von Bildung für die Zukunftschancen ihrer Kinder. Der Besuch einer Hochschule wird dementsprechend gar nicht erst in Erwägung gezogen. Förderung und Unterstützung der Kinder sind in Familien, in denen eine fundierte Ausbildung nicht das maßgebliche Interesse bestimmt, seltener zu beobachten. Nehmen Kinder aus bildungsfernen Familien wiederum Fördermaßnahmen wahr, die vielen Gleichaltrigen aus Mittelschichtsfamilien zuteilwerden, kann das eine Ausgrenzungserfahrung aus dem sozialen Herkunftsmilieu und zusätzliche psychische Barrieren für Betroffene auslösen, so Doron Kiesel.

Von den feinen Unterschieden in der sozialen Gewandtheit bis hin zur Entscheidung, welche Schulform ein Kind besuchen soll, wirken habitualisierte Verhaltensmuster also in der Familie wie auf Seiten des Lehrkörpers einem chancengleichen Bildungszugang entgegen. Aspekte der Zugehörigkeit sind insbesondere bei Kindern, die sich im Prozess der eigenen Identitätsentwicklung befinden, besonders relevant. So kann mit einem Bildungsaufstieg quasi eine soziale Entbettung einhergehen, wenn sich die Lebensrealität zunehmend von der eigenen Netzwerke und des eigenen Milieus entfernt. Diese biographischen Brüche finden in rein ökonomischen Unterstützungsmaßnahmen zur Eingliederung, wie der Ausbildungsförderung nach dem BAföG, jedoch keine Berücksichtigung.

Das dreigliedrige Schulsystem

Eine Perspektive von außen kann den Blick auf das Thema weiter schärfen. So berichtet eine Teilnehmerin von skandinavischen Schulsystemen. Diese unterscheiden sich vom hiesigen klassischen dreigliedrigen System, in welchem Schülerinnen und Schüler bereits in der Sekundarstufe I nach der vierten Klasse unterschiedliche Schulformen besuchen. In den skandinavischen Ländern hingegen verbleiben alle Lernenden durchgehend und einheitlich wesentlich länger, zumeist bis zur zehnten Klasse, in der gleichen Schule. Die frühe leistungsbezogene Einteilung von Kindern in den deutschen Grundschulen setzt wiederum schon in jungen Jahren einen Prozess der Zuschreibung und Kategorisierung in Gang. Dabei ist der eigene Wille des Kindes meist sekundär.



Die Zivilgesellschaft ist gefordert!

Bildung sollte nicht als alleiniger Faktor von Inklusion und der Staat nicht als einziger Akteur gegen soziale Ungleichheiten gedacht werden. Besonders im Freizeitbereich, beispielsweise in Sportvereinen oder musischen Vereinen, entstehen Potenziale, um soziale Barrieren zu überbrücken und Gemeinschaft über Milieus hinaus zu leben. Die Zivilgesellschaft, darunter einzelne Institutionen wie die genannten Vereine oder auch Stiftungen, sind gleichermaßen gefragt, inkludierend zu wirken. Auch hier konnten Mentoring-Programme bereits erhebliche Erfolge nachweisen. Individualisierte Zugänge zu den betroffenen Kindern und Jugendlichen sind dabei besonders wichtig, um ihnen Selbstwert zu vermitteln und existierende Talente zu fördern.

Migration und Zugehörigkeit

Wie steht es um die interkulturelle Bildung, wenn es ernst wird? Angesprochen wird im weiteren Verlauf des Gesprächs die Zustimmung zahlreicher aus der Türkei zugewanderter Mitbürgerinnen und Mitbürger zur Politik des türkischen Präsidenten Erdoğan. Deutlich zeigte sich das im Frühjahr 2017 anlässlich des türkischen Verfassungsreferendums. Die Beobachtung, dass derart viele in Deutschland ansässige Menschen ihre Stimme für die Anliegen eines autokratischen Präsidenten wie Erdoğan vergaben, lässt Doron Kiesel an den Erfolgen interkultureller Programme zweifeln. Ein Teilnehmer relativiert diesen Eindruck einer breiten Zustimmung zur Politik Erdoğan's anhand der Feststellung, dass die Wahlbeteiligung in Deutschland relativ niedrig gewesen ist und sich letztendlich nur 15 Prozent der Wahlberechtigten pro Erdoğan positionierten. Nichtsdestotrotz führt der Ausgang dieser Volksabstimmung dazu, die Wirkmächtigkeit interkultureller Angebote zu hinterfragen und nach neuen Konzepten zu suchen. Gleichzeitig liegen die Ursachen für den Zuspruch zur Politik Erdoğan's in alltäglichen Erfahrungen von Migrantinnen und Migranten in Deutschland begründet. In einer Gesellschaft, die in Teilen Migration ablehnend gegenübersteht und die eine Unterscheidung zwischen „dem Eigenen“ und „dem Fremden“ forciert, ist es auch für türkischstämmige Menschen nicht erst seit 2015 schwierig, sich in Deutschland als zugehörig zu empfinden, wird in einem Beitrag zu bedenken gegeben. Mithin ist für das Verständnis, nicht die Legitimation, dieses Abstimmungsverhaltens und allgemeiner des Scheiterns sozialer Eingliederung die Frage nach Zugehörigkeit und Anerkennung relevant.

Neue Begrifflichkeiten als neue Perspektiven?

Das Konzept des sozialen Aufstiegs wird in der Debatte dieses Dialog-Cafés begrifflicherweise vornehmlich aus der Perspektive von Akademikerinnen und Akademikern besprochen. Gelingt ein sozialer Aufstieg in dem Sinne, dass er neue Zugänge zu Bildung erschließt und Berufsaussichten verbessert, kann dies gleichzeitig damit verbunden sein, andere lebensweltliche Bereiche wiederum zu verschließen. Wie kann gesellschaftlicher Aufstieg noch verstanden werden? Der Begriff ist nicht zuletzt bürgerlicher Herkunft und entstammt einer Zeit, die nicht mehr deckungs-

gleich mit unserer heutigen Gesellschaft ist. Einer begrifflichen und analytischen Neudefinition kommt das Potenzial zu, zeitgemäße Wertigkeiten zu schaffen. Wie sichtbar wird, stellt das Feld der sozialen Mobilität ein hochkomplexes Phänomen dar, das zunächst interdisziplinär unter Einbezug von sozialpsychologischen, infrastrukturellen und pädagogischen Überlegungen adäquat und differenziert betrachtet werden kann und muss.

Generationengerechtigkeit

Ungleichheiten entfalten sich nicht schlicht in der Person Einzelner; Milieus und familiäres Umfeld sind mit zu beachten. Die Vorstellung, worüber sich sozialer Aufstieg definiert, kann bereits in den verschiedenen Generationen innerhalb einer Familie auseinanderklaffen. Dass der soziale Aufstieg des Kindes gewünscht ist, kann auch nicht immer vorausgesetzt werden. Doch was ist mit jenen Generationen, die noch nicht für sich sprechen können, weil sie noch nicht geboren sind? Angesichts des demographischen Wandels werden Fragen der Verteilung auch zunehmend zu Generationen- und Zukunftsfragen. Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen befasst sich mit dieser Problematik. Unter dem Stichwort der Generationengerechtigkeit wird hier eine faire Verteilung von Ressourcen, Lasten und Pflichten zwischen den Generationen verstanden. Anliegen der Stiftung ist, Generationengerechtigkeit als Querschnittsthema in Bezug auf nahezu alle gesellschaftspolitischen Themenfelder zu betrachten. Dem widmet sich Anna Braam als Sprecherin der Stiftung im Impulsvortrag zur dritten Session des Dialog-Cafés.

Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen zielt auf distributive Gerechtigkeit auf der Ebene intertemporaler wie temporaler Generationen. Das bedeutet, mindestens gleiche Verhältnisse zwischen verschiedenen Altersgruppen sowie zwischen Generationen, die zu diesem Zeitpunkt leben, und Generationen, die noch geboren werden, anzustreben. Die Impulsgeberin hält hierbei die Überlegung für angebracht, was genau zukünftigen Generationen hinterlassen werden soll. Aus ihrer Sicht sind es vor allem infrastrukturelle Bedingungen und gerechte Institutionen, die aufrechterhalten werden müssen. Weitere Faktoren sind die Vermittlung von Wissen und die Bereitstellung medizinischer Versorgung. Sie bezieht allerdings auch abstraktere Elemente wie ein soziales Wertesystem oder kulturelle Vielfalt in diesen Kanon ein.

Politik ohne Zukunft

Bildung, Umwelt oder Digitalisierung: Themen, die besonders junge Menschen beschäftigen, werden in der parlamentarischen Demokratie kaum aufgegriffen, konstatiert Anna Braam. Politik orientiert sich an den Interessen der Wählerinnen und Wähler. Diese bilden in Deutschland die zweitälteste Bevölkerung der Welt ab. Themenschwerpunkte wie Rente oder Sicherheit werden aus diesem Grund im Vergleich zu familienpolitischen Vorhaben, wie beispielsweise dem Ausbau von Kindertageseinrichtungen, vordringlich verhandelt. So bringt eine älter werdende Gesellschaft das Verdrängen von Zukunftsfragen mit sich, etwa im Bereich des digitalen Wandels. Wenn die Digitalisierung im internationalen Vergleich nur langsam vorangetrieben wird, kann dies nicht zuletzt nachteilige ökonomische Folgen, auch für die nächste Generation, nach sich ziehen.

Die Zukunft als Frage von Jung oder Alt?

Ein Teilnehmer erkennt in dieser Argumentation einen gewissen demographischen Determinismus. Das Wahlverhalten kann nicht auf ein rein egoistisch-rationales Kalkül reduziert werden. Großeltern interessieren sich durchaus für das Wohl ihrer Enkel, auch wenn sie nicht in direkter Weise von diesbezüglichen politischen Entscheidungen betroffen sind. Gleichzeitig zeigen aber auch junge Menschen häufig nur ein gemäßigtes Interesse beispielsweise an der Vereinbarkeit von Familie und

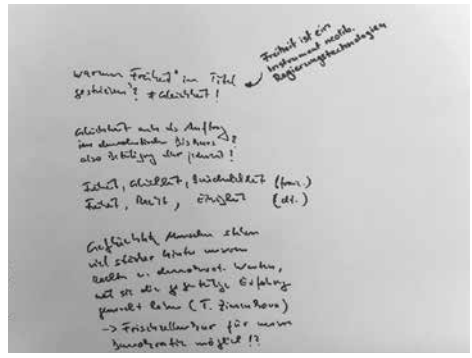
Beruf, solange sie persönlich keinen Kinderwunsch verspüren. Insofern kann Familienpolitik nicht als eine Frage von Jung oder Alt betrachtet werden, betont ein weiterer Beitrag. Vielmehr muss die soziale Situation in den Blick genommen werden, um Wahlverhalten zu verstehen. Aber auch unabhängig von solchen Überlegungen ist die Förderung von Bildung als Garant für zukünftigen Wohlstand generationenübergreifend gewollt.

Inklusion der Jugend

Gleichzeitig gilt jedoch, dass Kinder und Jugendliche, die noch nicht wahlberechtigt sind, keine angemessene Repräsentation erfahren. Über mögliche Ansätze, dieser mangelnden Berücksichtigung der Interessen von Kindern und Jugendlichen zu begegnen, herrscht im Dialog-Café Dissens. Zur Diskussion steht ein mehrfaches Wahlrecht für Mütter. Für jedes Kind darf in diesem Szenario die Mutter eine weitere Stimme abgeben. Die Chance besteht, dass Themensetzung und Gestaltung des Wahlkampfes hierbei eine drastische Neugestaltung erfahren. Doch wie funktioniert dieses Prinzip bei gleichgeschlechtlichen Adoptiveltern? Weiterhin entspricht der Vorschlag nicht dem grundgesetzlich verankerten Prinzip der Wahlgleichheit. Auch ein Herabstufen der Alterslimitierung im Wahlrecht wird ins Gespräch gebracht, wobei eine spezifische Altersgrenze ab 16 oder 14 Jahren in Frage kommt. Denkbar ist aber auch, das Wahlrecht ab einem Zeitpunkt zu gewähren, an dem sich die jeweilige Person zum Wählen bereit fühlt und am demokratischen Geschehen partizipieren will. Ein Teilnehmer hält das Wahlrecht ab 18 Jahren dennoch für sinnvoll, weil sich in diesem Alter ein gewisses Maß an Nüchternheit und Selbstreflexion eingestellt hat. Erwidert wird, dass niemand einen Wahlführerschein erwerben muss. Niemand muss nachweisen, wie eingehend sie oder er sich vor der Wahl mit der Parteienlandschaft und mit politischen Forderungen auseinandergesetzt hat. Inwiefern das Alter als alleiniges Merkmal für Mündigkeit sinnvoll ist, kann also angezweifelt werden.

Besonders für junge Menschen ist es schwierig, so ein Teilnehmer, sich politisch in einer Partei zu engagieren. Ihre Mitwirkung ist häufig beschränkt auf Hilfs- und Zuarbeiten. Zugänge, sprachlich wie strukturell, sind für den Nachwuchs selten wirklich niedrigschwellig erreichbar, so der Schüler, der sich mehr Partizipationsmöglichkeiten für die Jugend wünscht. Ihm wird erwidert, dass alle Parteien verstärkt nach jungen Mitgliedern suchen und über vielfältige Programme deren Einbeziehung forcieren. Politik ist immer mit Anstrengungen und Aushandlungen verbunden. Das gilt für alle Altersstufen. Engagement ist dabei wesentlich. Jedoch ist bei vielen jungen Menschen zwar eine politische Haltung oder ein Interesse an Politik zu erkennen, aber sie finden sich und ihre eigenen Interessen in keiner Partei wieder. Parteimitgliedschaften werden aus diesem Grund häufig als unattraktiv erachtet. Langwierige Prozesse, an denen Jugendliche lediglich zuarbeitend mitwirken, doch innerhalb einer Partei keine eigenen Projekte realisieren können, verstärken diese Wahrnehmung. Politikstrukturen müssen sich ändern, damit die Jugend inkludiert wird. Hierzu zählen auch die gesteigerten generellen Anforderungen an Flexibilität, die nur schwer mit dem Engagement in einer Partei zu vereinbaren sind. Partizipation über Online-Angebote bietet sich dabei als Möglichkeit.

Im Kontext der Generationengerechtigkeit geht es auch darum, die ökonomische Dimension nicht auszublenden. Junge Start-Up-Unternehmen, die sich nicht dem Mainstream einfügen, haben in Deutschland wesentlich schwierigere Ausgangsbedingungen, als es etwa in den USA der Fall ist. Weiterhin wird die Rentenproblematik einschließlich ihrer Finanzierung im Bereich der Generationengerechtigkeit genannt. Sehr bald werden statistisch zwei Berufstätige einen Rentner ernähren müssen. Eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit diesem Thema wird dringend notwendig, so eine Forderung im Gespräch.



Die fehlende Präsenz von Zukunftsfragen in der parlamentarischen Debatte ist als Kernpunkt der Session um Generationengerechtigkeit weitestgehend Konsens. Besonders die jungen Teilnehmenden heben dabei hervor, dass im Rahmen politischer Verhandlungen über Anliegen der jüngeren Generationen die direkte Einbindung dieser Personengruppe erforderlich ist. Mit und nicht über junge Menschen sprechen, lautet das Credo der Stiftungssprecherin Anna Braam.

Extremismus als Folge fehlender Anerkennung?

Die Bedeutung von Zugehörigkeit und Anerkennung wird in unterschiedlichen Dimensionen in allen drei Sessions hervorgehoben. In vielfältiger Weise sind diese Kategorien wirkmächtig und werden zunehmend als analytischer Hintergrund zur Erklärung von Extremismus in den Blick genommen. Die fehlende Respektierung innerhalb der Gesellschaft kann als eine Ursache für Phänomene wie Salafismus oder Rechtsextremismus angesehen werden. Deren Gruppenzusammenhänge vermitteln, noch dazu relativ niedrigschwellig, ein Gemeinschaftsgefühl, das Wertschätzung gewährleistet, solange die politischen Ansichten konform mit dem jeweiligen Umfeld gehen. Sozialstrukturell lassen sich in diesen extremistischen Kreisen nicht nur die „Abgehängten“ verorten. Unter den Salafisten in Deutschland finden sich zum Beispiel durchaus Personen ohne Migrationshintergrund, und circa 30 Prozent können einen Gymnasialabschluss vorweisen. Oft entsteht das Bedürfnis nach Gemeinschaft aus biographischen Brüchen, wie sie im Kontext der Wiedervereinigung oder infolge sozialen Abstiegs, aber auch Aufstiegs in Erscheinung treten. Hier ist der Staat, wie auch die Zivilgesellschaft, gefordert, den Umgang mit diesen biographischen Brüchen in möglichst produktive Bahnen zu lenken.

Resümee

Wiebke Drews, die bis zu diesem Großen Konvent als kooptiertes Mitglied der nächsten akademischen Generation dem Kleinen Konvent der Schader-Stiftung angehörte, begleitet das Dialog-Café 1 und resümiert den Gesprächsverlauf und die Ergebnisse der drei Sessions:

Bereits zu Beginn werden Moderation und Begleitung dieses Dialog-Cafés mit der Frage konfrontiert, warum im Titel das Wort „Freiheit“ durch „Gleichheit“ ersetzt wurde. Das berührt den Kern der Debatte. Richtig ist, Freiheit und Gleichheit schließen sich nicht gegenseitig aus; im Gegenteil, die beiden Grundwerte der Demokratie ergänzen sich notwendigerweise und reagieren miteinander. Gleichheit ohne Freiheit führt zu diktatorischen Zuständen, Freiheit ohne Gleichheit zieht die Benachteiligung all derer mit sich, die über weniger Ressourcen und Privilegien verfügen.

In der ersten Session entwickelt sich eine Diskussion, in der über das aus dem Gleichgewicht geratene Spannungsverhältnis beider Werte debattiert wird. Inwiefern stellt eine ungleiche Verteilung von Chancen eine Bedrohung für die deutsche Demokratie dar? Der Impulsvortrag von Ricarda Steinbach lädt ein, gegenwärtige Symptome von

Radikalisierung und Populismus nicht isoliert, sondern aus historischer Perspektive zu betrachten. Insbesondere die immer noch währenden Ungleichheiten zwischen Ost- und Westdeutschland werden als Motor heutiger Frustrationen und Proteste identifiziert, die sich sowohl in politischer Apathie als auch Extremismus äußern. Wie kann man also letzteren Kräften den Wind aus den Segeln nehmen? Richtig ist, dass ihre Vertreter keine „Dumpfbacken“ sind. Mehr Respekt im Umgang miteinander und ein Diskurs auf Augenhöhe könnte eine echte Chance auf einen Dialog bieten, der sich nicht nur innerhalb der eigenen Echo-Kammern bewegt, sondern auch die Perspektive des Anderen versteht. Gleichzeitig sollte man den jüngeren Generationen überkommene Klischees von „Ossis“ und „Wessis“ nicht aufzwingen.

Dem Aufstieg durch Bildung widmet sich die zweite Session, eingeleitet von Doron Kiesel. Dieser These begegnet er kritisch, beispielsweise, weil ökonomische Anreize zur persönlichen Weiterbildung per se nicht genügen, um Gleichheit zu schaffen. Durch Selektionsprozesse in der Schule wird recht früh ein gesellschaftlicher Status zugewiesen und durch die persönliche Herkunft weiter verstärkt. Diese sozialen Kreise und psychischen Barrieren zu überwinden, ist eine echte Herausforderung. Zugehörigkeit kann durch sogenannte Mentoring-Programme gefördert werden, die Grenzen zwischen gesellschaftlichen Kreisen aufweichen.

Das Thema „Generationsgerechtigkeit“ der abschließenden Session löst einen dynamischen Austausch zwischen jüngsten und ältesten Teilnehmern und Teilnehmerinnen des Großen Konvents aus. Hier wird deutlich, dass frühere Forderungen nach einer größeren Teilhabe jüngerer Generationen am Stiftungsgeschehen Wirkung entfaltet haben. Im Gegensatz dazu wird bemängelt, dass Bedürfnisse und Themen der U30-Generation in der deutschen Politik und Zivilgesellschaft kaum Gehör finden. Gerade mit Blick auf den demographischen Wandel ist dies jedoch extrem problematisch. Wie können Agenden generationsübergreifend gestaltet werden? Angesprochen werden die Reduktion des Wahlalters oder die Einführung einer Altersquote im Parlament, die proportional zur Altersstruktur in der Bundesrepublik den Einzug jüngerer Mitglieder in den Bundestag garantiert. Auch die Digitalisierung wird als echte Chance gesehen – die Themenlandschaft traditioneller Medien ist überholt, soziale Medien hingegen können ein Sprachrohr der jungen Generation sein.



Dialog-Café 2: Man spricht deutsch

Impulsgeberin und Impulsgeber:

Prof. Dr. Nina Janich, Technische Universität Darmstadt

Prof. Dr. Roland Kaehlbrandt, Stiftung Polytechnische Gesellschaft, Frankfurt am Main

Andre Wolf, Mimikama, Wien

Begleitung: Dr. Christof Eichert, Schader-Stiftung

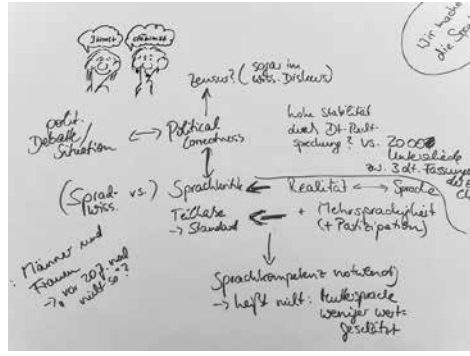
Moderation: Dr. Kirsten Mensch, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: Tyll Birnbaum und Dr. Kirsten Mensch

Die deutsche Sprache ist vielseitig, ausdrucksstark, dynamisch und wird gleichzeitig von vielen als schwierig gefürchtet oder in der Hochsprache als ausgrenzende Bildungssprache empfunden. Sie bedeutet eine Herausforderung für all jene, die im Dialekt beheimatet sind, und insbesondere für diejenigen, die sie als zweite Sprache oder als Fremdsprache erlernen müssen. Dennoch ist die deutsche Sprache ein wichtiges Element dessen, was Deutschland ausmacht und im Inneren verbindet. Das Dialog-Café „Man spricht deutsch“ unternimmt den Versuch, die deutsche Sprache in ihrer Vielseitigkeit wahrzunehmen und auf dieser Grundlage ihre Bedeutung für die Definition Deutschlands zu diskutieren.

Sprache im Wandel

Nina Janich, die als Professorin für Germanistische Linguistik lehrt und forscht, beginnt ihre Ausführung mit grundlegenden Bemerkungen über die deutsche Sprache. Dazu zählt zunächst, dass Sprache sich immer verändert. Sprachwandel ist der Normalzustand und Sprache ereignet sich in einem Zustand flexibler Stabilität: Es muss eine Konstanz geben, die der Sprache Stabilität verleiht, gleichzeitig ist Sprache flexibel und in ihrer Nutzung prinzipiell offen. Neue gesellschaftliche und technische Entwicklungen müssen durch die Sprache ausgedrückt werden können, auch deshalb ist sprachlicher Wandel der Regelfall und Folge des Sprachgebrauchs. Allerdings wird nicht jede Neuerung direkt in den Standard übernommen. Angst vor einer Veränderung der bekannten Sprache ist also aus Sicht der Linguistik nicht begründet. Vielmehr empfiehlt die Impulsgeberin, gelassen und achtsam zugleich auf diese in der Sprache angelegte Flexibilität zu blicken und darüber nachzudenken, wie mit dieser Veränderung wissenschaftlich und im Alltag umgegangen werden kann. Elementar ist in diesem Zusammenhang, dass Sprache selbst nicht aktiv auftritt: Es sind die Sprecherinnen und Sprecher, über die zu reden ist. So hängen Nutzung und Wandel der Sprache davon ab, wie die Sprachgemeinschaft mit ihr umgeht.



Vielfalt in der Sprachgemeinschaft

Neben diesem Aspekt des Wandels betont Nina Janich, dass es nicht *die* deutsche Sprache gibt, sondern diese ein sehr heterogenes Gebilde ist. Zwar liegt der Fokus, wenn in der Öffentlichkeit über Sprache debattiert wird, häufig auf der Standardsprache, doch machen verschiedenste Subsysteme wie zum Beispiel Dialekte oder Jugendsprache mit jeweils unterschiedlichen Regeln, Normen, Stilen und Anwendungen einen elementaren Teil der Sprache aus. Die Varietäten lassen die Linguistik eine Standardsprache definieren. Dialekte sind dabei kein schlechtes Deutsch, sondern historische Grundlage der überregionalen deutschen Standardsprache. Die Funktionsbereiche und Regeln von Dialekten sind nicht besser oder schlechter als die der Standardsprache, vielmehr schlicht an andere Anforderungen angepasst. Die deutsche Standardsprache kann dabei überregional die meisten Funktionsbereiche abdecken, allerdings sind Subsysteme wie Dialekte oder Fachsprachen deutlich spezifischer in ihren Bereichen und verfügen über spezialisierte Funktionen. Der wesentliche Unterschied liegt darin, dass insbesondere die Dialekte nicht in gleicher Form normiert oder kodifiziert sind, wie es die Standardsprache ist. In ihrer Vielfältigkeit dient die deutsche Sprache zudem als Nationalsprache in mehreren Ländern außerhalb Deutschlands und ist Minderheitensprache in weiteren Ländern. Deutschland über die deutsche Sprache zu definieren, kann daher nur schwer gelingen: Entweder würde man den Sprachraum abgrenzen müssen oder für andere Länder beziehungsweise deren Minderheiten die Definitionshoheit übernehmen.

Sprachkultur und Sprachkultiviertheit

Neben diesen grundlegenden Überlegungen zur deutschen Sprache geht die Impulsgeberin auf den Zusammenhang von Sprachkultur und Sprachkultiviertheit einerseits sowie dem Zugehörigkeitsgefühl zu einer Nation andererseits ein. Sprachkultur ist dabei die Umschreibung der historischen Einzelsprache eines Landes mit ihren sprachlichen Ausdrucksmöglichkeiten und Erzeugnissen wie der Literatur. Sprachkultiviertheit schreibt Nina Janich hingegen einer Person zu, die sich bemüht, Sprache sorgsam anzuwenden und dies zu reflektieren, also eigenverantwortlich mit der Sprachnutzung umgeht und dabei die Folgen und Reaktionen anderer auf die gewählte Form ebenso beachtet wie das Bewusstsein, Teil einer Sprachgemeinschaft zu sein. Es geht bei Sprachkultiviertheit also um die Sprechenden innerhalb einer Sprachgemeinschaft. Ist die Beherrschung einer Sprache aus Sicht eines Sprechers nur dazu da, instrumentelle Ziele zu verfolgen, bildet sich eine manipulative Sprache ohne den moralischen Willen zur Kooperation heraus. Die Sprachkultiviertheit überführt die Sprachkultur ein Stück weit in ein normativ aufgeladenes Konzept. Als Sprecherin ist man dafür verantwortlich, die Sprache so auszubauen und zu pflegen, dass sie für die jeweiligen Kommunikationszwecke geeignet ist, und umgekehrt bietet das, was an System und Ausdrucksmöglichkeiten in der Sprache verankert ist, die Möglichkeit, sich sprachlich zu bilden und Sprachkultiviertheit zu erwerben. Zuletzt macht die Impulsgeberin darauf aufmerksam, dass die Sprachkompetenz für viele Menschen kein Kriterium für

das Zugehörigkeitsgefühl zu einer Nation ist. Das zeigen zum Beispiel Umfragen unter Russlanddeutschen, die teilweise nicht über eine signifikante deutsche Sprachkompetenz verfügen.

Vielfalt und juristische Eindeutigkeit

Die Überlegungen aus dem Impuls leiten zur Frage über, ob in Deutschland ein Sprachmythos gepflegt wird. Ist die Angst vor Veränderung an eine mythische Zuschreibung von Werten an die Sprache gekoppelt? In der Geschichte der deutschen Sprache lässt sich der immer wiederkehrende Topos vom Verfall der Sprache erkennen: In verschiedenen geschichtlichen Epochen wurde ein Niedergang der deutschen Sprache befürchtet. Während, so ein Diskussionsbeitrag, Sprachen wie Deutsch oder Französisch mythologisch aufgeladen und mit eigenen Identitäten verknüpft sind, finden zum Beispiel im Englischen keine eindeutigen, allgemeinen Zuordnungen zu Nationalitäten statt und die Vielfalt wird positiv konnotiert. Jedoch, so ein Einwand, ist der französische Sprachmythos Ergebnis einer restriktiven Sprachpolitik und nicht etwa in der Sprache selbst angelegt. Damit verdichtet sich, was bereits im Impuls anklang: Wie Sprache empfunden wird, hängt auch davon ab, wie eine Sprachgemeinschaft mit ihr umgeht.

Ein Teilnehmer macht auf Arbeiten aufmerksam, die Varietäten der deutschen Sprache behandeln und das Verhältnis zwischen Dialekt und Standarddeutsch neu einordnen. Demzufolge ist das Standarddeutsch nur eine Sprache unter vielen in einer Sprachgemeinschaft, in der weitere Hochsprachen wie etwa Schweizerdeutsch beheimatet sind. Die Vielfalt der deutschen Sprache existiert, wird allerdings in der Gesellschaft als solche nicht erkannt, da der Fokus auf dem Hochdeutschen als Standardsprache liegt. Ein Erklärungsversuch bezieht sich auf die historische Grundlage dieser Sprache: Als Standardsprache ist Hochdeutsch elementare Kulturgrundlage der Demokratie in Deutschland. Sie entstand aus der Notwendigkeit, sich überregional zu verständigen, wurde durch wirtschaftliche und politische Interessen, Siedlungszwang und Verwaltung forciert und schließlich im Zuge der Reformation geformt.

Ein anderer Beitrag betont, dass juristische Eindeutigkeit durch Sprache entsteht und diese wiederum die Sprache selbst prägt: Die Normierung der Sprache durch deren Nutzung in Gesetzen, Verordnungen und Urteilen erzeugt einen Sprachstandard. Schafft also die Amtssprache Stabilität? Es könnte sich dabei um die sprachliche Basis handeln, die als Grundpfeiler der Sprache dient. Allerdings ist kritisch zu hinterfragen, welchen Bezug diese Sprache zum Alltag hat: Wer liest im Alltag Gerichtsurteile und juristische Texte? Und wie verhält sich diese Basis zu Subsystemen der Sprache wie den Dialekten oder der Jugendsprache? Dies führt eine Teilnehmerin aus: Zunächst ist die Rechtssprache im Alltag tatsächlich wenig relevant. Hinzu kommt, dass mit dem EU-Recht zusätzliche Elemente der Rechtssprache ins Deutsche übersetzt werden müssen. Ein Problem sieht sie darin, dass dadurch nicht nur das Recht angepasst werden muss, sondern ebenfalls die Sprache, in der das Recht festgehalten wird. In einem Staatenbund mit gleichen Rechtsetzungen können die so entstehenden Veränderungen und veränderte Anforderungen an die Sprache zu Verunsicherungen führen.

Sprache und Bildung

Eine weitere Teilnehmerin fragt nach dem Umgang mit Sprache im Bildungssystem. Es geht ihr dabei nicht so sehr um die korrekte Vermittlung des Deutschen, sondern um die Wirkung, die Lehrende durch ihren Umgang mit Sprache bei den Schülerinnen und Schülern erzielen. Denn durch Sprache werden Zuschreibungen vorgenommen und Realitäten geschaffen. So haben wissenschaftliche Arbeiten über die Nutzung geschlechtsneutraler Sprache im Unterricht deren signifikante Wirkung erwiesen. Besonders im Fach Mathematik, so ein Ergebnis, verbesserten sich die Noten der Schülerin-

nen, wenn sie im Unterricht explizit als Schülerinnen angesprochen wurden. Die Art der gewählten Worte ist also mitentscheidend für Erfolg oder Misserfolg im Bildungssystem. Wie können Lehrende mit Auf- und Abwertung, der Schaffung von Realitäten oder mit tabubrechender Sprache umgehen?

Eine weitere Frage zum Bildungssystem in der deutschen Migrationsgesellschaft lautet, wie die jeweils eigene nicht-deutsche Sprache und die deutsche Sprache ohne das Gefühl einer defizitären Sprachverwendung erfahren werden können. Eine erfolgreiche gesellschaftliche Teilhabe wird durch Bildungserfolg gewährleistet, der von der Sprachkompetenz abhängt. Dennoch sollte die Ursprungssprache ebenfalls gestärkt werden. Die Erfahrung von Selbstwirksamkeit wird auch durch Sprachdefizite in der jeweils anzuwendenden Sprache verhindert. In den Subsystemen der Sprache können die Beteiligten die dem Subsystem entsprechende Sprache nutzen. Befinden sie sich allerdings in einer Situation, in der ausschließlich die Standardsprache angemessen ist, müssen sie diese beherrschen und anwenden. Zwischen den unterschiedlichen Sprachnutzungen sollte, so ein Wunsch in der Runde, nicht gewertet oder hierarchisiert werden. Auch zum Beispiel einer deutsch-englischen Bilingualität gegenüber einer deutsch-türkischen explizit oder implizit den Vorzug zu geben, ist demnach nicht angebracht.

Die Rolle der Wissenschaft

Aus wissenschaftlicher Sicht muss, so eine Meinung in der Runde, die Linguistik auch kritisch und nicht ausschließlich deskriptiv arbeiten. In sprachwissenschaftlichen Debatten, wie zum Beispiel der Genderdebatte, ist eine Positionierung und Bearbeitung der Fragestellung gefordert, und nicht bloße Sprachdeskription. Aus Sicht der Linguistik besteht gerade bei der Zuschreibung von Werten und der Schaffung von Realitäten durch Sprache kein einseitiges, sondern ein wechselseitiges Verhältnis.

Darauf äußert sich ein Teilnehmer explizit kritisch gegenüber der Rolle der Wissenschaft. Die Bestimmungen der Sprache üben Macht aus. Eine Genderdebatte im wissenschaftlichen Raum zu führen, bleibt nicht ohne gesellschaftspolitischen Einfluss. Allerdings, so die Kritik, wird dabei der Großteil der Bevölkerung vor vollendete Tatsachen gestellt und aus der Debatte ausgeschlossen.

Vielfalt und Variation in der Sprache sind aus Sicht der Linguistik per se nicht schlecht. Der Auslöser für die Vielfalt ist entscheidend: Wenn die Veränderung dazu dient, andere Personenkreise auszuschließen, ist dies kritisch zu hinterfragen.

Ein Fazit der ersten Session ist, dass Sprachkritik die Menschen interessiert. Jeder möchte mit seinen Mitteln ein Urteil fällen. Wenn gerade ein neuer Jugendslang bekannt oder der Verfall der deutschen Sprache beklagt wird, ist die öffentliche Aufmerksamkeit groß. Die Sprache wird durch ihre Nutzerinnen und Nutzer als Teil der Sprachgemeinschaft geformt. Debatten zu führen, ist dabei positiv im Sinne einer freien Gesellschaft zu bewerten. Eine Sprachgemeinschaft muss eine Norm haben, die grundlegend funktioniert und von jeder und jedem angewandt werden kann. Gleichzeitig darf die Vielfalt an Subsystemen nicht in einen hierarchischen Zusammenhang gestellt, sondern muss als Qualität verstanden werden.

Die deutsche Sprache kann viel. Was können wir?

In seinem Denkanstoß für die zweite Runde im Dialog-Café „Man spricht deutsch“ wählt Roland Kaehlbrandt einen eindeutigen Ausgangspunkt: Wenn man Deutschland definiert, ist diese Begriffsbestimmung in jedem Fall mit der deutschen Sprache verbunden. Darauf aufbauend stellt der Vorstandsvorsitzende der Stiftung Polytechnische Gesellschaft die Frage nach dem, was diese Sprache besonders macht,

Dialekt ist kein
schlechtes Deutsch!



was ihre Fähigkeiten sind. Gerade, wenn man Deutschland als Einwanderungsland ansieht, muss gefragt werden, inwiefern die deutsche Sprache ein Verständigungsrahmen für unsere heterogener werdende Gesellschaft sein kann.

Zunächst erläutert Roland Kahlbrandt, was die deutsche Sprache als System kann. Dabei benennt er vier Vorzüge, die im öffentlichen Sprachbewusstsein häufig nicht präsent sind. Die deutsche Sprache ist, entgegen der weit verbreiteten Meinung, in Teilen sehr leicht zu verstehen. So ist zum Beispiel die Wortbildung – Arzt und Kind wird zu Kinderarzt – oder die grundlegende Struktur von Vokabeln durch ein Verständnis der Wortzusammensetzung einfach zu durchdringen. Die leichte Kombinierbarkeit von Wörtern ist der Grund für den mit 28 Millionen Wörtern umfassenden deutschen Wortschatz. Die Genauigkeit räumlicher Angaben der deutschen Sprache, wie etwa *ausgehen*, *weggehen*, *entgegengehen*, *abgehen*, *untergehen*, ist ebenso bemerkenswert wie die Elastizität im Satzbau, die man zur Betonung einzelner Satzteile nutzen kann: Durch das Umstellen einzelner Wörter im Satz ändern sich Bedeutungsnuancen des Gesagten. Außerdem erkennt Roland Kahlbrandt eine beziehungsfördernde Eigenschaft in der deutschen Sprache: Der individuelle Kontakt untereinander wird durch viele kleine Wörter, sogenannte Modalpartikel, ausgeformt und ermöglicht zahlreiche Anwendungs- und Betonungsvariationen. Die an ein neues Nachbarskind gerichtete Frage „Wie heißt du denn?“ lässt deutlich mehr Freundlichkeit erkennen als die kürzere Variante „Wie heißt du?“

Darüber hinaus betont der Impulsgeber die Lebendigkeit der Sprache, die auch lässig und locker daherkommen kann, wie sich an manchen erst seit Kurzem verbreiteten Ausdrücken erkennen lässt: „Aber hallo!“, „Das geht gar nicht!“ Oder verstärkt: „Das geht sowas von gar nicht!“ Ähnlich die verblüffte Nachfrage: „Echt jetzt?“

Deutsch ist eine Hochsprache, das heißt, sie verfügt über eine Grammatik, eine Hochlautung und einen sehr umfangreichen Wortschatz, was bei Weitem nicht für alle der über 7.000 Sprachen dieser Welt gilt. Und sie ist eine Kultursprache, die über Jahrhunderte hinweg bedeutende kulturelle und wissenschaftliche Leistungen als Bestandteil in sich trägt und bewahrt. Außerdem ist sie weit verbreitet: Neben den sieben Staaten, in denen Deutsch nationale oder regionale Amtssprache ist, gibt es etliche deutschsprachige Minderheiten im Ausland. Die Verbreitung einer Sprache hängt mit ihrer Nützlichkeit zusammen: Je mehr Menschen sich in ihr verständigen können, desto nützlicher ist die Sprache.

Die deutsche Sprache selbst ist also hoch entwickelt und bietet viele Vorteile. Dennoch lässt sich erkennen, dass ihre Beherrschung und der Umgang mit ihr nicht zufriedenstellend sind. In den Schulen nehmen die Rechtschreibfehler zu und die Lesekenntnisse ab. Zudem sind Unsicherheiten im Umgang mit dem Sprachstil von Schülerinnen und Schülern zu erkennen und die Differenz zwischen besonders guter und besonders

schlechter Sprachbeherrschung ist unter Schulpflichtigen größer geworden. Insbesondere geben Sprachentwicklungsverzögerungen bei Kindern von Zuwanderern Grund zur Sorge. Stabile Kommunikationsfähigkeit in einer Landessprache muss in einem heterogenen Einwanderungsland wie Deutschland Ziel von Bildung sein. Dabei ist die Sprachbildung nicht allein Aufgabe des Bildungssystems, sondern muss durch die gesamte Sprachgemeinschaft unterstützt werden. Gerade im Hinblick auf die Integration von Menschen mit anderer Muttersprache geht es darum, eine falsch verstandene Niedrigschwelligkeit zu vermeiden, also Sprache nicht nur zur funktionalen oder instrumentellen Nutzung zu lehren, sondern ein tiefes Eindringen in die Sprache zu fördern, das auch die kulturellen Hintergründe einbezieht.

Die deutsche Sprache, so das Fazit und der Ausblick des Impulsgebers, ist die gemeinsame Sprache einer heterogenen Gesellschaft, die bereits viele äußere Einflüsse in sich aufgenommen hat und gastfreundschaftlich geprägt ist. Sie hat die Fähigkeit, den Zusammenhalt in Deutschland zu stärken. Es ist die Aufgabe der Sprachgemeinschaft, dies umzusetzen.

Sprachliche Norm contra Subsysteme?

Die Diskussionsrunde schließt an den Impuls mit der Frage an, wie mit dem Einfluss nicht ausreichend beherrschter deutscher Sprache umgegangen werden kann, etwa wenn die Kinder deutscher Eltern sich anpassend an das, was sie auf dem Schulhof hören, sagen: „Ich gehe Döner“. Zu fragen ist in solchen Fällen, ob es sich um die fehlende Kenntnis der Sprachnorm oder um deren bewusste Umgehung handelt. Denn der Sprachnorm wollen Subsysteme wie die Jugendsprache gerade nicht entsprechen. Vielmehr geht es den Sprechenden darum, sich bewusst von der bekannten Norm abzugrenzen. Erst wenn bestimmte Ausdrücke auch gesellschaftlich verankert sind, reagiert die Sprache und nimmt neue Einflüsse richtigerweise auf. Die Begegnung mit Sprache hat sich verändert, vermutet ein anderer Teilnehmer. Früher ist eine Person im Dialekt aufgewachsen und hat dann in der Schule die deutsche Hochsprache in Wort und Schrift erlernt, heute ist eine durch die Digitalisierung geprägte Sprache bereits vor Eintritt in die Schule präsent und bestimmt den weiteren Umgang mit dieser. Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Sprachsystemen werden nicht mehr wahrgenommen und es ist kritisch zu hinterfragen, ob Kinder im Alltag der Schule heute überhaupt noch Hochsprache lernen. Es wird vermutet, dass dies eher stark milieuhängig durch Gespräche innerhalb der Familie geschieht und die Kommunikation unter Jugendlichen zu Teilen durch den Sprachduktus elektronischer Medien geprägt ist.

Die demokratische Bedeutung der Sprache

Ein Beitrag fragt nach den demokratischen Elementen der Sprache: „Die Stimme bei der Wahl abgeben“ ist eine Umschreibung, die sprachlich ausdrückt, was politisch festgeschrieben ist. Für eine Wahlperiode liegt die Stimme nicht bei der Sprecherin oder dem Sprecher, sondern wurde abgegeben. Die Forderung des Teilnehmers lautet, die direktdemokratischen Elemente zu stärken. Eine weitere Frage bezieht sich ebenfalls auf den Zusammenhang von Sprache und Demokratie: Wie ist mit sprachlichen Grenzüberschreitungen in der Politik, die zum Beispiel im Rechtspopulismus zu beobachten sind, umzugehen? Schließlich verstehen viele diese Äußerungen als Handlungsanleitung, was einer Verrohung und Aushebelung des Wertekonsenses Vorschub leistet. Dem wird entgegnet, dass an dieser Stelle die Rechtsprechung eine wichtige Funktion einnimmt. Dadurch trägt diese elementar zum Funktionieren einer Demokratie bei.

Deutsch als Sprachgemeinschaft: Mehrsprachigkeit oder Norm?

Die meisten Nationen, so eine Einschätzung aus der Runde, gehen entspannter mit ihrer Sprache um als die Deutschen. Mehrsprachigkeit ist dort eher der Standard und auch institutionelle Angebote gehen darauf ein. Die deutsche Sprache als exklusiv zu

verwendende hinzustellen, erscheint einer Teilnehmerin als der falsche Weg. Stattdessen befürwortet sie, auch in Deutschland die Mehrsprachigkeit höher zu schätzen. Dem entgegen der Impulsgeber, dass gerade bei denjenigen Personen häufig Schwächen in der deutschen Sprache vorhanden sind, die nicht in die deutsche Sprache hineingewachsen sind. Bevor die Mehrsprachigkeit in der Schule eingeführt wird, hält er die fundierte Vermittlung der deutschen Sprache für vorrangig, um gleichwertige Aufstiegschancen zu gewährleisten. Dennoch, wird eingewandt, ist es notwendig, die Kompetenzen von mehrsprachig aufgewachsenen Personen zu betonen und die Gleichrangigkeit der verschiedenen Sprachen in mehrsprachigen Ländern als Vorbild zu interpretieren.

Dass Deutsch als Bildungssprache auch im Studium relevant ist, macht ein weiterer Beitrag deutlich. Als ehemaliger Dozent an der Universität schildert ein Teilnehmer seine Erfahrungen mit ausländischen Studierenden, die die deutsche Sprache beherrschen müssen, um an Lehrveranstaltungen und Debatten teilnehmen zu können. Dies ist in Disziplinen wie der Philosophie von besonderer Bedeutung, da sich die Sinnzusammenhänge nur so nachvollziehen und schildern lassen. Deutsch bedeutet für jene Studierenden eine Chance, das Erlernen wird nicht als Last, sondern als Freude empfunden, so der Eindruck. Während in diesem Zusammenhang eine Notwendigkeit zum tiefen Erlernen der deutschen Sprache besteht, ist dies im Alltag anderer häufig nicht gegeben. Ist es also vielleicht eine Frage der kalkulierenden Abwägung, wie gut oder schlecht eine zugewanderte Person Deutsch spricht? Scheint der Aufwand, Deutsch zu lernen, für diejenigen zu hoch, die damit keinen nennenswerten Ertrag verbinden?

Uneins sind sich die Teilnehmenden der zweiten Session darüber, inwieweit in der Gegenwart noch Wert auf den korrekten Umgang mit Sprache gelegt wird. Auf der einen Seite vermutet ein Teilnehmer, dass die gesellschaftliche Zeitströmung negative Auswirkungen auf die deutsche Sprache hat und das Bewusstsein über korrekte Sprache in der Bevölkerung und als deren Folge die Fähigkeit, Sachverhalte zu durchdringen, verloren gehen. Dem entgegen ein anderer Beitrag, dass empirisch das Gegenteil der Fall ist und gerade in der Bevölkerung eine positive Einstellung gegenüber der Sprache nachgewiesen ist. Die Sprache gehört, so das Schlusswort dieser Runde, uns allen als Mitglieder der Sprachgemeinschaft Deutsch. Die zweite Runde hat gezeigt, dass die deutsche Sprache mehr Aufmerksamkeit bedarf. Dennoch, so das Fazit, besteht kein Grund, fatale Entwicklungen eines Verfalls der Sprache zu befürchten.

Bilder wirken immer

Die letzte Runde des Dialog-Cafés verändert den Blick auf das Thema Sprache. Sie wird von Andre Wolf eingeleitet, der den Schwerpunkt seines Impulses auf die Verwendung der Sprache in sozialen Netzwerken richtet. Andre Wolf, Pressesprecher bei Mimikama - Verein zur Aufklärung über Internetmissbrauch, fragt danach, wie wir in einer Welt, gespickt mit Fake News und Manipulation durch Worte, durch verdrehte oder erfundene Informationen, mit Nachrichten umgehen und welche Rolle die Sprache dabei spielt. In den digitalen Medien kommt es weniger auf die Verwendung korrekter Sprache an, sondern auf Inhalte beziehungsweise Botschaften. Zugleich lässt sich feststellen, dass Sprache im Internet einem Wandel unterliegt. Der Internet-Slang verändert sich und so entstehen konstant neue Ausdrucksformen. Entscheidend bei der Wahl, wie eine Botschaft ausgedrückt wird, ist die Frage: Wie verpackt man einen Inhalt, der möglichst viele Personen erreichen soll? Vermittelt wird die Information meist durch eine gemeinsame Sprache. Das muss nicht zwangsweise die Nutzung der korrekten Sprache voraussetzen. Vielmehr, so die Vermutung, ist die korrekte Sprache in den sozialen Netzwerken und der Kommunikation über Messenger-Dienste ein relativer Standard, der lediglich ein Indiz für die Korrektheit der verbreiteten Informationen ist.

Memes, Teaser, Fake News und Framing

Aktuell spielen sogenannte Memes eine elementare Rolle in der Onlinekommunikation. Diese bestehen meist aus einem Stand- oder animierten Bild, gelegentlich, aber nicht notwendigerweise gekoppelt mit einem Satz, und übertragen Emotionen oder Gemütszustände. Es handelt sich dabei um eine Form der Kommunikation, die schnell zum Ausdruck bringen soll, um was es geht. In den sozialen Netzwerken darf Sprache falsch sein, so Andre Wolf. Entscheidend für Form und Inhalt der Sprache ist das Ziel, eine hohe Reichweite zu erzeugen. Während Veröffentlichungen in professionellen Bereichen auf eine korrekte Sprache angewiesen sind, ist die Sprache in der nicht-professionellen Ebene zweitrangig. Zahlreiche Beispiele hierfür liefert die Internetseite der „Hooligans Gegen Satzbau“: www.HoGeSatzbau.de. Aktuell findet das Kreieren und Senden von Nachrichten vermehrt auf nicht-professioneller Ebene statt: Jeder kann eine Botschaft senden oder auf eine andere reagieren. Es gibt so gut wie keine Hürden, die eine Einzelperson davon abhalten, selbst als Sender aufzutreten. Was einst dem Journalismus vorbehalten war, ist nun für alle umsetzbar. In den Kommentarspalten der sozialen Netzwerke ist eine dynamische Dialog-Funktion entstanden, in deren Rahmen Nutzerinnen und Nutzer miteinander kommunizieren. Dabei ist zwar eine gemeinschaftliche Sprache notwendig, allerdings ist diese nicht an die fehlerfreie Verwendung der deutschen Sprache gebunden.

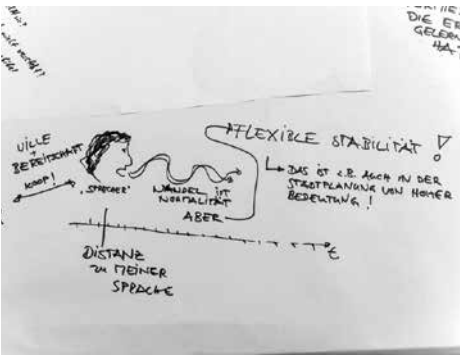
Dass die Unterscheidung zwischen professioneller und nicht-professioneller Ebene dennoch nicht allein am korrekten Umgang mit Sprache erkennbar ist, zeigt das Teaser-Problem: Jeder, der etwas in einem sozialen Netzwerk teilt, bekommt als Anzeige für die übrigen Nutzer die gleiche Art der Darstellung als Anreiz zum Weiterklicken und -lesen zugewiesen. Die optische Darstellung eines aufwendig und nach journalistischen Kriterien erstellten Artikels und eines offensichtlich irreführenden Fake News-Artikels unterscheiden sich nicht. Es ist nicht am Teaser erkennbar, ob es sich beim Ersteller um einen seriösen Verlag oder eine Fake News-Seite handelt.

Fake News lassen sich unterteilen in kommerziell und ideologisch motiviert: Kommerzielle Fake News, so Andre Wolf, versuchen erst gar nicht, wahr zu sein, sondern wollen eine möglichst hohe Reichweite erzielen, um die auf der Seite gezeigte Werbung zu verbreiten. Ideologisch motivierte Fake News drücken dagegen eine „gefühlte Wahrheit“ aus und untermauern diese mit falschen oder falsch kombinierten Fakten, um weitere Personen von dieser „gefühlten Wahrheit“ zu überzeugen. Gemeinsam ist allen Fake News, dass sie über soziale Netzwerke vertrieben werden und von der Darstellung der Teaser profitieren.

Eine weitere Gemeinsamkeit ist das Framing, also die Nutzung von Worten, die möglichst hohe Aufmerksamkeit erregen. Beruhigende Aussagen, die Optimismus verbreiten, erzielen zum Beispiel weniger Reichweite als angsteinflößende Formulierungen. Die Verwendung korrekter Sprache verschafft einem Artikel einen Seriositätsvorsprung und wirkt insgesamt unterstützend für die Glaubwürdigkeit der Botschaft. Allerdings lässt sich kein Rückschluss von der Sprache auf die vermittelten Informationen ziehen: Ob ein Artikel korrekt und schlüssig berichtet oder mit gefälschten Argumenten arbeitet, ist anhand der Sprache nicht zu analysieren.

Radikalisierung der Informationen durch Echo-Kammern?

Anschließend an die Ausführungen des Impulsgebers fragt ein Teilnehmer nach der Bedeutung von Echokammern bei der Nutzung sozialer Netzwerke. Gemeint sind die Effekte der Praxis von Onlinediensten, das Nutzerverhalten zu analysieren und die Darstellung der Inhalte für jede Nutzerin und jeden Nutzer individuell anzupassen. Zum Beispiel wird dem Comic-Fan kein Artikel über Autos, sondern über die neuesten Comics empfohlen. Die Inhalte werden dadurch weniger vielfältig. Im politischen



Bereich können solch einseitige Informationen Radikalisierung fördern. Echokammern entstehen sowohl in sozialen Netzwerken als auch beim Einsatz von Suchmaschinen. Ist man sich über deren Existenz bewusst, so gibt es Möglichkeiten, diese Effekte zu umgehen, erwidert Andre Wolf. Beispielsweise kann ein Nutzer sich gezielt widersprüchlich in seinen Aktivitäten verhalten, also sich sowohl für Autos als auch für Comics und weitere Themen interessieren, oder für verschiedene Interessengebiete eigene Profile erstellen.

Bezogen auf die Nutzung korrekter Sprache in sozialen Netzwerken ist für eine Teilnehmerin die Frage zentral, wie sie als Senderin die gewünschten Empfänger erreichen kann. Die Art der Sprache, so eine Überlegung, ist sinnstiftend: Wenn Empfänger adressiert werden, so muss die Sprache für diese nicht nur verständlich, sondern auch angebracht sein. Dabei spielt die grammatikalisch korrekte Nutzung der Sprache nicht zwangsläufig eine Rolle. Vielmehr gibt es bestimmte Gruppen, die sich bewusst durch spielerisch falsche Grammatik oder durch die Nutzung einer eigenen Sprache von anderen Gruppen abgrenzen möchten. Die jeweils verwendete Sprache unterscheidet sich stark in den sozialen Netzwerken. Was allerdings die meisten Kommunikationsstile verbindet, ist der Einsatz von Bildern, um Botschaften zu vermitteln. Noch vor der Überschrift sehen Nutzerinnen und Nutzer ein Teaserbild, welches Inhalte transportiert. Und diese Bilder wirken quasi immer, so der Impulsgeber.

Ein Teilnehmer berichtet aus einer Forschungsarbeit zu Shitstorms. In der Analyse dieser Phänomene konnte festgestellt werden, wie sich in der Flut der elektronisch verbreiteten diffamierenden Kritik vielfach grammatikalisch elementare Schwächen zeigen. Die Frage, die er daraus ableitet: Lässt dies einen Rückschluss auf das Bildungsniveau der Sender zu oder boykottieren diese bewusst die Sprache als abzulehnende Kultur? Schließlich kann Sprache auch Identitäten stiften, indem sie zur Abgrenzung genutzt wird.

Konfrontation durch Dialog

Ähnliches lässt sich in den Kommentarspalten der Online-Tageszeitungen feststellen. Die Sprachnutzung und der Umgang unter den Kommentierenden sind ebenfalls schlecht, nimmt man korrektes Deutsch und grundlegende Vorstellungen von Höflichkeit als Maßstab. Eine Erklärung bietet die Beobachtung, dass die Anonymität im Internet zu einer Form der Verrohung führt. Selbst unter Klarnamen glauben manche Nutzer, eine Form der Anonymität zu genießen, und überschreiten kommunikative Grenzen. Zudem wird häufig keine Antwort erwartet. Das Prinzip lautet für viele: fire and forget. Es wird etwas Abfälliges geäußert, ohne einen Dialog zu erwarten. Dies wirkt sich auf die Sprachnutzung aus. Relevant ist nicht die korrekte Herleitung von Argumenten nach wissenschaftlichen Richtlinien, sondern der Ausdruck eines Gefühls oder einer „gefühlten Wahrheit“. Die Erfahrung eines Teilnehmers mit dieser Form der Hasskommentare zeigt, wie damit umgegangen werden könnte: Er begann, auf Hass-

nachrichten sachlich zu antworten. Im Ergebnis wurde auch die Konfrontation in vielen Fällen in einem sachlicheren Tonfall geführt. Eine Vermutung ist also, dass sich die Sprache dem Sender-Empfänger-Verhältnis anpasst, wenn ein echter Dialog entsteht. Dies gilt zunächst erst einmal auf individueller Ebene. Ob eine moderierte Diskussion in den Kommentarspalten ebenfalls diese Wirkung erzielt, bleibt in der Gesprächsrunde umstritten.

Gleichzeitig mit der online zu beobachtenden Unfreundlichkeit und mangelnden Fairness ändert sich auch der Umgang miteinander im Alltag, so eine weitere Vermutung. Das Verhalten gegenüber beispielsweise Polizeibeamtinnen oder Rettungssanitätern bis hin zur Behinderung bei Einsätzen hat sich dieser Einschätzung zufolge in den letzten Jahren zunehmend verschlechtert. Allerdings geht ein anderer Teilnehmer davon aus, dass diese Fälle nicht neu sind, sondern durch den einfachen Zugang zu und der schnellen Verbreitung von Informationen präsenter sind und dadurch als ein verstärkt auftretendes Phänomen empfunden werden.

Positive und produktive Effekte

Wo gibt es produktive Möglichkeiten in den sozialen Netzwerken, die auch Optimismus zulassen, fragt ein Teilnehmer. Letztlich, so die Antwort von Andre Wolf, haben alle Nutzerinnen und Nutzer sozialer Netzwerke diese Möglichkeit und können dabei auf die gleichen Mechanismen zugreifen, die zur Verbreitung von Fake News und Hass im Internet ebenfalls angewandt werden. Es gibt keine exklusiven Nutzungsmöglichkeiten der sozialen Netzwerke, die nicht auch für ausgewogene Botschaften offen wären – wenn denn genügend Energie und Kapital in das Erlernen und Anwenden dieser Mechanismen zu positiven Zwecken investiert wird. Ohnehin nutzen zahlreiche soziale Initiativen die Netzwerke, um sich zu organisieren. Das Interesse der Konzerne, die soziale Netzwerke betreiben, richtet sich in erster Linie auf die finanzielle Verwertung der Nutzerdaten – nicht auf deren politische Ansichten. Von diesen kann also nicht erwartet werden, dass sie sozial gewünschte Beiträge bevorzugt behandeln oder in der Darstellung hervorheben.

Ein anderer Teilnehmer macht auf einen weiteren interessanten Aspekt aufmerksam, indem er die Sprachnutzung in sozialen Netzwerken neu einordnet. Sein Argument geht von den Ursprüngen des Internets aus. Die Entwicklung und Anwendung war zu Beginn ein Projekt von Eliten und nur ein kleiner Kreis hatte Einblick in die Funktion der Onlinemechanismen. Mittlerweile partizipieren alle Bildungsschichten und Bevölkerungsgruppen am Internet. Gruppen, die zuvor nicht die Chance hatten, sich zu beteiligen, äußern nun ihre Meinung. Obgleich dies nicht auf die Art und Weise geschieht, wie man es sich womöglich vorgestellt hatte, findet dennoch die Partizipation aller Schichten statt, was er als positiven Effekt wertet.

Neue Medien = neue Anforderungen

Für die Informationen in sozialen Netzwerken gilt: Es ist nicht alles wahr oder alles falsch. Teilweise werden wahre Inhalte in einen irreführenden Zusammenhang gestellt, der zu Fehlschlüssen verleitet. Notwendig ist daher, die Mechanismen zu verstehen, die bei der Erstellung und Verbreitung von Inhalten in sozialen Netzwerken wirken. Trotz der Risiken und der negativen Effekte von sozialen Netzwerken spricht sich der Andre Wolf für mehr Gelassenheit im Umgang damit aus. Bislang wurden alle neu eingeführten Massenmedien von einer ähnlichen Skepsis begleitet. Dies betraf sowohl Bücher als auch den Rundfunk und das Fernsehen, deren Entstehung und Verbreitung von großen Vorbehalten begleitet waren, die heute kaum noch Thema sind. Die sozialen Medien stehen für eine Pluralisierung der Gesellschaft und mit ihnen ist ein Freiheitsschub verbunden, wobei es an einem organisatorischen System fehlt: Es gibt bislang keine „Kulturmaschine“, die diese Entwicklung begleitet. Auf struktureller

Ebene muss eine Lösung gemeinsam mit den Internetkonzernen gefunden und auf individueller Ebene der Umgang mit den Medien gelernt werden. Dabei sollte jedoch mit den Konzernen und unter den Nutzern um gemeinsame Regeln gestritten werden. Die Sprache, so das Fazit Andre Wolfs, unterliegt einem Wandel. Sie wird häufig von Gruppen genutzt, um eine eigene Identität zu stiften. Viel entscheidender als eine korrekte Sprachnutzung bei der Vermittlung von Inhalten in sozialen Netzwerken sind Bilder und die Darstellung von Nachrichten.

Resümee

Dr. Christof Eichert, Vorstand der Schader-Stiftung, fasst seine Beobachtungen aus drei Stunden Diskussion über das Thema „Man spricht Deutsch“ zusammen:

Eingebettet in das Konventsthema „Definiere Deutschland“ geben drei Gäste ihre Impulse zu dann lebhaften Dialogen über die deutsche Sprache. Drei Leitsätze schwingen in mir nach: Wir alle machen die Sprache Deutsch. Die Sprache gehört uns allen. Und schließlich: Wir alle tragen für sie in Form und Inhalt Verantwortung.

Es gibt Bekanntes: die Debatte um das richtige Deutsch, die Bedeutung von Mehrsprachigkeit und die Aufgabe der Schulen bei der Sprachvermittlung. Es gibt Beruhigendes von der Linguistin Nina Janich: Dialekte sind kein schlechtes Deutsch! Und wir leben in einer flexiblen Stabilität der deutschen Sprache. Ein Beispiel dazu? Es könnte die erstaunte Bemerkung eines jungen Menschen sein: „Echt jetzt? Aber hallo!“ Es gibt Relativierendes: Der aktuelle Topos „Sprachverfall“ ist nicht neu, sondern begleitet die Sprache Deutsch seit Jahrhunderten. Stabilisierend ist das Konstrukt der Hochsprache Deutsch als gemeinsamer Verständigungsrahmen. Der Sprachwissenschaftler Roland Kaehlbrandt weist auf Erstaunliches hin: Deutsch ist aus dem Volk als Widerstand gegen die Sprache der Kirchen (Latein) und Höfe (Französisch) entstanden. Ein wichtiger Hinweis: Deutsch als Sprache hat sehr viel mit der deutschen Demokratie zu tun, deren Funktionen leben und vermitteln sich nur durch die gemeinsame Sprache! Und schließlich gibt es Beunruhigendes: Andre Wolf erläutert die Emotionskommunikation in den sozialen Netzwerken und den dort verbreiteten Einsatz einer unkorrekten Sprache als Werkzeug von Desinformation und Manipulation. Sind die Vorstellungen über maximale Meinungsfreiheit in sozialen Netzwerken mit den deutschen Ideen von Freiheit und deren Grenzen kompatibel? Ein Teilnehmer berichtet von der überraschten und kleinlauten Reaktion eines Hass-Mail-Schreibers, als dieser vom Angegriffenen eine Antwort bekam: „Das habe ich doch gar nicht so gemeint!“ Ist das die Erkenntnis: Es ist gar keine Kommunikation zwischen Sender und Empfänger, sondern könnte ein Muster der Schreiber in sozialen Netzwerken sein: „Fire and forget“. Sie ignorieren, dass sie ein Gegenüber persönlich treffen. Echt jetzt? Immanuel Kant lässt grüßen!



Dialog-Café 3: Wirtschaftswunderland – Wirtschaftswerteland

Impulsgeberin und Impulsgeber:

Brigitte Zypries, Bundesministerin für Wirtschaft und Energie

Prof. Dr. Nils Goldschmidt, Universität Siegen

Michael Heider, ProjectTogether, München

Begleitung: Prof. Dr. Stefan Selke, Hochschule Furtwangen

Moderation: Dr. Tobias Robischon, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: Jens Hübertz und Dr. Tobias Robischon

Wirtschaftlicher Erfolg definiert wie wohl kaum ein anderer Aspekt das Selbst- wie Fremdbild der Bundesrepublik Deutschland. Das westdeutsche Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit wirkt als nationaler Gründungsmythos, die Kaufkraft der Deutschen Mark war treibendes Moment der Wiedervereinigung. Soziale Verantwortung und moralischer Anspruch sind prägend für den deutschen Blick auf Wirtschaft, zugleich sind dies hierzulande – vom ehrbaren Kaufmann bis zum Leitbild Nachhaltigkeit – feste Bestandteile des Selbstverständnisses der unternehmerisch Tätigen. Dennoch wird Deutschland auch als ein unfaires, kaltes und sozial ungerechtes Land bezeichnet.

Leitbild Soziale Marktwirtschaft unstrittig

Soziale Marktwirtschaft und „Wohlstand für alle“: Die in den frühen Jahren der Bundesrepublik geformten normativen Leitbilder definieren noch heute, wie in Deutschland über Wirtschaft diskutiert wird. Das belegen die drei Gesprächsrunden des Dialog-Cafés „Wirtschaftswunderland – Wirtschaftswerteland“ nachdrücklich. Ergänzt werden diese anscheinend unstrittigen Leitbilder durch die klassische Selbst- wie Fremdwahrnehmung Deutschlands als eine erfolgreiche Industrie- und Exportnation mit einem starken Mittelstand – gekennzeichnet von einem korporatistisch organisierten Klassenausgleich zwischen Gewerkschaften, Verbänden und einem ausgebauten Sozialstaat. Diese wirtschaftliche Struktur und politische Ordnung gelten zugleich als Grundlagen für das „Modell Deutschland“. Zu den institutionellen Kernelementen der sozialen Marktwirtschaft zählt auch die deutsche Arbeitnehmermitbestimmung, worauf die Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries in ihrem eröffnenden Impuls ausdrücklich hinweist. Die Mitwirkung von Arbeitnehmern an der Kontrolle von Unternehmen durch die Betriebs- und Aufsichtsräte gehört zu den Wirtschaftswerten, die mit grundlegend für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands sind.

Doch dieses Modell ist schon seit geraumer Zeit ins Wanken geraten. Wie die Schwächung des Korporatismus und der Mitgliederverlust sowohl von Unternehmensver-

bänden als auch von Gewerkschaften exemplarisch zeigen, erodieren nicht erst seit den letzten Jahren seine Grundlagen. So stehen in der ersten Session des Dialog-Cafés „Wirtschaftswunderland – Wirtschaftswerteland“ auch die Gefährdungen im Mittelpunkt, denen das deutsche Modell der sozialen Marktwirtschaft ausgesetzt ist. Globalisierung und Digitalisierung halten neue Aufgabenstellungen für Unternehmen, Arbeitnehmer, Regierungen und Sozialsysteme gleichermaßen bereit. Das trifft nicht allein die deutsche Wirtschaft. Doch steht diesen Herausforderungen ein für dieses Land spezifisches Netz von Institutionen, Regeln und Normen gegenüber, die hiesige Unternehmensethik und Arbeitskultur und nicht zuletzt das deutsche Sozial- und Rechtssystem.

Deswegen stellt sich die Frage, wie das deutsche System auf die globalen Veränderungen reagiert: Werden sich deutsche Institutionen und Normen bezüglich Wirtschaft und Arbeit radikal wandeln müssen oder werden sie eigene Antworten auf die Herausforderungen des frühen 21. Jahrhunderts anbieten können? Kann das Leitbild der sozialen Marktwirtschaft weiterhin in der deutschen Wirtschaft Geltung haben? Sind gar die materiellen Grundlagen des deutschen Modells in Gefahr?

Ist die Soziale Marktwirtschaft gefährdet?

Auf dem Gebiet der Digitalisierung sieht Brigitte Zypries die deutsche Wirtschaft unter erheblichem Druck. Jetzt – in einer Phase, in der die deutsche Wirtschaft floriert – müssen Ressourcen und Investitionen in diesen Bereich fließen, um nicht mittelfristig den Anschluss an die digitalen Vorreiter, vor allen in den USA, zu verlieren. Deutschland ist traditionell ein Land der Manufaktur, des Produzierens von Werkstücken. Stark orientiert auf die Produktion hochwertiger Maschinen und Anlagen, stützen sich die Unternehmen auf das Business-to-Business-Modell. Die Plattformökonomie schiebt sich nun zwischen Produzenten und Käufer und schneidet die Hersteller so von ihrer Kundschaft ab. Individualisiertes Design und die initiale Integration von Produktdesign und Dienstleistungen sind die zentralen Herausforderungen, denen sich die deutsche Industrie im digitalen Zeitalter stellen muss.

Gerade wegen der aktuell starken Konjunktur werden die Risiken für die klassischen mittelständischen Unternehmen in Deutschland, die von den digitalen technischen Innovationen und den neuen Geschäftsmodellen ausgehen, kaum erkannt. Es sind daher Initiativen notwendig, die sich direkt an gesellschaftliche Leistungsträger und die deutsche Industrie wenden. Schon jetzt werden digitale Musterfabriken gefördert, die den mittelständischen Produktionsunternehmen aufzeigen, welche Technologien bereits verfügbar sind und wie diese in verschiedensten Produktionskontexten individuell einsetzbar sind. Staatlicherseits braucht es, neben Investitionen in die klassische Infrastruktur, vor allem Investitionen in die digitale Infrastruktur, in Forschung und Bildung. Von den Schulen bis in die Universitäten besteht in Deutschland ein Nachholbedarf bei der Einbindung und Weiterentwicklung digitaler Technologien und Methoden.

Ob die soziale Marktwirtschaft beim Übergang ins digitale Zeitalter gerettet werden kann, indem „Produkte vermehrt vom Kunden und der Kundin her gedacht werden“ und die Unternehmen sich stärker einem kunden- und konsumorientierten Design verpflichten, wird in der anschließenden Diskussion bezweifelt. Die Unternehmen und Geschäftsmodelle des Silicon Valley sind dabei Projektionsfläche für Inspiration und Zukunftsängste zugleich. Es wird die Hoffnung geäußert, dass Geschäftsmodelle des Typs Airbnb oder Uber den deutschen Regularien angepasst werden können, deutsche Unternehmen von ihnen lernen und sie weiterentwickeln können. Allerdings, wird entgegnet, ist das Rennen um die Plattformen im Grunde verloren, alle großen Plattformen sind in amerikanischer Hand. Parallel-Plattformen ähnlicher Dimensionen gibt es nur auf dem chinesischen Markt. Erst wenn diese nach Europa expandieren sollten, wird es Bewegung auf dem Plattform-Markt geben.

Gerade die sozialverträgliche Einbettung der neuen Geschäftsmodelle stellt in Deutschland eine zusätzliche essenzielle Herausforderung dar, da sich das Land – wie die Impulsgeberin betont – auch weiterhin als Wirtschaftswerteland versteht. Gerechte Löhne und Arbeitnehmermitbestimmung sind zentrale Elemente der sozialen Marktwirtschaft. Neue Formen der Arbeit wie das Crowdfunding oder die Arbeit in der Gig-Economy erfordern deshalb Aktivitäten der Gewerkschaften wie regulatorische Lösungen der Politik.

Aber besitzt der Staat heute überhaupt die Fähigkeit, Regulation in der Breite und Tiefe vorzunehmen, wie sie durch Veränderungen im Zuge der Digitalisierung wohl notwendig werden? Deutschland ist geprägt von starken Institutionen und Veto-Spielern, die gerade schnelle Veränderungen eher langsam verarbeiten können. Diese systemimmanente Behäbigkeit wird jedoch auch als Vorteil gesehen: Entwicklungen zuerst beobachten, um sie dann nachhaltig und bedacht in das deutsche System zu integrieren oder das System an die Neuerungen anzupassen. Als positives Beispiel gilt die Energiewende, die zeigt, wie in Deutschland ein Problem globalen Ausmaßes entschlossen, aber mit Maß behandelt wird – und dies gleichzeitig als Technologie- und Standortvorteil genutzt wird.

Um die internationalen Herausforderungen angehen zu können, wird in weiteren Beiträgen eine Kompetenzerweiterung und Stärkung der EU gefordert. Nach anderer Ansicht werden damit nur Probleme auf eine höhere und noch komplexere Ebene verschoben, ohne dass es auf diesem Weg tatsächlich zu einer Lösung kommt. Auch wenn es wichtig ist, europäische Antworten und Verfahrensweisen im Rahmen der EU-Kompetenzen zu entwickeln, führt die Verlagerung eines Regulationsbedarfs auf die supranationale Ebene in der Regel dazu, die Problemlagen noch zusätzlich zu verkomplizieren. Aufgrund der unterschiedlichen Kulturen und institutionellen Hintergründe in den einzelnen Mitgliedsstaaten der EU kann es auch nur bedingt funktionieren, deutsche Modelle und Lösungskonzepte auf die EU-Ebene zu übertragen. Chancen bietet eine enge europäische Zusammenarbeit, bei der dennoch in einem fairen Wettbewerbsrahmen unterschiedliche Regularien und Konzepte nebeneinander bestehen können.

„Wohlstand für Alle“ als Konzept sozialer Gerechtigkeit

„Wohlstand für Alle“ war der programmatische Titel eines Buchs von Ludwig Erhard aus dem Jahr 1957. Doch entgegen der landläufigen Assoziationen von Zigarre und Wohlstandsbauch lag die Betonung nicht auf dem Ziel möglichst hohen Konsums, sondern darauf, den wirtschaftlichen Wohlstand für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich zu machen. Ludwig Erhard selbst sagte, es gehe um die „Sozialisierung von Fortschritt und Gewinn“, betont Nils Goldschmidt, Professor für Kontextuale Ökonomik und ökonomische Bildung, in der zweiten Session des Dialog-Cafés. Die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, deren Vorsitzender er ist, gilt seit ihrer Gründung in den 1950er-Jahren als wirtschaftspolitischer Wachhund der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland. In seinem Impuls gibt Nils Goldschmidt einen detaillierten Einblick in die Grundlagen des Leitbildes Soziale Marktwirtschaft. Soziale Marktwirtschaft ist das Versprechen, dass alle an wirtschaftlicher und technischer Entwicklung partizipieren können. Dazu bedarf es eines geregelten Wettbewerbs. Wettbewerb gilt als staatliche Aufgabe: Wettbewerb entsteht erst da, wo er vom Staat ermöglicht und mit bestimmten Spielregeln versehen wird. „Wohlstand für Alle“ ist ein verteilungspolitisches Projekt, das jedem Einzelnen die Möglichkeit geben will, am Wohlstand teilzuhaben. Dieser Gedanke baut auf das persönliche Leistungsstreben, dem Entfaltungsspielräume eröffnet werden müssen. Damit der Einzelne auch die Befähigung dazu erwerben kann, erfolgreich teilzuhaben, sind Bildungs- und Chancengerechtigkeit zentrale Voraussetzungen der sozialen Marktwirtschaft. Entscheidend ist somit eine privilegienfreie Ordnung, in der weder feudale Eliten noch Parteikader noch wirtschaftliche Machtblöcke wie Monopole und Kartelle



Entspricht die wirtschafts- u. sozialpolitische Realität
(noch) dem Leitbild der sozialen Marktwirtschaft?
(wachsende Eink.-Ungleichheit, Schwächung der
Gewerkschaften, etc.)
Warum solche Entwicklungen trotz
sozialer Marktwirtschaft?

Versprechen / Anspruch: 'Wohlstand für alle', d.h.
Beteiligung aller Bürger am wachsenden
Wohlstand der Gesellschaft.

Was ist die Konsequenz, wenn dies
in der Realität nicht mehr der Fall ist?

die Gestalt des Gemeinwesens bestimmen, sondern prinzipiell jedem unabhängig von seiner Herkunft alle Möglichkeiten in einem fairen Wettbewerb offenstehen.

Die Konzeption der sozialen Marktwirtschaft zielt somit nicht vorwiegend auf eine Umverteilung des Gewinns im Nachhinein, sondern auf faire Zugangs- und Wettbewerbsbedingungen. Umverteilungsfragen werden damit hauptsächlich an die durch einen etablierten Klassenkompromiss starken Gewerkschaften und Verbände delegiert, welche vor allem in den 1960er und 1970er-Jahren in Deutschland – so zumindest in der Wahrnehmung – den Zustand eines Wohlstands aller auch partiell realisieren konnten. Dies wird flankiert von starken, solidarisch finanzierten Sozialversicherungen. Doch die traditionellen Anker der sozialen Marktwirtschaft können heute nicht mehr in allen Fällen angemessen auf Problemlagen einer fragmentierten und pluralistischen Gesellschaft mit unterschiedlichsten Erwerbs- und Lebensverläufen reagieren. Individuelle Betreuung, Förderung und Marktintegration durch die Stärkung von Strukturen der sozialen Arbeit schaffen hier eventuell Abhilfe.

Der Impulsgeber mahnt, dass die Idee der sozialen Marktwirtschaft weit über einige wirtschaftspolitische Grundsätze hinausreicht. Die Frage der Gerechtigkeit steht im Zentrum des Konzepts. Sie darf daher nicht nur als eine Wirtschaftsordnung, sondern muss immer auch als eine Gesellschaftsordnung verstanden werden. Nur wenn Gerechtigkeitsfragen auch tatsächlich in den Blick genommen werden, kann die soziale Marktwirtschaft weitergedacht werden, so Nils Goldschmidt.

Das Leitbild der sozialen Marktwirtschaft ist in der deutschen Debatte offenbar fest verankert und scheint eine nahezu unbestrittene Selbstverständlichkeit zu sein. In der folgenden Diskussion findet etwa ein einzelner Einwand, der sich für liberale Modelle und weniger staatliche Eingriffe stark gemacht, kein Gehör. Erhebliche Kontroversen zeigen sich jedoch in der Interpretation der Erhard'schen Formel „Wohlstand für Alle“. Was bedeutet dieses Ziel eigentlich, und wie ist es zu erreichen? Heißt Wohlstand Überfluss und Luxus, ist das Ziel vor allem Gleichheit in der Verteilung oder geht es darum, das zu haben, was die eigenen Bedürfnisse erfüllt, also um ein „genug haben“? Ist das Versprechen „Wohlstand für Alle“ eventuell auch durch einen relativ moderaten Wohlstand erfüllt, in einem System, das im Gegenzug Stabilität und Sicherheit bietet?

Wie auch immer das Leitbild „Wohlstand für Alle“ definiert wird: Einig sind sich die Diskutierenden darin, dass es sich um ein Leitbild handelt, welches es anzustreben gilt, dessen Ziele aber noch nicht erreicht wurden. Im Gegenteil, es ist in den letzten Jahrzehnten zu erkennen, dass sich die deutsche Gesellschaft von der Verwirklichung dieses Leitbildes immer weiter entfernt. Das Versprechen, alle Teile der Bevölkerung vom Wirtschaftswachstum profitieren zu lassen, scheint gebrochen. Die Ungleichverteilung der Einkommen und Vermögen nimmt zu, und dies trotz wachsender Wirtschaftsleistung.

#Wie haben die Flüchtlinge die deutsche Wirtschaft beeinflusst?
↳ Welche Auswirkungen hat diesen Einfluss auf den deutschen Bürger?



Erosion des „Modell Deutschland“

In der Diskussion werden verschiedene Erklärungsansätze für diese Entwicklung geliefert. Zunächst wird darauf verwiesen, dass ein nationales Leitbild wie die soziale Marktwirtschaft auch Unternehmenskulturen braucht, die ihre Verantwortung als Teil dieses nationalen Projektes wahrnehmen. Unternehmen agieren jedoch längst global, und die Logik des globalisierten Kapitalismus lässt eine standortgebundene Unternehmensethik nicht zu. Steuer-, Regulations- und Standortvorteile müssen global gesucht und genutzt werden. Soziale Verantwortung und moralischer Anspruch finden im globalisierten Wettbewerb ihre engen Grenzen. Das zeigt sich nicht zuletzt darin, dass auch deutsche Global Player im internationalen Wettbewerb auf eindeutig kriminelle Methoden zurückgreifen. Den ehrbaren und verantwortungsvollen Unternehmer, so eine These, kann es im modernen, globalen Kapitalismus nicht geben. Das ist keine Frage der Moral, sondern des Systems.

Als eine weitere Säule der sozialen Marktwirtschaft, um die es nicht gut bestellt ist, werden die Gewerkschaften genannt. Dies bezieht sich nicht nur auf den schon lange anhaltenden Mitgliederverlust der großen Gewerkschaften. Wiederholt wird betont, wie schwer sich die etablierten Gewerkschaften mit der Integration von prekär Beschäftigten jeglicher Art tun. Doch diese Beschäftigten machen einen immer höheren Anteil der arbeitenden Bevölkerung aus. Die neuen flexiblen Arbeitsformen, etwa in der digitalen Ökonomie, brauchen auch neue flexible Formen der gewerkschaftlichen Organisation. Das aber leisten die auf Normalarbeitsverhältnisse ausgerichteten Gewerkschaften zumindest derzeit noch nicht. Netzwerkartige Organisationsformen ohne feste Mitgliederbindung bieten solche Flexibilität, können jedoch aufgrund ihrer losen Struktur nicht die Rolle der großen Gewerkschaften in einem korporatistischen Klassenausgleich einnehmen. Zudem hat der Korporatismus in Deutschland schon lange, spätestens seit 2003, dem Ende des letzten Bündnisses für Arbeit vor den Hartz-Reformen, an Bedeutung verloren. Lösungen für die Stärkung der gewerkschaftlichen Position werden auf EU-Ebene gesucht. Eine europäische Sozialpolitik und Tarifautonomie, so eine These, werde der Bedeutung großer, klassisch organisierter Gewerkschaften erheblichen Aufwind verschaffen.

Ausgelöst auch durch die wachsende Ungleichverteilung hat sich bei vielen ein Gefühl der Unsicherheit eingestellt, dem eine enorme politische und kulturelle Tragweite attestiert wird. Status- und Verlustängste prägen Alltagsdebatten und die politische Kultur, wodurch populistische Strömungen und traditionsverhaftete Werte an Zuspruch gewinnen. Der Bedeutungsverlust von starken Institutionen wie den Gewerkschaften oder dem leistungsfähigen, stattsichernden Sozialstaat führt vor allem in der Mittelschicht zu einem Vertrauensverlust in die staatliche Ordnungs- und Handlungsfähigkeit wie auch vermehrt zu Misstrauen gegenüber den etablierten Institutionen. Der sozialen Marktwirtschaft, wird an dieser Stelle gemahnt, kommt auch die wichtige Funktion der Aufrechterhaltung des sozialen Friedens zu. Neben einer insgesamt

gerechteren Verteilung ist auch auf einzelne abgehängte Regionen zu achten. In diesen Regionen zeigt sich eine besonders große Unzufriedenheit und die Lebensbedingungen sind besonders prekär, sei es aufgrund allgemeiner Strukturschwäche oder ausgelöst durch den Wegfall alter Industrien. Nicht nur Einzelne, auch ganze Gemeinschaften leben dort in dem Gefühl, mit den Tempo- und Flexibilitätsanforderungen der Moderne nicht Schritt halten zu können – und teilweise wollen sie diesen Forderungen auch nicht (mehr) entsprechen. Dies zeigt, wie wichtig die gesamtgesellschaftliche Integrationsleistung einer sozialen Marktwirtschaft ist. Tiefgreifende wirtschaftliche Umbrüche verlangen von den Individuen hohe persönliche Anpassungsleistungen. Die Fähigkeit und die Bereitschaft, diese zu erbringen, hängen allerdings sehr stark von der sozialen und ökonomischen Sicherheit ab, welche die Wirtschaftsordnung den Individuen bieten kann, so die abschließende Feststellung in dieser Gesprächsrunde.

Das unternehmerische Subjekt als neues kulturelles Leitbild?

Die veränderte Wirtschaftskultur und die neuen Ansprüche, die an das Individuum gestellt werden, sind auch Thema des Impulses der dritten Session. Michael Heider gründete noch während seiner Schulzeit das gemeinnützige Sozialunternehmen ProjectTogether, das Hilfsprojekte und Sozialinitiativen junger Menschen systematisch per Telefoncoaching unterstützt. Rund 400 Projekte hat das Unternehmen in den letzten Jahren auf diese Weise begleitet. Dabei entstand eine Vielzahl von Kontakten zu Unternehmen und Konzernen, mit denen Michael Heider mittlerweile zusammenarbeitet und die ihm einen Einblick in die deutsche Wirtschaftskultur gegeben haben. Aus dieser Perspektive heraus betont auch der Impulsgeber, dass sich aufgrund der Digitalisierung die deutsche Unternehmenslandschaft und Arbeitskultur in den kommenden Jahren grundlegend verändern müssen. Die neue Ökonomie befindet sich selbst im steten Wandel, sie beruht auf rascher Innovation und hoher Flexibilität. Zudem sieht sie Produkte, deren Produktion und Arbeit insgesamt aus einem ganz anderen Blickwinkel. Gerade Produkte, die Daten erfassen, verwenden und rückkoppeln, können nicht isoliert betrachtet werden, sondern sind im Kern Träger einer Dienstleistung. Sie müssen daher schon im Stadium des Designs und im Produktionsprozess als solche verstanden werden. Mit den neuen Denkweisen gehen auch neue Formen der Arbeitsorganisation einher; die Anforderungen sind vielfältiger Natur – und ändern sich rasch. Es braucht daher Unternehmen, und vor allem Mitarbeitende in diesen Unternehmen, die darauf vorbereitet sind, sich schnell anzupassen. Die Individuen müssen sich in einer solchen Welt zurechtfinden können. Das deutsche Bildungssystem erzeugt jedoch immer noch „Fließbandarbeiter“, kritisiert Michael Heider. Anstatt Raum für Experimente, Selbstreflexion und Kompetenztraining zu bieten, vermittelt die Schule vor allem Wissen und fördert repetitive Lernformen wie das Auswendiglernen. Wenn nun bildungspolitische Anstrengungen unternommen werden, um die Aneignung technischer Fähigkeiten zu fördern, ist dies ein erster Schritt, aber bei weitem nicht ausreichend. Entscheidend ist die Vermittlung einer Mentalität, Dinge einfach auszuprobieren und dabei auch scheitern zu dürfen – und sich schnell an veränderte Bedingungen anpassen zu können.

Die Einstellung zu Innovationen hat Michael Heider in deutschen Unternehmen als sehr ambivalent erlebt. Innovationen werden sowohl hoch gepriesen als auch als massive Bedrohung beschrieben. Im Ergebnis resultiert daraus eine Haltung, die Innovationen grundsätzlich begrüßt, jedoch verlangt, dass Risiken zu vermeiden und Veränderungen nur langsam, Schritt für Schritt, anzugehen sind. Zur traditionellen deutschen Unternehmenskultur gehört neben einer klaren Produktorientierung auch ein Verantwortungsbewusstsein für die Qualität des Produktes wie auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Michael Heiders Generation der um die Jahrtausendwende Geborenen hat sich nach seiner Darstellung die Werte der neuen Ökonomie bereits zu eigen gemacht. Sie orien-

tiert sich am Ideal eines unternehmerischen Selbst, das sich ohne Aufforderung auf den Weg macht und sich selbst Ziele steckt. Flexibilität und hohe Anpassungsbereitschaft gelten als Tugenden, langfristige Beschäftigungsperspektiven und stabile Rahmenbedingungen für die persönliche Lebensgestaltung eher als Zwangsjacke. Anstelle eines guten finanziellen Auskommens möchten sie vor allen Dingen eine Tätigkeit ausüben, die Sinn stiftet und der Verwirklichung ihrer Ideale dient. Geld spielt in diesem Leitbild eine marginale Rolle und wird der Sinnhaftigkeit des eigenen Tuns untergeordnet. Arbeit soll in gewisser Art als Freizeit erlebt werden, die Trennung von Arbeit und Privatleben aufgehoben sein. Arbeit soll erfüllen, Freude bereiten und nicht fremdbestimmt sein, sondern sie wird aus eigenem Antrieb geleistet. Dementsprechend sind auch Mitsprache und eine nicht-hierarchische Unternehmenskultur sehr wichtig.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer der abschließenden Gesprächsrunde problematisieren den angemahnten Wertewandel hin zu einem unternehmerischen Leitbild der Subjektkonstitution. Im Kern, so die Kritik, wird hier zumindest in Teilen die gefühlte Instabilität und Unsicherheit in der Wirtschaft auf einer individuellen Ebene positiv gewendet. Stabilität wird als Zwang interpretiert, Anpassungsdruck von außen in innere Veränderungsbereitschaft umgedeutet. Starke Sinnorientierung und der Wunsch nach Selbstverwirklichung in der Arbeit gehen einher mit der Bereitschaft, die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit aufzuheben. In der Praxis bedeutet dies regelmäßig, die Arbeit zulasten der Freizeit zu entgrenzen, wird weiter ausgeführt. Aus dieser Sicht ist es Aufgabe des Staates, die vorhandenen Regularien der neuen Arbeitskultur anzupassen und klare Grenzen zu setzen, etwa durch ein Verbot der elektronischen Dauerbereitschaft. Die Arbeitskultur unternehmerischer junger Menschen im Alter von Anfang Zwanzig kann nicht der Maßstab sein, an dem sich die Lebensgestaltung junger Eltern und Familien oder generell von Arbeitnehmern ausrichten soll, die eine Tätigkeit über viele Jahre, manchmal Jahrzehnte ausüben.

Auch die Kritik am deutschen Bildungssystem wird kontrovers besprochen. Zwar stimmt ein großer Teil der Diskutierenden der Forderung zu, dass Experimentierfreude, Reflexion und kritisches Verhalten bei Schülerinnen und Schülern zu fördern sind. Wie festgestellt wird, geschieht dies bereits in hohem Maße. Das Problem wird eher in der Lehrerschaft gesehen, die Jugendliche nicht ausreichend motivieren und fördern kann. Auch aus der Perspektive der Chancengerechtigkeit werden die deutschen Schulen kritisiert. Wie zahlreiche Studien verdeutlichen, ist das deutsche Bildungssystem kaum in der Lage, die vorhandenen sozio-kulturellen Bildungsunterschiede auszugleichen und damit Chancengerechtigkeit herzustellen. Trotz dieser Problemlagen wird Deutschland als ein starker Bildungsstandort anerkannt. Sowohl in der Selbstsicht wie in der Fremdwahrnehmung gilt Deutschland weiterhin als das Land der Ingenieure. Auch das duale Ausbildungssystem hat international weiterhin den Ruf eines Erfolgsmodells.

Zum Schluss wird die Frage gestellt, ob Deutschland tatsächlich eine stärkere Fixierung auf eine Kultur des Unternehmertums und das unternehmerische Subjekt benötigt. Welche Perspektiven gibt es im Rahmen des Leitbilds der sozialen Marktwirtschaft für diejenigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, welche nicht fortwährend innovativ und explorativ tätig sein können oder wollen? Es braucht, so die Gesprächsrunde, eine Balance zwischen Stabilität und Flexibilität. Die Unternehmen müssen den Beschäftigten sowohl Freiräume als auch gleichzeitig Sicherheit bieten. Ebenso soll der Staat, so er denn Innovationen fördern möchte, jungen Unternehmerinnen und Unternehmern durch geeignete Formen der sozialen Absicherung Spielräume eröffnen. Stichwort hierzu ist etwa das bedingungslose Grundeinkommen. In der Runde zeigt man sich aber überzeugt, dass auch weniger tiefgreifende Veränderungen des Sozialstaates, die Flexibilität und Absicherung stärker in Einklang bringen, den modernen Anforderungen Genüge leisten können.

Resümee

Die Selbstdefinition Deutschlands als Wirtschaftswunderland und Wirtschaftswerteland zugleich wirft zunächst Fragen nach der objektiven Mess- und Vergleichbarkeit von Wohlstand auf, aber auch nach den ethischen Aspekten der Wohlstandsverteilung. So fasst Stefan Selke als Begleiter des Dialog-Cafés vonseiten des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung das Dialog-Café „Wirtschaftswunderland – Wirtschaftswerteland“ zusammen. Einerseits wird das Bild einer Ungleichverteilung skizziert, andererseits die Möglichkeit der Gleichverteilung selbst infrage gestellt. Zugleich wird auch hinterfragt, ob ein ökonomischer Egalitarismus – „alle sollen gleich viel haben“ – überhaupt noch als Maßstab taugt, oder ob nicht vielmehr ökonomische Suffizienz im Sinne von „alle haben genug“ sich als neues Leitbild anbietet. Offenbar ist der verteilungspolitische Gehalt des Konzepts der sozialen Marktwirtschaft kaum noch im Bewusstsein präsent, und das Leitmotiv „Wohlstand für alle“ wird allzu oft als Plädoyer für einen ausufernden Konsumismus missverstanden. Soziale Gerechtigkeit durch eine privilegienfreie Ordnung, fairen Wettbewerb und Bildungs- und Chancengerechtigkeit sind als gesellschaftspolitisches Leitbild zwar breit akzeptiert, diskursiv als Konzept aber unterrepräsentiert.

Dies mag auch an der verbreiteten Skepsis hinsichtlich der Steuerbarkeit moderner, post-industrieller Gesellschaften liegen. Zwar können für die wirtschaftliche Wertschöpfung vollkommen neue Prozesse genutzt werden, zum Beispiel Digitalisierung und Sharing-Ökonomie. Dieser Hybridisierung der Wertschöpfung steht aber anscheinend bislang keine hinreichende politische Steuerungsfähigkeit der Wirtschaft gegenüber – wobei ebenfalls argumentiert wird, dass Steuerung angesichts der wachsenden Komplexität des zu Steuernden immer schwieriger und aufwendiger zu bewerkstelligen ist. Aus der Steuerungs-skepsis ließen sich jedenfalls auch werteerodierende Aspekte wie zum Beispiel der Vertrauensverlust in politische Institutionen erklären.

Am genauesten zeichnet sich auf der Ebene des Biographischen eine Antwort auf die Frage ab, was Deutschland ausmacht. Hierbei wird anhand von vielen Beispielen zum inter-generationellen Wandel klar, dass ein Spezifikum des Deutschseins möglicherweise darin besteht, einerseits eine stets unbefriedigte Sehnsucht nach Innovationen in sich zu tragen, andererseits aber immer auch die Vorteile stabiler Strukturen zu schätzen. Die Sehnsucht nach der Sicherheit durch Institutionen macht einen fundamentalen Umbau respektive eine Neuinterpretation des Sozialen, die freiwillige Aufgabe von Privilegien oder die flächendeckende Änderung von Berufsbiographien und Lebensläufen daher eher unwahrscheinlich. Einer Reform der Arbeitskultur stehen starre Wirtschaftsstrukturen gegenüber. „Definiere Deutschland“ bedeutet daher ganz oft: Änderungen werden Schritt für Schritt errungen anstatt sich disruptiv zu ereignen. Wenn dies so ist, dann benötigen diese langsamen und unterschweligen Prozesse des Wandels eine angemessene Begleitung im politischen, wissenschaftlichen und öffentlichen Raum. Genau dies ist die Aufgabe der Schader-Stiftung.



Dialog-Café 4: Schwarz-rot-bunt

Impulsgeberinnen:

Dr. Jutta Lauth Bacas, Netzwerk Migration in Europa, Köln und Athen

Canan Topçu, Schreiben und Sprechen, Büro für Kommunikation, Frankfurt am Main

Svenja Kück, Reallabor Asyl, Heidelberg

Begleitung: Prof. Dr. Gabriele Abels, Eberhard Karls Universität Tübingen

Moderation: Natascha Riegger, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: Frauke Taake und Natascha Riegger

In einer aufgeheizten politischen Diskussionslage um Migration und Integration stehen immer wieder nationale und kulturelle Identitäten als etwas im Fokus, das vermeintlich durch Fremdes gefährdet wird und deshalb vor äußeren Einflüssen in seinem Bestand geschützt werden muss. Das Dialog-Café „Schwarz-rot-bunt“ geht der Frage nach, was unter Begriffen wie „Leitkultur“ und „kulturelle Identität“ zu verstehen ist und inwiefern diese Begriffe für eine neue und positiv besetzte Diskussion in der Öffentlichkeit fruchtbar gemacht werden können.

Kultur aus sozialanthropologischer Sicht

Jutta Lauth Bacas als erste Impulsgeberin stellt fest, dass es bei einer Definition Deutschlands immer auch um das Mitdenken der Migration gehen muss, da der Kulturgedanke zunehmend von unterschiedlichen Identitäten geprägt wird. Die Sozialanthropologin mit dem Schwerpunkt Migration in Deutschland und Griechenland sieht Kulturelle Identität und Leitkultur als schwer zu fassende Elemente, denen sie sich mittels eines sozialanthropologischen Zugangs zu nähern versucht. Sie stellt zwei strukturierende Fragen in den Raum: „Was ist deutsche Kultur nicht?“ und „Was ist deutsche Kultur?“ Bei der Beantwortung dieser Fragen versucht sie sich einer allgemeingültigen und abstrahierenden Aussage anzunähern.

Die Kultur einer Gruppe kann auf unterschiedliche Weise definiert werden. Standardantworten greifen allerdings zu kurz und bleiben damit reduktionistisch. Das essentialistische „Container“-Modell, das bestimmte Kulturgüter wie Musik, Kunst, Sprache und Literatur für eine Definition zusammenwirft, ist Jutta Lauth Bacas zufolge obsolet. Hier wird versucht, Kultur in einer Art „Draufschau“ als eine fest geformte Faktizität zu formulieren – orientiert an lokalen Strukturen und auf der Suche nach eindeutig zuweisbaren und authentischen Kulturgütern. Dabei bleibt unbeachtet, was der Einzelne für sich als seine kulturelle Identität reklamiert. Ebenso wird der globale Austausch zwischen Kulturen und der Einfluss von Neuem ignoriert oder als kultur-

fremd erachtet. Diese Herangehensweise verkennt den Umstand, dass keine konsistenten temporären und lokalen Strukturen existieren. Die Vielfalt von kulturellen und nationalen Identitäten und die gegenseitige Beeinflussung von Kulturen – mit der Globalisierung heute mehr denn je – bleiben somit unberücksichtigt. Empirisch sind derartig unberührte und unbeeinflusste Kulturen, selbst in weit abgelegenen Gebieten dieser Welt, nicht mehr auffindbar. Jutta Lauth Bacas benutzt daher einen Kulturbegriff, der durch eine soziale und sich ständig verändernde Komponente sowie kognitive Konzepte und gemeinsame Wertvorstellungen geprägt ist. Sein Wesen ist genuin dynamischen Charakters. Sie plädiert in diesem Sinne gegen die Formulierung eines statischen Kulturbegriffs, der einen allzu festen Rahmen vorzugeben versucht und von einem Begriff mit konsistenten definitorischen Inhalten ausgeht.

Die Frage „Was ist Deutschland?“ beantwortet Jutta Lauth Bacas vor diesem Hintergrund. Deutschland besitzt einen kulturellen Kern, wenn es um die nationale Identität geht, in der Sprache eine wichtige Rolle spielt. Der Zugang zur Sprache ist deswegen bis heute ein Kapital mit Symbolcharakter. Aber auch dieser kulturelle Kern ist in Bewegung und von Veränderung geprägt. Die kulturelle Identität einer Gesellschaft wird zudem durch ihre Bevölkerung geformt, also im Falle Deutschlands auch durch die kulturellen Einflüsse einer Migrationsgesellschaft. Neben der kulturellen Differenzierung durch Migration gibt es eine Vielfalt von Kulturen, die teilweise schicht- und milieubezogen aufgegliedert ist wie auch eine starke altersspezifische Unterscheidung aufweist. In einer Kontroverse um die deutsche Kultur müssen diese Einflüsse mitberücksichtigt werden, woraus das Bild einer vielschichtigen Kultur entsteht, die in ihrer Komplexität nicht zu unterschätzen ist.

Kultur als Zumutung und Geländer

Die Frage nach dem Charakter von Kultur bestimmt das anschließende Gespräch, wobei die Beteiligten sich explizit und einvernehmlich gegen die Herausarbeitung und gegen den sprachlichen Gebrauch eines kulturellen „Wesenskerns“ stellen. Jutta Lauth Bacas Kritik an konservativen Kulturmodellen wird aufgegriffen und verstärkt. Das „Container“-Modell und die darin enthaltenen Listen an Kulturelementen bedeuten immer Distinktion im Sinne einer Ausgrenzung von Teilkulturen. Eine dominante Rolle spielt außerdem die Frage nach der öffentlichen Debatte um Kultur und die damit verbundene deutsche Identität. Problematisiert wird diesbezüglich die permanente Assoziation des Kulturbegriffs mit dem Migrationsbegriff im Kontext öffentlicher Diskussionen. Hier bedarf es einer Dekonstruktion des vermeintlichen Zusammenhangs, sofern dieser Zusammenhang auf eine soziale Abgrenzung zielt.

Die Konnotation von Kultur wird sich im Rahmen des allgemeinen Diskurses um Migration und Integration verändern müssen. Kultur ist nicht nur das Wohlbekannte, sondern auch das Fremde und dessen Identität. Der Begriff umfasst mehrere Facetten. Zum einen erfordert er Toleranz gegenüber einer Zumutung in Form von kultureller Komplexität. Der Versuchung, diese Komplexität durch eine statische Definition von Identität und Kultur zu reduzieren, muss zugunsten eines nichtdiskriminierenden Dialoges widerstanden werden. Zum anderen ist das kulturelle „Geländer“ für jeden Einzelnen wichtig, da es Orientierungshilfe bei der Identitätsfindung leistet. Beide Aspekte müssen auch durch die Wissenschaft deutlicher und präziser in die öffentliche Auseinandersetzung eingespeist und konventionelle Begriffe aufgebrochen werden.

Menschenwürde als Kern von Kultur

Anknüpfend an den Vortrag von Paul Kirchhof am Vormittag, dreht sich das Gespräch um die zentrale Frage, wie es mit einer deutschen Verfassungsidentität bestellt ist und ob sich in ihr auch kulturelle Charaktereigenschaften oder das erwähnte kulturelle Geländer ablesen lassen. Eine Teilnehmerin gibt zu bedenken, dass eine Verfassung,

die vorschreibt, was Identität ist oder was zu ihr gehört, potenziell gefährlich und zu hinterfragen wäre.

Die Suche nach einer verbindenden kulturellen Komponente von Gemeinschaft führt die Diskussion zum Artikel 1 des Grundgesetzes, der die Würde des Menschen postuliert und alle staatliche Gewalt ihrem Schutz verpflichtet. Die Humanität, die diesem Artikel zugrunde liegt, wird in einigen Beiträgen ebenfalls als Geländer, nämlich als das Geländer der Werteorientierung einer deutschen Leitkultur beschrieben. Humanität im Sinne des Artikel 1 GG bezeichnet eine MitdiskutantIn als jenes Element unserer Gemeinschaft, das einen Konsens bezüglich Gleichheit und Freiheit ermöglicht. Als eine Besonderheit wird der Begriff der Würde für die deutsche Identität herausgestellt, da er in seinen Charaktereigenschaften nicht global verwendet wird und nicht vergleichbar ist mit anderen den Menschen schützenden Termini. Durch seine individualistischen Merkmale ist er nicht immer leicht zu vermitteln. In diesem Kontext wird die grundlegende Frage gestellt, wie in der Zivilgesellschaft eine Debatte über Werteorientierung geführt werden kann, die den Pluralismus lebendig bleiben lässt, ohne dabei Prinzipien wie Toleranz und Gerechtigkeit zu verletzen. Die Ermöglichung einer solchen Debatte, die weder eine Abgrenzung darstellt noch den Anderen in seiner Identität antastet, wird als eine der Grundfragen der Gesellschaft identifiziert.

Kulturelle Identität und Leitkultur in der öffentlichen Diskussion

In der allgemeinen Auseinandersetzung um diese Begriffe bleibt festzustellen, dass in einzelnen Milieus ein großes Bedürfnis nach Erregung und Dramatisierung besteht. Dabei spielen verschiedene öffentliche Interessen eine Rolle, die mitunter die Beschreibung des Wesenskerns einer deutschen Leitkultur einfordern, um damit auch die Debatte über einen vermeintlichen Konflikt der Kulturen zu initiieren. Bei der Analyse dieses gesellschaftlichen Diskurses muss es einerseits darum gehen, die zugrundeliegenden Interessen ausfindig zu machen und klar zu benennen. Andererseits ist die Beziehung zu den Verfechtern dieser Interessen gesprächsoffen zu gestalten. Ein Teilnehmer hebt hervor, dass die Rede von Identität um eine sozialpsychologische Dimension zu ergänzen ist, die den Stellenwert materieller Grundsicherung berücksichtigt. Angst vor der Niederlage im Verteilungskampf ist eine maßgebende Komponente in einer aufgeheizten gesellschaftlichen Atmosphäre. Daraus muss ein klarer Auftrag an die Sozialpolitik formuliert werden, diese Grundsicherung herzustellen.

Ein Diskutierender betont, dass es für die Schader-Stiftung auch in dieser Hinsicht daran zu arbeiten gilt, den Austausch von Theorie und Praxis vehement voranzutreiben. Schwierig ist dies, wenn wissenschaftliche Theorien Irritation hervorrufen und mit dem Vorwurf der Realitätsferne keinen Eingang in die öffentliche Debatte finden. Sie werden als illegitim oder gar als absurd abgekanzelt. Jutta Lauth Bacas betont an dieser Stelle die Notwendigkeit des Unbequemseins, des Aufbrechens von Begriffen und die Infragestellung von Herrschaftswissen. Nur so ist es möglich, neu über Dinge nachzudenken, die jetzt als deviantes Verhalten eingestuft, morgen jedoch als normal betrachtet werden. Allein so konnte es zum Beispiel vom Konflikt um die Rechte der Frau oder um ein drittes Geschlecht zu maßgeblichen Urteilen des Bundesverfassungsgerichts kommen.

Die Wissenschaft erhält im Verlauf der Gesprächsrunde den klaren Auftrag, sich der Schwierigkeit zu stellen, das Dynamische des Kulturbegriffs auch mit jenen Schichten und Milieus der Gesellschaft zu debattieren, denen stetige Veränderungen potenziell Angst macht. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler müssen diese Übersetzungsarbeit leisten und aktuelle Theorien und Konzepte nach außen transportieren, ohne Unsicherheiten zu verursachen. Sie müssen sich auch in der nicht-akademischen Welt verständlich machen. Begriffe wie Kultur und Identität sind dabei zugunsten einer geöffneten Diskussion zu dekonstruieren.



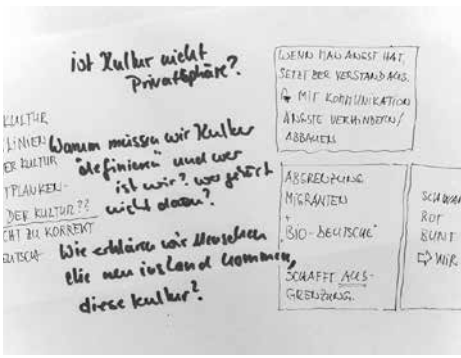
Dynamischer contra statischer Kulturbegriff

Als Journalistin mit Schwerpunkt auf den Themen Integration, Migration, Medien, Islam und muslimisches Leben in Deutschland nimmt Canan Topçu nicht nur im zweiten Impuls des Dialog-Cafés, sondern auch in ihrer alltäglichen Arbeit eine zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit vermittelnde Perspektive ein. Diese ist geprägt von Kontroversen um den Versuch, beide Seiten zu Wort kommen zu lassen. Vor allem will sie jedoch die wissenschaftlichen Standpunkte zum Thema Leitkultur einer großen Zielgruppe näherbringen. Die Bestrebungen, eine deutsche Leitkultur zu definieren, die zuletzt Bundesinnenminister Thomas de Maizière mittels eines 10-Punkte-Plans beförderte, diskriminieren Menschen mit Migrationsbiographien und lösen bei diesen Frustration aus, sagt Canan Topçu. Allgemein sieht sie in ihrer Arbeit als Vermittlerin des dynamischen Kulturbegriffs eine besondere Schwierigkeit im Kontrast zu Aussagen der Politik, die einen statischen Kulturbegriff propagiert.

Aushandlung kultureller Leitlinien

Kulturelle Leitlinien in Abgrenzung zur Leitkultur bedeuten zunächst die Aushandlung von Regeln zwischen Kulturen aus unterschiedlichen Kontexten, nach denen die Menschen in diesem Land leben wollen. Diese Aushandlung beinhaltet auch, die Deutungshoheit einer Mehrheitsgesellschaft aufzubrechen und den Menschen das Wort zu geben, die bislang nicht als diskussionsberechtigt galten. Dabei führt Canan Topçu persönlich erfahrene Diskriminierungen als Beispiel an, die aus ihrer Sicht belegen, dass insbesondere gegenüber Menschen mit muslimischem Hintergrund deren Legitimation negiert wird, eine valide Perspektive auf die deutsche Kultur einzunehmen. Die Irritation über die Deutungshoheit von Migranten oder Migrantinnen führt dazu, dass ihnen abgesprochen wird, Teil dieser Kultur zu sein und damit auch, sich mit der deutschen Kultur assoziieren zu können.

Canan Topçu plädiert gegen eine Leitkultur und für kulturelle Leitlinien. Diese entstehen jedoch nicht per se, sondern sind aktiv auszuhandeln. Dafür ist eine andere politische Kultur, ein anderer Journalismus und eine andere Art von Schule nötig, die nicht auf der Dichotomie von „wir“ und „ihr“ beharren. Kulturelle Hintergründe in Deutschland sind diversifiziert. Es gibt in unterschiedlichen Teilkulturen, wie religiösen Gemeinschaften, sehr unterschiedliche Spielregeln für das Verhalten in der Gesellschaft, die unter einem Dach Platz finden müssen. Bezogen auf das Verhalten in der Gemeinschaft entsteht ein Konflikt dann, wenn diese Regeln gebrochen werden, wie beispielsweise der oft kolportierte verweigerte Handschlag. Ein Konsens für gemeinsame Spielregeln im öffentlichen Raum bedarf deswegen einer Übereinkunft, um nicht immer wieder potenziell aggressive Konflikte ausfechten zu müssen. Diese Spielregeln ähneln einem Verhaltenskodex, der auch bestimmt, wie man sich gegenüber einem Regelbruch verhält und wie gestritten wird.



Aus der Runde wird das Konzept der kulturellen Leitlinien mit dem Argument kritisiert, dass diese in Gestalt des politischen Systems und demokratischer Grundsätze bereits existieren und insoweit auch ein Konsens besteht. Darüber hinaus entsteht der Konflikt, so eine Teilnehmerin, nicht etwa durch Regelbrüche als solche, sondern dort, wo Ungleichheit aufkommt und sichtbar wird. Aus diesem Grund muss vor allem über Benennungs- und Unterscheidungsmacht gesprochen werden. Es darf nicht darum gehen, das Fremde und das Anderssein mittels gemeinsamer Leitlinien abzulegen oder das Fremde nicht mehr als solches wahrzunehmen, sondern es ist zu akzeptieren und die ungleiche Behandlung, die mit der Differenzierung einhergeht, zu beenden.

Angst vor dem Fremden

In der anknüpfenden Diskussion versucht ein Beitrag, Canan Topçus Wahrnehmung der expliziten Ablehnung muslimischer Menschen einzuordnen. Nach dieser Auffassung sind es nicht allein muslimische Migranten oder Migrantinnen, die Unbehagen und Unsicherheiten hervorrufen, sondern allgemein das Fremde, das neu in die Lebenswelt von Alteingesessenen kommt. Das Bedürfnis, unter sich zu bleiben, und die Angst vor Überfremdung sind so groß, dass gegen dieses Fremde zunächst vorgegangen wird.

Angst ist ein zentrales Element, welches die öffentliche Debatte beherrscht. Die Angst übergeht das aktive Denken und öffnet Raum für Vorurteile und Ausgrenzung. Deswegen sollte nicht Angst, sondern Vernunft die gesellschaftliche Auseinandersetzung dominieren, so ein Teilnehmer. Nicht eine negativ konnotierte Leitkultur darf bestimmend sein, sondern die Frage danach, was die Standpunkte der Teilkulturen ausmacht. Nur durch Kennenlernen des Fremden kann ein angstfreies Gespräch stattfinden. Diese Verständigung über eine gemeinsame Streitfläche benötigt keinen statischen Kulturbegriff, sondern das gegenseitige Einwilligen in die uns prägenden Konzepte von Zivilcourage, Bürgerengagement und eine zivile Streitkultur, um das fruchtbare Aushandeln eines Konsenses zu ermöglichen.

Die fremde Deutungshoheit über die eigene Identität

Die Frage, warum sich Canan Topçu selber als Migrantin bezeichnet, beantwortet sie zum einen mit ihrer Identität, die eng mit diesem Element verknüpft ist, zum anderen aber auch mit der ständigen Frage von außen, woher sie stamme, das heißt mit einer externen Zuschreibung als Migrantin. Die Antwort „Deutschland“ wird oftmals nicht respektiert, sodass mehrfach nachgefragt wird, woher sie „tatsächlich“ komme. Nicht das erstmalige Fragen, sondern das insistierende Nachfragen wird zum Problem, präzisiert eine Teilnehmerin.

In diesem Kontext spricht Canan Topçu davon, dass eine Deutungshoheit anderer über ihre Identität besteht, die sie selber nicht bestimmen kann. Betroffene sind diese externe Zuschreibung leid. Im Zusammenhang mit einer solchen „Leid“-Kultur wird festgehalten, wie sehr das Einmischen in diese Leiderfahrung von Migranten und Mig-

rantinnen durch nicht Betroffene ambivalent und problematisch ist. Der Einsatz für die kulturelle Anerkennung von Migranten und Migrantinnen verursacht zuweilen Gegenwehr bei Betroffenen, mit dem Argument, dass Menschen ohne Migrationsbiographie die Innensicht fehlt.

Die Frage muss beiderseits gestellt werden, wer in Diskussionen über Kultur sprechen darf – und warum. Es ist notwendig, diese Deutungshoheit zu hinterfragen. Erkennbar werden muss, wer im Diskurs valide Aussagen tätigen kann und wer über keine Legitimation verfügt. Die Zuschreibung einer Identität als Migrantin im Gegensatz zu einer „Bio“-Deutschen ist eine Konstruktion, die heute noch bis in die vierte Generation fortgeführt wird. Eine Gesprächsteilnehmerin nennt diese Konstruktion als einen Grund dafür, sich für den eigenen Migrationshintergrund verteidigen zu müssen. In Abgrenzung zu Canan Topçu sieht sie jedoch eine positive Entwicklung, die ermöglicht, dass ein homosexueller oder deutsch-türkischer Außenminister nicht mehr Gegenstand von öffentlicher Erregung ist oder wäre.

Schule und Schulbücher als Vermittler von Unterscheidungsmacht

Anders beziehungsweise unterschiedlich sein muss erlernt werden. Ein Teilnehmer greift Canan Topçus Argumentation an dem Punkt auf, der Schule kritisiert. Geschlechterunterschiede, Rollenbilder, Fremd-Sein sind Dichotomien, die in der Schule vermittelt und erlernt werden. Das Narrativ einer Nation wird über eine Wir/Sie-Dichotomie in Schulbüchern generiert. Bereits hier wird die Verwendung von zweigeteilten Begriffen und damit die eigene Zuschreibung als Fremd-Sein, Migrantin-Sein, Frau-/Mann-Sein erlernt, dessen bewusste Anwendung zumeist ein Leben lang anhält. Der Relativierung, dass Schule nur eine Sozialisationsinstanz neben vielen ist, widerspricht Canan Topçu. Sie hebt die Bedeutung der Schule hervor, die einen wesentlichen Lern- und Lebensort vor allem für Kinder darstellt, die sonst kaum Orte haben, an denen sie sich erproben und erfahren können. Der Einfluss von Schule und Schulbüchern, so ein weiteres Gegenargument, beruht auch darauf, dass Schulbücher eine Wahrheitsinstanz darstellen und ihre Inhalte durch die Wahrnehmung der sozialen Realität verstärkt werden. Das zu ändern, schätzt ein Teilnehmer als enorm schwierig ein, da nur jenes Wissen in Schulbücher Eingang findet, das als gesellschaftlicher Common Sense und approbiertes Wissen gilt. Für innovatives Wissen ist das Schulbuch damit in der momentan geltenden Praxis das falsche Medium.

Canan Topçu schließt die zweite Session mit einer Ausführung zur Konjunktur von Leitkultur. 1996 etablierte Bassam Tibi aus einem wissenschaftlichen Milieu heraus den Begriff – der in einem europäischen Kontext auf westlich-liberale Wertevorstellungen rekurriert – in der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“. In die öffentliche Debatte hatte der CDU-Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz den Begriff eingespeist, als er im Jahr 2000 Regeln für Integration und Einwanderung forderte und sich gegen einen deutschen Multikulturalismus aussprach. Das Thema Leitkultur hat seitdem eine gewisse Konjunktur, gerade in Wahlkampfzeiten, wo es angebracht erscheint, Stimmungen zu erzeugen. Die immer wiederkehrende Erkenntnis, dass die Definition einer Leitkultur ins Leere läuft, hält nicht davon ab, sie als politischen Kampfbegriff zu verwenden, um gesellschaftliche Polarisierung zu generieren.

Heimat in der Lebenswelt Geflüchteter

Im dritten und letzten Impuls des Dialog-Cafés referiert Svenja Kück vor dem Hintergrund ihrer Mitarbeit im Projekt „Dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden“ über Heimat in der Lebenswelt Geflüchteter, zugleich Thematik ihrer Dissertation. Der Anteil der Menschen mit Migrationsbiographien hat in den letzten Jahrzehnten stetig zugenommen. Eine immer größere Gewichtung als Gegenstand der Arbeit politischer Entscheidungsinstanzen erhielten damit auch die Debatten um

Integration. Diese erfuhren im Zuge der jüngsten Migrationsbewegungen einen Wandel von einer positiv gestimmten Gesellschaft der Willkommenskultur, hin zu einer medialen Kriminalisierung von männlichen Flüchtlingen, einer Verschärfung des Asylgesetzes und zu vermehrten Abschiebungen.

Svenja Kück erweitert die Themen Migration, Flucht und Integration durch eine neue Perspektive und stellt den Heimatbegriff in den Fokus. In Anlehnung an die Kultur-anthropologin Beate Binder, die die Auseinandersetzung mit dem Heimatbegriff als Instrument einer Gegenwartsanalyse beschreibt, knüpft Svenja Kück die Debatte um den Heimatbegriff an allgemeine Wandlungsprozesse der Gesellschaft an. Sie verweist dabei auf eine explizit gesellschaftspolitische Dimension. Was unter Heimat verstanden und wer in diesen Begriff inkludiert wird, stellt auch ein Ringen um Deutungshoheit dar. Das macht die Diskussion um Heimat ambivalent, da sie auf eine geschlossene Gemeinschaft, auf ein Innen und Außen, auf eine Abgrenzung verweist. Heimat ist ein normativ aufgeladenes Konzept, das sich wandelnd auf gesellschaftliche Stimmungslagen und Veränderungsprozesse reagiert.

Im Diskurs um Migration wird Flucht als ein Heimatverlust verstanden, der Geflüchtete zu Entwurzelten macht, die erst wieder „eingepflanzt“ werden müssen. An einem Ort beheimatet zu sein, wird in diesem Kontext zugesprochen, aber auch abgesprochen. Dieser spezifische Diskurs über Heimat, der Geflüchtete zwangsläufig passiv macht, muss laut Svenja Kück aufgebrochen werden. Denn was Heimat bedeutet, ist nur vom Individuum zu beantworten, hängt stark mit den individuellen Lebenserfahrungen zusammen und stellt letztlich eine Selbstverortung dar. Svenja Kück fordert deswegen, Geflüchteten die Gelegenheit einzuräumen, sich an diesen gesellschaftlichen Verhandlungen über Subjektkonstituierung zu beteiligen. Bei dieser Konstituierung sollte nicht zentral stehen, was erforderlich ist, um Integration zu bewerkstelligen, sondern was Geflüchtete für ihre Heimatgestaltung benötigen.

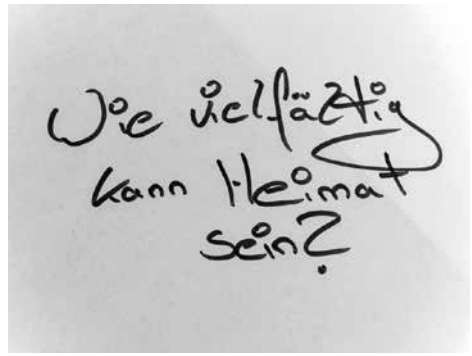
Integration als erforderliche Leistung versus fluide Konstruktion von Heimat

Das Heimatkonzept wird im anschließenden Gespräch deswegen als hilfreich angesehen, weil es in der Lage ist, ein Dispositiv um den Begriff der Integration aufzubrechen. Heimat ist dann ein zukunftsorientierter und individueller Begriff, der nach Bedingungen einer Lebenslage fragt. Dies beinhaltet nicht nur eine sichere materielle und finanzielle Lage oder die Wohnsituation, sondern auch eine stabile emotionale Verfassung. Die normative Aufladung des Heimatkonzepts unterscheidet sich damit vom Begriff der Integration und stellt den Geflüchteten eine Aktivität, statt einer Passivität, in Aussicht.

Integration wird von einem Teilnehmer mit der Anpassung eines kleinen Bevölkerungsteils an einen größeren Teil assoziiert. Wenn diese Anpassung enttäuschend verläuft und nach Meinung des größeren Teils fehlschlägt, ist die Zuschreibung von Unwilligkeit und Schuld ein nur allzu niedrigschwelliger Schritt. Passiv sind Geflüchtete insofern, als dass sie nicht selbst das Fortschreiten ihrer Integration einordnen können, sondern gelungene Integration von außen ab- oder zugesprochen wird. Die Perspektive der Heimat fragt nicht nach Integration, die durch vordefinierte Leistung erreicht wird, sondern danach, welche Grundlagen Gesellschaft schaffen muss, damit sich ein Ankommender beheimatet fühlen kann.

Heimat als Ursache von Unbehagen

Eine Teilnehmerin äußert die Befürchtung, dass mittels eines konservativen Heimatbegriffs die Möglichkeit besteht, Heimat gegen Geflüchtete zu instrumentalisieren und daraus ein Ausschlusskriterium zu konstruieren. Die Vorstellung, dass Geflüchtete eine Heimat besitzen, die zum einen in der Vergangenheit und zum anderen ortsgebunden liegt, kann Plausibilisierungs- und Legitimationsversuche für Rückführungen und Ab-



schiebungen zur Folge haben. Wie der österreichische Wahlkampf mit aller Deutlichkeit gezeigt hat, taugt der Heimatbegriff zum zentralen Kampfbegriff, den es seitens der Politik zu gestalten gilt. Heimat hat durchaus eine völkische Konnotation, stellt eine Teilnehmerin fest, die nicht nur mit Vorsicht zu genießen ist, sondern auch in der aktuellen politischen Diskussion Konjunktur hat.

Heimat – konservativ oder fluide?

Wie können Geflüchtete einen Begriff der Heimat für sich (re-)konstruieren, insbesondere vor dem Hintergrund, Heimat erfahren und verloren zu haben? Muss Heimat in diesem Sinne als konservativ betrachtet werden, dabei auf Erinnerung verweisen und ortsgebunden sein? Diese Fragen kommen aus der Runde und schließen an die Überlegung an, ob es grundsätzlich möglich ist, den deutschen Heimatbegriff kulturübergreifend verständlich und somit neu konstruierbar zu machen. Nicht jede Sprache und Kultur hält hier ein Äquivalent bereit und kann problemlos operationalisiert werden. So hat der angloamerikanische Begriff „Homeland“ nicht viel mit dem Begriff der Heimat zu tun, sodass ein anderer Weg der sprachlichen Operationalisierung begangen werden muss. Wie Svenja Kück einräumt, handelt es sich tatsächlich um eine methodische Herausforderung, der nicht allein durch die bloße Anwendung des Heimatbegriffs in Interviews zu begegnen ist, sondern die es erforderlich macht, Aspekte anzusprechen, die den Heimatbegriff betreffen und näher erläutern.

Svenja Kück beschreibt Heimat nicht als orts- oder erinnerungsgebunden, sondern als fluide und dynamisch. Der Heimatbegriff von heute ist auch Ausdruck der zunehmenden Mobilität und sollte eher als geschützter Sozialraum beschrieben werden, der von Beziehungen und dem unverstellten Ich-Sein geprägt ist. Eine Teilnehmerin widerspricht der Annahme des Impulsvortrags, dass der Begriff Heimat die Möglichkeit eröffnet, neu konstruiert zu werden. Ihre Kritik geht dahin, dass Heimat immer dualistisch zu denken ist, zum einen als Sozialraum, aber zum anderen Teil auch fest mit Erinnerungen an Orte, Menschen, Traditionen und an Bezüge zu Vorfahren geknüpft. In Bezug auf Heimat als Sozialraum stellt sie die These zur Diskussion, dass Beheimatet-Sein und Integration insofern als synonym zu begreifen sind, als sie zu dem gleichen Ergebnis führen und damit alles andere als konträr zueinander stehen.

In ihrer Entgegnung entfaltet Svenja Kück noch einmal die emotionale Komponente von Heimat in Kontrast zum Postulat der Integration. Heimat beinhaltet demnach eine subjektive Perspektive, die individuell und intim ist. Integration hingegen ist ein politisch aufgeladener Begriff, der Legitimationsinstanz bestimmter Maßnahmen ist.

Die Frage einer Teilnehmerin macht deutlich, wie schwierig es ist, Anlaufstellen und Instanzen auszumachen, die Geflüchteten ermöglichen, aktiv an einem Diskurs über Heimat teilzunehmen und ihre Bedürfnisse zu artikulieren. Außerdem müssen Geflüchtete enorme bürokratische Hürden überwinden, sodass kaum Kapazität für

intensive, zivilgesellschaftliche Partizipation vorhanden ist. Das Gefühl von Ankommen und Nähe kann jedoch vermittelt werden, wenn es Freiwillige gibt, die sich geflüchteter Menschen annehmen und so etwas wie einen geschützten sozialen Raum oder sogar Freundschaft anbieten.

Svenja Kück schließt mit der zusammenfassenden Bemerkung, dass es für das Entstehen von Heimat in der Lebenswelt der Geflüchteten wichtig ist, Selbstbestimmung zuzulassen und Räume zu schaffen, die von Austausch, Nähe und Sicherheit geprägt sind.

Resümee

Gabriele Abels, Mitglied des Kleinen Konvents, begleitet das Dialog-Café „Schwarz-rot-bunt“ und rekapituliert den Gesprächsverlauf und die Ergebnisse: Vermeintlich eindeutige Begriffe wie Heimat, Identität, Kultur oder Integration bedürfen immer wieder einer neuen Bearbeitung, und es fällt auch in die Pflicht der Wissenschaft, diese zu hinterfragen und neu zu konstruieren. In allen Sessions des Dialog-Cafés hat sich der Konsens der Beteiligten herauskristallisiert, dass Wissenschaft einer drängenden Verantwortung gegenüber steht, eine Einmischung in die öffentlichen Diskussionen zu provozieren und bildungspolitische Arbeit rund um diese Begriffe zu leisten.

In der Diskussion um den Begriff der Kultur und teilweise auch der Heimat zeigt sich, dass die dynamische Komponente als Charaktereigenschaft einen dominanten Platz einnimmt. Ebenso präsent ist das Merkmal der Verortung mittels einer kulturellen Identität, die dem Einzelnen Sicherheit und Orientierung verleiht. Das kulturelle Geländereich ist damit zwar haltgebend, jedoch nicht derart festgelegt, um heute noch von einer allgemein gültigen Leitkultur sprechen zu können. Die Gespräche haben einen Konsens ausgedrückt, der den Begriff der Leitkultur programmatisch ablehnt.

Eine Definition der kulturellen Identität und ebenso eine Beschreibung von Heimat dürfen nicht von oben, sondern können nur mit Bezug auf eine soziale Lebenswelt ausgemacht werden. Reale Menschen müssen in ihrer kulturellen Individualität und mit ihren Bedürfnissen gehört werden. Dabei kann die Menschenwürde ein wichtiges leitendes Element sein. Aber auch hier muss Vorsicht gegenüber dem vermeintlich offensichtlichen Begriff bestehen, damit Debatten nicht eurozentrisch werden. Es muss in die Überlegungen eingeschlossen sein, dass das deutsche Verständnis von Würde nicht universell, sondern stark individualistisch konnotiert ist und in vielen anderen Kulturen, die stärker kollektivistisch sind, andere Assoziationen hervorruft.

Es besteht die Notwendigkeit, sich nicht nur in der Politik über den Begriff von Kultur oder Leitkultur auseinanderzusetzen, sondern eine Brücke zur Zivilgesellschaft zu schlagen, um eine nachhaltige Aushandlung stattfinden zu lassen. Die Diskussion über alltägliche Verhaltensregeln sollte befreit von der Dominanz einer Deutungshoheit erfolgen. Hier muss demnach auch die Metaebene mit der Frage „Wer definiert angemessenes Verhalten?“ eingenommen werden. Ein zivilgesellschaftlicher Diskurs muss jene inkludieren, die thematisch betroffen sind, bisher jedoch keine Ressourcen hatten, um an öffentlichen Debatten teilzuhaben.

Die Frage nach Ängsten spielt eine maßgebliche Rolle, die einfordert zu erforschen, woher Unsicherheiten gegenüber Migranten und Migrantinnen und allgemein gegenüber dem Fremden stammen und was dagegen zu tun ist. Eine wichtige Rolle spielt hierbei sicherlich die Verringerung von Ungleichheiten und damit das Erfordernis einer materiellen Grundversicherung. Der Ruf nach sozialpolitischen Maßnahmen macht einmal mehr deutlich, dass es sich um eine Debatte handelt, die multidimensional ist und auch nur in diesem Sinne diskutiert werden kann. Denn Problemen kann nur in ihrer Multikausalität angemessen begegnet werden.



Dialog-Café 5: Stadt-Land-Überfluss

Impulsgeberin und Impulsgeber:

Prof. Dr. Dr.-Ing. Kai Schuster, Hochschule Darmstadt

Dr. Bettina Brohmann, Öko-Institut e.V., Darmstadt

Wulf Kramer, Yalla Yalla! – studio for change, Mannheim

Begleitung: Dr. Sebastian Kurtenbach, Universität Bielefeld

Moderation: Peter Lonitz, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: Marc Anatol Pirogan und Peter Lonitz

Die Entwicklung der Städte in Deutschland als Ausdruck gesellschaftlichen Wandels wahrzunehmen und sie durch transparente Verfahren in produktiver und nachhaltiger Kooperation unterschiedlichster Akteure steuern zu lernen: Dies sollte im Selbstverständnis der Zivilgesellschaft eine Gemeinschaftsaufgabe von höchstem Rang sein – eine Gemeinschaftsaufgabe, die weder den gerade politisch oder wirtschaftlich Mächtigen noch einer technokratischen Funktionselite überlassen werden darf. Herausforderungen liegen vor allem in einer integrierten Stadtentwicklungspolitik, die städtebauliche Aufgaben und Instrumente mit denen anderer raumrelevanter Fachpolitiken im Sinne einer nachhaltigen und partizipativen Stadtentwicklung verknüpft.

Nachhaltigkeit und Gemeinwohl versus Wachstum?

Kai Schuster beginnt seinen Impulsvortrag mit der Feststellung, dass Stadtkultur in Verbindung mit Nachhaltigkeit ein altbekanntes Thema ist, aber in seiner Relevanz anscheinend nichts eingebüßt hat. Unter Hinzunahme der Perspektive von ökonomischer oder gar globaler Wettbewerbsfähigkeit verkompliziert sich das Ganze noch einmal wesentlich. Dabei fragt der Professor für Sozialpsychologie, Architekturpsychologie und -theorie, ob Nachhaltigkeit und Gemeinwohlorientierung einen Gegensatz zur Wettbewerbsfähigkeit bilden oder ob diese Zielsetzungen miteinander vereinbar sind.

Normalerweise werden die Themen der ökonomischen Gewinnmaximierung auf der einen Seite sowie der ökologischen Nachhaltigkeit und des sozialen Gemeinwohls auf der anderen Seite als Gegensatzpaare aufgefasst. In der Stadtentwicklung ist dies besonders relevant, da Städte ganz besonders kulturelle Innovationen hervorbringen, die ökologische Zukunft strukturieren und zugleich den wirtschaftlichen Motor unserer Gesellschaft bilden. Kai Schuster plädiert dafür, dem wirtschaftlichen Aspekt nicht zu viel Priorität einzuräumen, da dies unerwünschte negative Folgen für die beiden anderen Anliegen nach sich ziehen kann. Deshalb hält er es für



notwendig, darüber nachzudenken, wie Gemeinwohl und Nachhaltigkeit zumindest in Teilen von der ökonomischen Wachstumslogik entkoppelt werden können.

Er fragt, wie eine solche Priorisierung zu stärken ist, damit die engagierte Bürgerschaft sich als selbstwirksam erfahren kann und nicht frustriert abwendet, wenn der Wirtschaft zu viel Gestaltungsmacht eingeräumt wird. Zugleich ist ökonomische Sicherheit unabdingbar, denn der Erfahrung nach bieten soziale Ungleichheiten und Exklusionsdynamiken reichlich sozialen Sprengstoff. Muss aber immer die Ökonomie voranschreiten? Betrachtet man die durchaus kritisch zu reflektierenden Gentrifizierungsprozesse, gehen dort sozial und kulturell innovative Prozesse ökonomischer Prosperität voraus.

Übergeordnete Wertediskussion

Als zweiten Schwerpunkt wirft Kai Schuster die Frage auf, wie das wirksame Sich-Einbringen von Bürgerinnen und Bürgern in möglichst großen Teilen der Bevölkerung gelingen kann. Es geht darum, die Themen Nachhaltigkeit, Gemeinwohl und Wettbewerbsfähigkeit nie isoliert zu verhandeln, sondern gesamtheitlich. Dafür ist eine übergeordnete Diskussion über allgemein geteilten Werte der Stadtbewohnerschaft notwendig. Ein gemeinsam entwickeltes Werteraster erhöht erfahrungsgemäß die Zustimmung zu Planungsprozessen und ermöglicht zugleich ein Qualitätsmaß, an dem Entwicklungen gemessen werden können.

Macht ist bei der Aushandlung ein zentraler Faktor. Nur wenn die öffentliche Hand über genügend Gestaltungsspielraum verfügt, ist eine gemeinwohlorientierte und demokratische Stadtentwicklung überhaupt möglich. Eine einseitig unter dem Gesichtspunkt ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtete Stadtpolitik kann dazu neigen, Investoren so viele Freiheiten zu geben, dass gemeinwohlorientierte oder ökologische Anliegen zu kurz kommen. Wettbewerb kann in einem weit gefassten Werteraster auch noch einmal anders gedeutet werden. Dann geht es nicht mehr ausschließlich um ökonomischen, sondern auch um ökologischen und gemeinwohlorientierten Wettbewerb, der offener für Synergien und Kooperationen mit anderen Kommunen ist.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass eine Stadt, die Nachhaltigkeit und Gemeinwohl fördern möchte und zugleich ökonomische Aspekte berücksichtigt, einen vorgelagerten demokratischen Aushandlungsprozess über ein akzeptiertes Werteraster führen sollte. Inhaltliche Inspiration bietet zum Beispiel das 2016 vom Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) veröffentlichte Gutachten „Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte“, ein normativer Kompass für die Transformation von Städten in Richtung Nachhaltigkeit.

Eigenart statt Nachhaltigkeit

Auf den Impulsvortrag folgend fragen Teilnehmende nach der Entwicklung in ländlichen Regionen: Können dort ähnliche Prozesse in Gang gesetzt werden? Ansonsten steht zu befürchten, dass diese Regionen noch mehr abgehängt werden, was weiteren politischen Unmut nach sich ziehen kann. Wie wird also, in Entsprechung zum Thema des Großen Konvents, beispielsweise der ländliche Raum spezifisch definiert und wahrgenommen? Kai Schuster verweist auf den angesprochenen normativen Kompass des WBGU, der die Eigenarten deutscher Städte als zentrale Perspektive einbezieht.

Dieses spezifisch Lokale kann deutlicher in den Vordergrund treten, wenn sich die Bürgerschaft ihrerseits mit der Frage auseinandersetzt, was ihr räumliches Umfeld auf charakteristische und unverwechselbare Weise prägt. Der Begriff Eigenart setzt sich zudem von abstrakten Konzepten wie dem der Nachhaltigkeit ab, wobei eine theoretisch orientierte Herangehensweise vorwiegend eine bestimmte, zum Beispiel akademische Klientel anspricht. Demgegenüber hat die Verständigung über die Eigenart einer Stadt nicht zuletzt aufgrund ihrer Anschaulichkeit eher die Kraft, unterschiedliche Bevölkerungsgruppen emotional zu aktivieren. Diese Überlegungen lassen sich in modifizierter Form auch auf das städtische Umland ebenso wie auf Kommunen im ländlichen Raum übertragen.

Vom Begriff Eigenarten ausgehend wird gefragt, wie daraus gemeinsame Visionen und Leitbilder entwickeln werden können. Kai Schuster weist darauf hin, dass eine Verengung auf den Aspekt Leitbild zu kurz greifen würde. Leitbilder stellen interessengeleitete Selbstbeschreibungen dar und können auch zur Manipulation von Engagement dienen. Übereinstimmende Wertvorstellungen greifen dagegen tiefer. Blaupausen, wie man sich über ein gemeinsames Wertesystem demokratisch verständigen kann, gibt es nicht. Dies kann zu harten Auseinandersetzungen führen, sich aber auch qualitätssichernd auswirken, da die Bewohnerschaft von Anfang an einbezogen wird. Aus gemeinsam geteilten Sinngefügen herausgelöste Werte, die zum Beispiel versteckt in Leitbildern verfolgt werden, beinhalten hingegen Gefahrenpotenzial.

Im Gespräch wird aus Ingenieursperspektive eingeworfen, dass die bestehenden Regularien, Verordnungen und Planungsrichtlinien bereits Wertmaßstäbe enthalten. Eine Stadt definiert sich durch unterschiedliche Werte, etwa auch solche, die zum Beispiel einzelne Vereine repräsentieren. Es fragt sich nun, wie eine Stadt diese Werte einerseits zusammenführen und andererseits ein Wertesystem finden kann, das sich durch Toleranz und Lernfähigkeit auszeichnet.

Anreize für mehr Nachhaltigkeit

Bettina Brohmann eröffnet die zweite Session mit dem Hinweis, dass der freie Markt nicht per se eine optimale Stadtform hervorbringt. Deshalb ist eine Beeinflussung der Entwicklung aus einer Gemeinwohlperspektive notwendig. Als Projekt- und Bereichsleiterin für Energie und Klimaschutz am Öko-Institut fragt sie, welche ökonomischen Ansätze es dafür gibt, wer die tragenden Akteurinnen und Akteure der Umsetzung sind und in welchem Maße diese Handlungsträger am Gemeinwohl orientiert sind.

Nachhaltige Lösungsansätze werden auch durch ihre Wirtschaftlichkeit attraktiv. Bürgerinnen und Bürger als Konsumenten ebenso wie die Bauwirtschaft oder Anbieter von nachhaltiger Mobilität kalkulieren, wieviel ihr nachhaltiges Verhalten sie kostet. Es ist wert darüber nachzudenken, bei der Kostenermittlung langfristige positive oder auch negative Nachhaltigkeitseffekte in größerem Umfang einzupreisen beziehungsweise zu subventionieren. Unterstützende monetäre Maßnahmen sind beispielsweise Fördermaßnahmen für Modellprojekte. Zusätzlich kommen

nichtmonetäre Anreize in Frage, wie etwa soziale Einbindung und gemeinschaftliche Lösungsfindung, die noch stärker als bisher in den Blick genommen werden könnten. Prozesse der nachhaltigen Entwicklung sind auf die Entwicklung des Wissens angewiesen. Es lässt sich zwischen Orientierungswissen über individuelle und organisationale Veränderungen, Systemwissen für neue Lösungsoptionen sowie transformativem Wissen zur praktischen Gestaltung unterscheiden. Gemeinsames Lernen ist dabei zentral, so über Plattformen zur Vernetzung, deren Institutionalisierung sich empfiehlt.

Tragende Akteure und Gemeinwohlorientierung

Anschließend erläutert Bettina Brohmann, wer tragende Akteure sind, die eine gemeinwohltärkende Haltung fördern und verschiedene Interessen unter einen Hut bekommen können. Hierbei sieht sie in erster Linie sowohl die Verwaltung als auch die Politik in der Verantwortung. Während letztere die Ziele zu einer Gesamtstrategie bündeln sollten, ist Aufgabe der Administration, die Umsetzung in die Wege zu leiten, zum Beispiel durch konkrete Planungsvorgaben. Interessierte Akteure, Pioniere oder Change Agents benötigen Raum und Ressourcen zur Gestaltung ihres Austauschs und der Umsetzung, einen Zugang zur Verwaltung sowie Akzeptanz ihrer Arbeit. In einem nächsten Schritt geht es um Kommunikation und die Zusammenarbeit unterschiedlicher Organisationen aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie verschiedener Verwaltungsbereiche. Dies braucht entsprechende institutionelle Rahmenbedingungen und eine entsprechende Governance.

In Bezug auf die Gemeinwohlorientierung weist Bettina Brohmann darauf hin, dass bundes- und landespolitische Zielvorstellungen zwar prinzipiell gemeinwohlorientiert formuliert sind, deren Realisierung aber vor Ort oft auf Probleme stößt. So wird im Bereich der Nachhaltigkeit viel festgelegt und postuliert, die Umsetzung dann allerdings ohne weitere Zuschüsse von den klammen Kommunen eingefordert. Auch Investoren gegenüber sollten die Kommunen als Auftraggeberinnen stärker auf Gemeinwohlorientierung bestehen, insbesondere im Fall von Unternehmen, die sich in öffentlicher Hand befinden. Dies kann in der Praxis diffizil werden. Kommunale Bauträger zum Beispiel sind gehalten, einerseits wirtschaftlich zu handeln und andererseits kostspielige Projekte zu realisieren und hohe Ansprüche zu erfüllen. Privaten Auftraggebern steht es grundsätzlich offen, gemeinwohlorientierte Ziele zu verfolgen, die jedoch mit einem gesellschaftlich getragenen Leitbild unterfüttert sein sollten.

„Optimale“ Stadt?

Aus dem Kreis der Teilnehmenden wird auf die grundsätzliche Frage nach Steuerung durch den Markt oder durch die Politik daran erinnert, dass durch die Privatisierung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften ein erheblicher gesellschaftlicher Gestaltungsspielraum verloren gegangen ist. Der Markt, und damit die Gewinnorientierung, hat auch in der Breite an Bedeutung gewonnen. Bettina Brohmann merkt an, dass diese Entwicklungen zwar zweifellos stattgefunden haben, in den vergangenen Jahren aber gleichzeitig genossenschaftliche Tendenzen in den Bereichen Energie und Wohnen festzustellen sind, die potenziell gestärkt werden können.

Der Begriff „optimale Stadt“ klingt für einige Teilnehmende sehr tendenziös. Das Optimale ist eng mit Begriffen wie Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit verknüpft. Eigentlich geht es aber doch darum, das gute Leben in den Vordergrund zu stellen. Zudem wird festgestellt, dass die Optimierungsperspektive vielleicht gar nicht realitätsnah ist. Derzeit finden sich explodierende wie auch implodierende Städte, bedingt durch enorme Bevölkerungszuwächse und -abwanderungen. Ein Hauptproblem ist, in den explodierenden Städten überhaupt genug Wohnraum zu schaffen. Dabei kann das Zusammenleben von Anwohnern, die ihre Form eines guten Lebens bereits gefunden



haben und dies verteidigen wollen, und den neu Zugezogenen konfliktreich sein, sofern nicht bereits die notwendigen Bauvorhaben bei Alteingesessenen auf Widerstand gestoßen sind.

Wenn es die optimale Stadt nicht gibt, ist sie eher als Ort konstanten Wandels zu beschreiben, die sich immer neuen Bedingungen anpassen muss und sich durch unterschiedliche Zielvorstellungen und daraus resultierende Konflikte auszeichnet. Zwar kann es nicht gelingen, widerstreitende Interessen gleichzeitig zu befriedigen. Dennoch braucht es Anstrengungen, um den Bewohnerinnen und Bewohnern Zugang zu den wichtigsten Ressourcen zu verschaffen und sie an der Stadt teilhaben zu lassen.

In Deutschland wie auch in vielen Städten der Welt gerät der öffentliche Raum immer mehr in private Hand. Das beschneidet die Nutzbarkeit für die Allgemeinheit. Wie kritische Stimmen anmerken, entziehen sich private Bereiche der demokratischen Kontrolle, zumal bestimmte Rechte wie etwa das Demonstrations- oder Versammlungsrecht nicht frei ausgeübt werden können. Denn durch die Privatisierung öffentlicher Bereiche gehen Haus- und Nutzungsrecht auf den Privateigentümer über. So entstehen neben „Business Improvement Districts“ auch „Gated Communities“. In Asien befinden sich bereits ganze Städte in privater Hand. Diese Entwicklungen können sich durch einen einseitigen Fokus auf die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit verschärfen.

Wie viel Markt verträgt die Stadt?

Im Gespräch wird die Forderung erhoben, Beteiligungsverfahren auszubauen. Bislang prägt eher die Ingenieurs-Perspektive kommunale Planungsprozesse. Um unmittelbar Betroffene stärker einzubeziehen und ihre lokale Expertise zu berücksichtigen, bedarf es einer Kultur des Vertrauens. Der Rückzug der öffentlichen Hand hat auch etwas mit dem fehlenden Vertrauen in die eigene Planungsfähigkeit zu tun. Die nicht-intendierten Handlungsfolgen sind mit der gestiegenen Komplexität moderner Gesellschaften größer geworden, und so ist die Delegation an den Markt verständlich.

Durch die Einbeziehung von Bürgerwissen besteht die Chance, als Gegenentwurf sowohl zur bürokratischen Top-Down-Planung als auch zu marktorientierten Lösungen einen alternativen Weg zu entwickeln, der sich angesichts widerstreitender Interessen bewährt. Die sogenannten Laien können durch ihr Zutun für ein schärferes lokales Verständnis vorab und damit für einen besser durchdachten Planungsprozess sorgen. Gleichzeitig wird in der Diskussion betont, dass der Markt nicht einfach „da“ ist, sondern auch ein Muster gesellschaftlichen Handelns. Den Rahmen setzen jedoch politische Entscheidungsträger, die für die Formulierung von Zielvorgaben verantwortlich sind. Dabei sollten Kommunen Stadtentwicklung nicht ohne Regulierung dem unternehmerischen Handeln von Investoren überlassen. Gleichzeitig basiert der Markt darauf, dass die öffentliche Hand ihm Anreize setzt und damit Privateigentum privilegiert.



Entgegenet wird, dass der Markt in unserer Gesellschaft kennzeichnendes Faktum ist. In Deutschland existiert eine Form der sozialen Marktwirtschaft, die den Markt in Richtung eines sozialen Ausgleichs beeinflusst. Für Gemeinwohl und Nachhaltigkeit in der Stadt sind also die richtigen Anreize zu setzen, zum Beispiel durch eine angemessene Bepreisung von Gütern oder durch Subventionen. Es bleibt die Herausforderung der Regulierung, ohne die Freiheit des ökonomischen Wettbewerbs zu beschneiden.

Zivilgesellschaftliche Initiativen

Wulf Kramer leitet die dritte Session mit einem Impulsvortrag zur Rolle zivilgesellschaftlicher Initiativen in der Stadtentwicklung ein. Der Architekt und Mitinhaber eines Architekturbüros lenkt den Blick zunächst auf das Vereinswesen in Deutschland, ein Phänomen, das eine lange Geschichte hat und immer noch prägend und einflussreich ist. Neben diesen traditionellen Zusammenschlüssen etablieren sich nun auch mehr und mehr Initiativen in neuen Erscheinungsformen, wie zum Beispiel urbane Gärten oder Reparaturcafés. Es gibt Zwischennutzer, Energiegenossenschaften und „Transition Town“-Bewegungen. Alle diese Akteure gestalten die Stadt mit. Initiativen dieser Art sind in der Regel nicht gewinnorientiert, sondern missionsgeleitet, je nach Rechtsform teilweise auch gemeinnützig und in vielen Fällen basisdemokratisch strukturiert. Sie bieten häufig niedrigschwellige Angebote und fördern die lokale und nachbarschaftliche Vernetzung. Nachbarschaftlicher Austausch und Einbindung in den sozialen Kontext tragen zur Lebensqualität bei. Strukturelle Ungleichheiten lassen sich auf der lokalen Ebene nicht beheben, dennoch können lokale Initiativen zu mehr sozialem Zusammenhalt führen.

Zivilgesellschaftliches Engagement zu fördern, ist auch ein Ziel der Bundesregierung, das im Stadtentwicklungsbericht 2016 explizit genannt wird. Alle relevanten Agenden, bis hin zu den Vereinten Nationen, setzen auf zivilgesellschaftliche Aktivierung zur lokalen Umsetzung von Gemeinwohl- und Nachhaltigkeitszielen. Initiativen sind oft flexibler als die Verwaltung, sie streben langfristige Kooperationen mit anderen Akteuren an und zeichnen sich durch hohe lokale Eigenverantwortung aus. Die Finanzkrise hat seit 2008 diese Entwicklung befördert, die als tätige Kritik gegen Neoliberalisierungsprozesse bereits länger festzustellen ist. In den Niederlanden als Vorreiter im Bereich des zivilgesellschaftlichen Engagements gibt es überdurchschnittlich viele Genossenschaften, vom Gesundheits- bis zum Energiesektor. In Deutschland wurden von 2006 bis 2012 allein 430 neue Energiegenossenschaften gegründet.

Neue Schnittstellen

Wie kann diese Fülle von Initiativen in konkrete Planungsschritte der Verwaltung eingebunden werden? Angesichts häufig bestehender Kommunikations- und Kooperationsprobleme bedarf es neuer Arbeitsmodi und zusätzlicher Schnittstellen zwischen Verwaltung und Initiativgruppen. Stadt- oder Zukunftslabore sind ein Beispiel für solche Orte, wo Interessierte, Verwaltung, politische sowie wirtschaftliche Akteure

zusammenkommen können. In der Praxis fehlen derartige Lösungsansätze häufig, oder sie werden auf kommunaler Ebene kaum bis nicht genutzt. Favorisiert werden Plattformen, die Planung als Prozess begreifen, der sich auch verändern kann und eher langfristig zu belastbaren Lösungen führt. Die Erprobung von Prototypen hat dabei den Vorteil, nicht sofort fertige Wege präsentieren zu müssen, sondern adaptive Prozesse in Gang zu bringen. Die Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements darf jedoch nicht mit einem Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung einhergehen, wie es bereits, aber nicht nur in den Niederlanden und in Südeuropa geschieht.

Partizipationskulturen

In der folgenden Diskussion fragt ein Stadtplaner danach, welche Milieus durch die beschriebenen Initiativen vornehmlich erreicht werden. Wulf Kramer schätzt, dass dort ganz unterschiedliche Schichten und Gruppen vertreten sind, der sozio-ökonomische Status jedoch oft überdurchschnittlich ist, während Migrantinnen und Migranten beispielsweise vergleichsweise wenig vertreten sind. Aus dem Teilnehmerkreis kommt der Hinweis, dass es in der Planungskultur der vergangenen Jahre bereits einen Schwenk in Richtung horizontaler Kommunikation und Partizipation gegeben hat, sich dies im Fall der Bildungskultur jedoch noch nicht widerspiegelt. Wenn nun überall Partizipation eingefordert wird, ist es problematisch, dass die Menschen nicht zur Partizipation befähigt werden, die ja einen anspruchsvollen Prozess darstellt. Auch die Planungsverantwortlichen müssen entsprechend ausgebildet werden, damit sie in der Lage sind, partizipative Verfahren durchzuführen und zu begleiten. Es scheint einen Konflikt zwischen hoch professionalisierten Planungskulturen und einer neuerdings eingeforderten Partizipationskultur zu geben. Hinzugefügt wird, dass für Fortbildungs- und Ausbildungsmaßnahmen, die sich an Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Verwaltungsangestellte richten, so gut wie keine einschlägigen Lehrmaterialien zur Verfügung stehen. Für das Gelingen von Partizipationsprozessen wäre das aber sehr sinnvoll.

Probleme der Partizipation

Ein Teilnehmer nennt als Beispiel für die problematische Seite von Partizipationsprozessen das Volksbegehren zum ehemaligen Berliner Flughafen Tempelhof. Dort gewannen Initiativen, die Urban Gardening auf dem Flugfeld betreiben, einen Volksentscheid gegen den Senat. Dieser Entscheid führte dazu, dass jegliche Planung verhindert wurde. Der Senat hatte sich um Kommunikation bemüht, es kam aber zu keinem Dialog. Gibt es demnach in der Zivilgesellschaft auch Tendenzen, sich dem Gespräch mit den politisch Verantwortlichen und der Verwaltung zu verweigern? Nun, wo die Mieten infolge des Volksentscheids steigen, wird genau jene Klientel, die diesen initiiert hat, davon getroffen. Wulf Kramer bestätigt, dass nach seinem Eindruck viele Beteiligte das Ergebnis des Volksentscheids im Nachhinein bedauern. Er konstatiert ein weit verbreitetes Unverständnis in Bezug auf politische Prozesse und wünscht sich intensivere Bemühungen um politische Bildung.

Wie aus der Kommunalpolitik berichtet wird, schalten sich Bürgerinnen und Bürger oft erst sehr spät in Planungsprozesse ein. Frühzeitige vorbeugende Information und Einbindung erfüllen mit Sicherheit ihren Zweck. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass artikulierte Interessen nicht immer gemeinwohlorientiert sind, sondern möglicherweise auch Partikularinteressen abbilden. Oft können sehr wenige Bürger ein Vorhaben zu Fall bringen. Enttäuschungen wird es immer geben und Partizipation stößt auch an ihre Grenzen. Der Vorschlag der begrenzten Partizipation findet Zustimmung, denn professionelle Expertise hat genauso ihre Berechtigung. Bürgerbeteiligung darf im Endeffekt auch nicht zum Wunschkonzert ausarten. Doch zugleich sind Politikerinnen und Politiker auf kommunaler Ebene gefragt, des Öfteren Mut zu beweisen, sich zu Experimenten durchzuringen und weniger auf altbewährten Mustern und Prozessen zu verharren.

Resümee

Sebastian Kurtenbach, der seit diesem Großen Konvent als kooptiertes Mitglied der nächsten akademischen Generation dem Kleinen Konvent der Schader-Stiftung angehört und das Dialog-Café begleitet, fasst den Gesprächsverlauf und die Ergebnisse der drei Sessions zusammen:

Nach dem Impuls von Kai Schuster, der Aspekte des Zusammenlebens in der Stadt in den Mittelpunkt stellt, dreht sich die Diskussion der ersten Session im Wesentlichen um die Rolle von Leitbildern für die Stadtentwicklung. Thematisiert wird das Selbstverständnis kommunaler Verwaltungen in Deutschland, deren Aufbau und Struktur ein Spezifikum darstellen. Mehr noch als eine Leitbildentwicklung, so der Befund, ist die eingehende Auseinandersetzung über gemeinsame Wertvorstellungen in einer Stadtgesellschaft förderlich für deren Zusammenhalt. Dabei kommen unterschiedliche Perspektiven solcher Entwicklungsprozesse zur Sprache.

In der zweiten Session diskutieren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Anschluss an das Impulsreferat von Bettina Brohmann über die Möglichkeit, eine optimale Stadt zu schaffen. Im Gespräch wird erörtert, welche Rolle der Markt beziehungsweise ökonomische Prozesse dabei spielen. Unterschiede bestehen in der Einschätzung, ob Marktprozesse einer innovativen, wenn nicht sogar visionären Ausrichtung der Stadtentwicklung entgegenstehen oder ob beide Aspekte miteinander in Einklang zu bringen sind. Es wird deutlich, dass es die ideale Stadt wohl nicht gibt, aber das Streben danach sinnvoll ist. Ebendieses Streben nach der idealen Stadt bildet eine der Grundsatzfragen des Zusammenlebens in Städten und Gemeinden.

In seinem Bericht aus der Praxis betont Wulf Kramer die Herausforderungen einer Versöhnung zwischen planerischen Anforderungen und Erwartungen von Bürgerinnen und Bürgern. Die Diskussion der dritten Session thematisiert Ansätze, wie gesellschaftliches Miteinander in unseren Städten gestärkt werden kann, wobei unterschiedliche Formen zivilgesellschaftlicher gemeinschaftlicher Projekte, auch hinsichtlich der Nutzerstruktur, besprochen werden. Ebenso wie in den beiden vorangegangenen Sessions sehen die Teilnehmenden auch hier den Prozess als ein entscheidendes Merkmal, um Stadtkultur und Gemeinwohrentwicklung zu befördern.



Dialog-Café 6: Dichter, Denker, Ingenieure

Impulsgeberinnen:

Prof. Dr. Birgitta Wolff, Goethe-Universität Frankfurt am Main

Jessica Haase, Leibniz-Institut für Bildungsverläufe, Bamberg

Dr. Anne Schreiter, German Scholars Organization e.V., Berlin

Begleitung: Prof. Dr. Ursula Münch, Akademie für Politische Bildung Tutzing

Moderation: Saskia Flegler, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: David Meier-Arendt und Saskia Flegler

Deutschland ist ein attraktiver Wissenschaftsstandort, dessen politische Rahmenbedingungen es ermöglichen, gute Forschung zu betreiben. Gleichzeitig erodiert jedoch an vielen Stellen der Gesellschaft das Vertrauen in die Wissenschaft. Bei politischen Auseinandersetzungen werden wissenschaftliche Fakten oftmals infrage gestellt. Auch im globalen Kontext gefährden politische Entwicklungen in vielen Ländern die Freiheit der Wissenschaft. Wie können Hochschulen, Universitäten und Forschungsinstitute diesen Tendenzen entgegenwirken, um ihre eigene Integrität zu wahren?

Diversität, Nonkonformität und unbequemes Denken fördern

Wie kann Wissenschaft dem Leugnen wissenschaftlich gesicherter Tatsachen und der Verbreitung „alternativer Fakten“ entgegenreten? Birgitta Wolff, Präsidentin der Goethe-Universität in Frankfurt am Main, erklärt, wie falsche Behauptungen und vermeintliche Wahrheiten genau dann zum Einsatz kommen, wenn es darum geht, Diversität zu unterschlagen, Konformität zu erzwingen und unbequemes Denken zu diffamieren. Es reicht allerdings nicht aus, bei dieser Diagnose stehen zu bleiben, vielmehr verstärkt das Aufkommen von „alternativen Fakten“, die Glaubwürdigkeitskrise der Wissenschaft. Unbequemes Denken ist auch auf den eigenen Wirkungsbereich anzuwenden. Birgitta Wolff fragt, ob die mangelnde Akzeptanz der Wissenschaft auch auf Versäumnisse der Wissenschaft selbst zurückgeht und was Hochschulen und andere wissenschaftliche Einrichtungen gegebenenfalls ändern müssen.

Zur Beantwortung dieser Fragen beleuchtet sie drei Aspekte: erstens den Unterschied zwischen Meinungsfreiheit und Wissenschaftsfreiheit, zweitens das Problem der Glaubwürdigkeit der Wissenschaft und schließlich die Verantwortung der Wissenschaft.

Wissenschaft diskursiver
gestalten, Wissenschaft als DIALOG
"Citizen Science" und anderes
i.d. Sozialwissenschaften



Meinungsfreiheit und Wissenschaftsfreiheit

Zunächst verweist die Impulsgeberin auf den qualitativen Unterschied zwischen Wissen und Meinung. Während Wissen auf Zahlen, Daten und Fakten basiert, stellt Meinung eine beurteilende Haltung gegenüber der Realität dar. Meinungen haben zwar ihre Berechtigung, im wissenschaftlichen Diskurs sollten sie jedoch zurückgestellt werden. Die Impulsgeberin versteht Universitäten als die Orte des wissenschaftlichen Diskurses – und einer der zentralen Aufträge der Wissenschaft ist es, den Unterschied zwischen Wissen und Meinung deutlich zu machen und zu bewahren. Welche Art von Diskurs findet an einer Universität statt und welcher Diskurs ist wünschenswert? Birgitta Wolff betont, dass Meinungen zugunsten wissenschaftlicher Erkenntnis zurückgestellt werden müssen. Sätze wie „es kann doch nicht sein, dass“ sind innerhalb eines hochschulöffentlichen Kontextes mit großer Skepsis zu betrachten, da sie keine empirische Aussage wiedergeben. Vielmehr verdecken derartige Bemerkungen häufig reine Meinungsäußerungen, die nicht selten politische Implikationen beinhalten. Universitäten haben jedoch ein wissenschaftliches und kein politisches Mandat, betont die Impulsgeberin. Sie sind dementsprechend verpflichtet, sich an die Regeln guter wissenschaftlicher Praxis zu halten.

Als Kriterien des wissenschaftlichen Diskurses dienen – verkürzt ausgedrückt – Begründungen in Form von Zahlen, Daten, Fakten sowie Beiträge, die auf rationalen und objektiven Argumenten basieren. Nach den Spielregeln wissenschaftlichen Erkenntnisgewinns kann auf dieser Grundlage auch ein Disput über die Gültigkeit von Begründungen geführt werden, er sollte sich indes auf fachliche Zweifel beschränken. Die Instanz der Begründung ist entscheidend dafür, ob eine Aussage als wissenschaftlich anerkannt wird oder nicht. Die Impulsgeberin sieht die Universitäten in der Pflicht, einen wissenschaftlich inspirierten Diskurs zu achten, was auch bedeutet, dass rein politisierende oder sogar parteipolitische Debatten auf dem Campus der Universität nicht angebracht sind. Diese Verantwortung ist zudem institutionell verankert, beispielsweise im Universitätsleitbild der Goethe-Universität.

Über die Glaubwürdigkeit der Wissenschaft

Birgitta Wolff stellt im Folgenden die Bedeutung der unterschiedlichen Sphären, die die Glaubwürdigkeit der Wissenschaft betreffen, heraus. Um die angesprochenen Spielregeln wissenschaftlicher Erkenntnisgenese innerhalb des eigenen wissenschaftlichen Diskurses zu gewährleisten, schirmt die Universität wissenschaftliche Diskurse von außerwissenschaftlichen Diskussionen ab, wodurch eine strukturelle Diskrepanz zwischen der Öffentlichkeit und der Wissenschaft entsteht: Was sich für die Wissenschaft als wesentlich und glaubwürdig darstellt, ist nicht unmittelbar gleichzusetzen mit dem, was die Mehrheit der Gesellschaft als wichtig anerkennt. Die Impulsgeberin plädiert für eine Vermittlung zwischen wissenschaftlichem und öffentlichem Diskurs, welcher die Relevanz eines wissenschaftlichen Themengebietes nicht schlichtweg voraussetzt, sondern begründet. Denn der Glaubwürdigkeit

von Wissenschaft aus gesellschaftlicher Perspektive ist höchste Priorität beizumessen. Auf der anderen Seite hat die Wissenschaft einen Auftrag gegenüber der Gesellschaft zu erfüllen. Daraus ergibt sich ein Spannungsverhältnis zwischen der Verpflichtung der Wissenschaft, relevante Erkenntnisse für die Gesellschaft zu produzieren und diese auch in die Gesellschaft zu transferieren auf der einen Seite, und der Freiheit der Wissenschaft auf der anderen Seite. Birgitta Wolff zufolge kommt es darauf an, Bedingungen innerhalb der Wissenschaft herzustellen, die die Freiheit von Forschung ermöglichen und gleichzeitig das produzierte Wissen nach außen transportieren. Sie nimmt den zweiten Aspekt als besondere Herausforderung wahr, da ein signifikanter Anteil der Öffentlichkeit eher „alternativen“ als anerkannten Fakten Glauben zu schenken scheint.

Die gesellschaftliche Verantwortung der Wissenschaft

Wissenschaft kann sich nicht nur auf die Freiheit der Forschung berufen, sondern hat eine gesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen, fokussiert der Impulsbeitrag. In der Forschung werden zwar auch Untersuchungsobjekte und Themen analysiert, die keinen unmittelbar ersichtlichen Nutzen für die Gesellschaft haben, dennoch hat Wissenschaft als Institution gegenüber der Gesellschaft einen Auftrag auszuführen. Diese Aufgabe besteht darin, Wissen bereit zu stellen und gesellschaftliche Verhältnisse zu reflektieren. Aus dieser Perspektive muss Wissenschaft den Blick sowohl auf die theoretischen Analysen als auch auf die Konsequenzen der eigenen Forschung richten.

Die anschließende Diskussion beschäftigt sich intensiv mit dem Begriff der Verantwortung. Universität ist nicht vor allem als Ort von Fakten und Wissensproduktion nach bestimmten Spielregeln aufzufassen, sondern als Sozialform, so eine Meinung. In gewisser Weise stellt ersteres eine Engführung der Institution Universität dar. Denn das Gespräch über Diversität und Nonkonformität sollte sich auch um die Frage drehen, wie das soziale Umfeld der Universität agiert und wie dort Kritik geäußert wird. Dabei geht es seitens der Universität darum, Diversität als Chance zu begreifen. Die Verantwortung des Wissenschaftsbetriebs als gesellschaftliche Institution als auch die der einzelnen Forschenden müssen zusammen gedacht werden. Ein weiterer Beitrag betont, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vor allem dann Verantwortung tragen, wenn sie gesellschaftlich wirksame Gestaltungsvorschläge formulieren. Bei der Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse kommt es darauf an, die gesellschaftspolitischen Folgen zu berücksichtigen. Dies wird im wissenschaftlichen Betrieb nicht konsequent beachtet, erläutert ein kritischer Beitrag. Ein Teilnehmer merkt an, dass es konzeptionell noch an einem ausgefeilten analytischen Instrumentarium mangelt, um derartige Debatten fundiert führen zu können, weshalb diese häufig in Spekulationen münden. Ein Beispiel für nicht durchdachte Gestaltungsvorschläge stellt die Debatte zur Finanzmarktregulierung dar. Neben dem Ruf nach mehr Kontrolle der Banken gibt es kaum Modelle, die eine Differenzierung zwischen regulierungsbedürftigen und nicht regulierungsbedürftigen Bankgeschäften vorgeschlagen haben, so ein Einwurf. Es sollte, so die einhellige Meinung, zumindest der Versuch unternommen werden, sich dem Anspruch einer fundierten Simulation zu stellen.

Vertrauensverluste innerhalb der Gesellschaft

Die Teilnehmenden des Dialog-Cafés diskutieren den Stellenwert der Begründung als das entscheidende Charakteristikum für Wissenschaft. Hintergrund der Diskussion ist die Feststellung, dass auch die Anhängerschaft von Verschwörungstheorien komplexe Begründungen liefern kann. Herausgearbeitet wird, dass Fakten nicht für sich selbst sprechen (können), sondern vielmehr als soziale Konstruktionen zu begreifen sind, die vorrangig von wissenschaftlichen Institutionen bezeugt und

beglaubigt werden. Fakten verleihen sich nicht selbst Deutungshoheit, sondern werden durch bestimmte Institutionen zertifiziert, weshalb die Glaubwürdigkeit von den Institutionen approbiert wird. Wenn nun Menschen das Vertrauen in die Institutionen verlieren, halten sie möglicherweise auch die Fakten, die diese Institutionen beglaubigt haben, nicht mehr für wahr. Ein solcher Vertrauensverlust zeichnet sich beispielsweise beim Thema globale Erderwärmung ab. Institutionen und Forschenden wird die Glaubwürdigkeit abgesprochen und auch ihre wissenschaftlichen Ergebnisse gelten als nicht objektiv; Begründungen resultieren hier nicht aus den Fakten selbst. Teilnehmende des Dialog-Cafés sprechen von einer Krise, die den Vertrauensverlust der Beglaubigungsinstitutionen dieser Gesellschaft zur Folge hat. Vor diesem Hintergrund scheinen vor allem die hermeneutischen Kompetenzen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gefragt. Ein Blick auf angelsächsische Länder verdeutlicht, dass eine für Laien verständliche Darstellungsweise auch als Kompetenz begriffen werden kann. Dabei geht es darum, ein Problem herunter zu brechen und es verstehbar zu machen, ohne den Problemcharakter zu nivellieren.

Die drei Faktoren: Zeit, Freiräume und Köpfe

Die zweite Impulsgeberin Jessica Haase, Referentin im Direktorium des Leibniz-Institutes für Bildungsverläufe, stellt in den Mittelpunkt, wie Universitäten und außeruniversitäre Einrichtungen den Auftrag, aber auch die Möglichkeiten haben, den Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft noch stärker und systematischer zu fördern als bisher. Sie können dies insbesondere, wenn sie drei Faktoren berücksichtigen: Zeit, Freiräume und Köpfe.

Der Faktor Zeit

Zunächst macht Jessica Haase den Faktor Zeit als eine entscheidende Voraussetzung aus. Dabei geht es sowohl darum, den Forscherinnen und Forschern Zeit zu geben und Zeit neu einzuteilen, als auch darum, dass diese sich Zeit für den Dialog nehmen können. Dies ist erforderlich, da wissenschaftlicher Erkenntnistransfer zusätzlichen Aufwand zur Folge hat. Nach Einschätzung der Impulsgeberin sind Laufzeiten von Drittmittelprojekten weitgehend zu knapp bemessen und der Aspekt des Transfers steht oft lediglich am Ende des Projekts. Vertragslaufzeiten für Promovierende und Postdocs sind zeitlich befristet und in der Qualifizierungsphase reihen sich nicht selten mehrere Zeitverträge aneinander. Es ist nicht verwunderlich, so Jessica Haase, dass dem Transfer von Wissen in die Gesellschaft keine Priorität im wissenschaftlichen Betrieb zukommt. Transfer gilt, zumindest in Deutschland, nicht als Merkmal wissenschaftlicher Qualifikation. Die Impulsgeberin plädiert dafür, dass die Wissenschaft sowie Wissenschaftsförderer reagieren und nicht nur an Vertragslaufzeiten ansetzen sollten, sondern auch dezidiert Räume für Wissenschaftskommunikation anbieten.

Der Faktor Freiräume

Der Faktor Freiräume bezieht sich auf der einen Seite auf die Freiheit im Denken, auf der anderen Seite auf die Wahl der Methoden. Die Impulsgeberin erinnert an Paul Feyerabend und sein Plädoyer „Wider den Methodenzwang“. Um komplexe Sachverhalte herunterbrechen zu können, braucht es Mut zur Vereinfachung und gegebenenfalls auch die Anwendung unkonventioneller Methoden. Jessica Haase weist auf Menschen hin, die in den Bereichen des Informationsdesigns oder der visuellen Gestaltung und Kommunikation tätig sind. Sie ist davon überzeugt, dass die Arbeitsweisen und Methoden dieser Berufsgruppen neuartige Zugänge zur Wissenschaft für die Öffentlichkeit bergen, da sie neben Arbeitsräumen auch alternative Formen der Zusammenarbeit eröffnen. Wie sie annimmt, sind nicht nur im Erkenntnisprozess neue Wege und Methoden notwendig. Auch die Vermittlung von Forschungsergebnissen bedarf neuer Werkzeuge und Formate und somit mehr Kreativität und Offenheit.



Der Faktor Köpfe

Der Faktor Köpfe bezieht sich auf die unterschiedlichen Kompetenzen und Voraussetzungen von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen. Die Zusammenarbeit von Forschern und Forscherinnen sowie Experten und Expertinnen für Kommunikation, Visualisierung und Transfer ist wünschenswert, um einen Beitrag zu einer öffentlichen Wissenschaft zu leisten. Dabei kann und soll nicht eine Person alle Kompetenzen vertreten, vielmehr führt interdisziplinäres Arbeiten zu einem Gewinn an zusätzlicher Arbeitszeit, die der Wissensvermittlung gewidmet werden kann. Durch gezielte Kooperationen von Einrichtungen formieren sich interdisziplinäre Teams, deren Arbeit gegebenenfalls als Teil der Ausbildung fungiert.

Als Beispiel, in dem die drei Faktoren Zeit, Freiräume und Köpfe zusammengeführt werden, erläutert Jessica Haase das Visual Society Program. Dieses Projekt wurde von ihr gemeinsam mit David Skopec, Professor für Visuelle Systeme an der Universität der Künste in Berlin, entwickelt und 2016 gestartet. Im Rahmen des Projekts arbeiten Studierende und Dozierende aus den Sozialwissenschaften mit Experten und Expertinnen der visuellen Gestaltung zusammen, um visuelle Forschungszugänge zu schaffen und früh im Forschungsprozess mit zu denken. Visuelle Methoden kommen dabei möglichst gleichberechtigt neben dem sozialwissenschaftlichen Instrumentarium zum Einsatz. Dieses Programm des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung und der Universität der Künste in Berlin erlaubt Masterstudierenden, sich für zwölf Monate frei in die Projektarbeit einzubringen. Im Zuge des Programms wurden die Labore und Arbeitsräume gegenseitig geöffnet, der Zugang zu Daten gewährt, gemeinsam Interviews und Experimente durchgeführt sowie Daten aufbereitet. Jessica Haase verweist in diesem Kontext auch auf die Funktion der Schader-Stiftung, welche durch das Initiieren von Dialogformaten aktiv daran mitwirkt, einen Raum für interdisziplinären und sektorenübergreifenden Austausch zu schaffen.

Hierarchische Verhältnisse innerhalb des Wissenstransfers

Ein Diskussionsbeitrag hebt hervor, dass sich in dem gegenwärtigen Diskurs über Wissenstransfer in die Öffentlichkeit eine Hierarchie von Wissenschaft und Gesellschaft abzeichnet. Diese Perspektive skizziert Wissenschaft als Elite, welche dem Adressaten Gesellschaft gegenübersteht. Der Anspruch der Wissenschaft sollte jedoch darin bestehen, ihre Erkenntnisse in die Gesellschaft hineinzutragen, etwa mit Hilfe pädagogischer Maßnahmen. Eine Wissenschaftlerin fragt kritisch nach, ob Wissenschaft nicht etwa genau das Gegenteil des eigentlichen Ziels erreicht hat. So lässt das Interesse an vielfältigen Bildungsangeboten, die Einblicke in wissenschaftliches Arbeiten gewähren, noch zu wünschen übrig. Oder werden derartige Vermittlungsangebote als bevormundend abgelehnt? Die Rede vom „Abholen“ der Menschen kann bei den Betroffenen auch den Eindruck eines impliziten Vorwurfs erwecken, bei wissenschaftlichen Themen nicht mitreden zu können. Bei aller wissenschaftlichen Relevanz kommt manchen Ergebnissen von Forschung aus gesellschaftlicher Sicht keine unmittelbare Bedeutung

≠ WISSENSCHAFTLICHE
AUSEINANDERSETZUNG.
MEINUNGS- | WISSENSCHAFTS-
FREIHEIT

STATT
TABELLEN, ZAHLEN, ...



zu. Nach anderer Ansicht können oder müssen keinesfalls alle Forschungsprojekte sowie deren Ergebnisse transparent sein und der Gesellschaft vermittelt werden.

Initiativen mit der Zielsetzung, der Wissenschaft zu einer besseren öffentlichen Sichtbarkeit zu verhelfen, konzentrieren sich primär auf die Vermittlung bereits abgeschlossener Erkenntnisprozesse an die Öffentlichkeit. Dieses Vorgehen verkennt jedoch gesellschaftliche Bedarfe an Wissen, weshalb Interdisziplinarität, Transdisziplinarität sowie Dialog-Ansätze zwischen Wissenschaft und Praxis stärker zu fördern sind. Es kommt nicht pauschal auf irgendeinen Wissenstransfer in die Gesellschaft an, sondern auf die Stärkung des Austauschs mit gesellschaftlich relevanten Akteursgruppen. Dies sollte als Ziel der Wissenschaftspolitik formuliert werden.

Ausgehend von einer Krise der Wissensordnung und Wissensproduktion im Zuge der Digitalisierung stellt eine weitere Äußerung die Empfänger in den Fokus dieser Debatte: Die Wissenschaft vernachlässigt die Empfängerseite. Zum Beispiel, so wird kritisiert, brachte die Exzellenzinitiative eine beträchtliche Anzahl von Exzellenzclustern hervor, während der entscheidende Hebel der Hochschulen nicht bedacht wurde – die Lehre. Einem weiteren Einwurf zufolge kam kein einziges Cluster für exzellente Lehre zustande. Wird die Ausbildung zum Lehren und Unterrichten als nicht förderungsbedürftig wahrgenommen?

Den Elfenbeinturm verlassen: Wissenschaft öffentlich und transparent machen

Anschließend thematisiert die Gesprächsrunde neben der Akquise von wissenschaftlichem Spitzenpersonal erneut die Notwendigkeit der Vermittlung von Forschungsergebnissen in die Öffentlichkeit. Wie ist ein Verfahren zu gestalten, das sowohl Ergebnisse als auch die Forschungsverfahren des Wissenschaftsbetriebs transparent macht? Wie gelingt es also, zusätzlich zur faktenbasierten Wissensvermittlung, geeignete Narrative zu kommunizieren? Und welche Formen öffentlicher Wissenschaftsvermittlung können dem Ziel einer öffentlichen Wissenschaft dienen? Jessica Haase weist auf die Notwendigkeit des Dialogs mit der Gesellschaft und des Transfers von Wissen hin. Es muss danach gefragt werden, welche Kompetenzen Hochschulen und außeruniversitäre Einrichtungen ausbilden müssen, um der Glaubwürdigkeitskrise der Wissenschaft entgegenzuwirken.

Die zentralen Fragestellungen dieser zweiten Session lauten also: Welche Rolle nehmen Forschende ein, wenn es um die Integrität der Wissenschaft geht und welche Verantwortung tragen Forschungseinrichtungen? Wird die Kommunikation wissenschaftlicher Ergebnisse an die Öffentlichkeit seitens der Forschung übernommen oder wird diese Aufgabe anderen übertragen? Bei der Beantwortung dieser Fragen ist nach Auffassung eines Teilnehmers zweierlei entscheidend: die Beschäftigung mit der Rolle der Wissenschaft in der Gesellschaft sowie Maßnahmen von Wissenschaftseinrichtungen, die es Forschenden ermöglichen, ihr Wissen sichtbar zu machen und

zu transportieren. Die Rolle von Promovierenden und Postdocs in diesem Prozess wird betont. Welche Kompetenzen und Tools werden benötigt, um Public Intellectuals auszubilden und sollen künftig alle Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen neben einem Schreib- und Präsentationstraining zusätzlich eine Grundausbildung in Wissenschaftskommunikation und Informationsgestaltung absolvieren?

Zukunft und Chancen für internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler

Der Impulsvortrag von Anne Schreiter, Geschäftsführerin der German Scholars Organization e.V., beschäftigt sich mit der Zukunft und den Chancen junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Deutschland. Zwar gilt der Wirtschaftsstandort Deutschland im internationalen Vergleich als attraktiv, da Wissenschaft unterstützt und weitgehend finanziell sehr gut ausgestattet wird. Dennoch legt die Impulsgeberin anhand mehrerer Fallbeispiele dar, dass Hürden existieren, die diese Attraktivität wiederum schmälern. Sie sieht die primäre Ursache in den hohen bürokratischen Anforderungen, die ausländische, aber auch inländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu bewältigen haben, wenn sie in Deutschland forschend tätig sein wollen. Daneben weist sie auf die immense Arbeitsbelastung durch Gremienarbeit hin. Aus dieser Perspektive lässt sich die Eingangsfrage umformulieren: Wie können exzellente deutsche Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die im Ausland tätig sind, für den Standort Deutschland zurückgewonnen und langfristig an diesen gebunden werden, wenn Wissenschaft als globales System verstanden wird?

Grundlegende Reformen des deutschen Wissenschaftssystems könnten dieser Problematik entgegenwirken, so Anne Schreiter. Erste Schritte in diese Richtung bestehen darin, die gegenwärtigen Anreizstrukturen und Rahmenbedingungen für Wissenschaft zu hinterfragen. Vor allem aber geht es darum, flächendeckend die institutionalisierte Entwicklung von Karrierewegen für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu realisieren. Gleichzeitig, so erläutert die Impulsgeberin, ist es wünschenswert, internationale Erfahrungen als Bereicherung auf professioneller und persönlicher Ebene aufzufassen, damit sich Auslandsaufenthalte nicht faktisch nachteilig auf die wissenschaftliche Karriere auswirken. Wertschätzung und Transparenz bereichern die Wissenschaftskultur, auch die generellen Arbeitsbedingungen in Deutschland sind zu optimieren. In der anschließenden Diskussion wird betont, dass sich Deutschland dem internationalen Wettbewerb um Spitzenforschung stellen muss. Dazu bedarf es nicht nur einer besseren Vergütung, sondern vor allem der Möglichkeit, den Forscherinnen und Forschern institutionalisierte Freiräume zu bieten, um sich intensiv mit der eigenen Materie auseinandersetzen zu können. Bis diese Rahmenbedingungen geschaffen sind, bleibt exzellente Forschung vorrangig Aufgabe der Universitäten. Genau diese Intensivierung der Forschungsmöglichkeiten steigert de facto die Attraktivität des Standortes Deutschland für Spitzenforscher und Spitzenforscherinnen, so ein Teilnehmer.

Auswirkungen der Digitalisierung und die Verantwortung der Wissenschaft

In der abschließenden Dialogrunde diskutieren die Teilnehmenden erneut die Effekte der Digitalisierung hinsichtlich der Gefahren und Möglichkeiten für die Wissenschaft. Wie eine Teilnehmerin ausführt, liegt ein Vorteil der Digitalisierung in der niedrigschwelligen Verbreitungsmöglichkeit von Wissen. Jeder Mensch wird durch den Prozess der Digitalisierung dazu befähigt, sofort und unmittelbar seine Meinung kundzutun.

Ein Teilnehmer verweist auf die Gefahr, dass Einzelpersonen besonderes Gehör geschenkt wird, die sich von der Faktenbasis gelöst haben, aber mittels Polarisierung und Skandalisierung besondere Aufmerksamkeit für ihre Ansichten erlangen. Den Wert gleichberechtigter Teilhabe darf ein Einschränken dieses Risikos jedoch nicht

gefährden, mahnt ein Teilnehmer, zumal der Prozess der Digitalisierung die Möglichkeit eröffnet, wissenschaftliche Erkenntnisse leichter der breiten Öffentlichkeit zu vermitteln. Ein Teilnehmer fragt: Sollen Journalisten die professionelle Popularisierung wissenschaftlicher Ergebnisse in Form einer öffentlichen Leistung übernehmen? Ein Argument dafür lautet, dass Journalisten und Journalistinnen in der Rolle der Vermittlung zwischen Wissenschaft und Gesellschaft geschult sind. Allerdings lösen öffentliche Auftritte von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen beim Publikum zeitweise den Eindruck von weit mehr Komplexität aus, als es in der Realität der Fall ist. Dieser Eindruck mag häufig dadurch entstehen, dass Vertreter und Vertreterinnen der Wissenschaft nicht deutlich genug Querbezüge und Vernetzungswissen bereitstellen, so lautet ein Einwurf. Deshalb sind Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen gefragt, die nicht nur die Breite ihres Faches abdecken, sondern transdisziplinär argumentieren. Im weiteren Gespräch bemerkt ein Teilnehmer, dass diese Forderung schwer umzusetzen ist, da es an transdisziplinären Kompetenzen und Forschungsprojekten mangelt. Dieser Mangel trifft ebenfalls auf im Wissenschaftsbetrieb erfolgreiche Forschungszeige zu. Jedoch wird Forschern und Forscherinnen aus anderen Fachgebieten oftmals nicht zugetraut, gleichwertige Wissenschaft zu betreiben.

Wie bereits in der zweiten Session des Dialog-Cafés wird die Kommunikation von Wissenschaft thematisiert. Muss Forschung stärker an die Öffentlichkeit kommuniziert werden und welche Formen könnten diese Kommunikation annehmen? Erwächst aus der Verantwortung der Wissenschaft auch eine Verpflichtung zur Vermittlung der wissenschaftlichen Ergebnisse? Diese Fragen beschäftigen vorwiegend junge Forschende, führt Anne Schreiter aus, die im Rahmen der German Scholars Organization mit diesem Personenkreis zusammenarbeitet. Ergebnisse auch zu vermitteln, überfordert viele Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen. Können und sollen sich die Forschenden neben Impactfaktoren und Publikationsdruck auch der Herausforderung öffentlichkeitswirksamer Kommunikation stellen? Die Omnipräsenz des Rufs nach Verantwortung des Forschenden sowie letztendlich die Frage, wer diese Aufgabe ausführen soll, fasst die Diskussionsrunde kontrovers auf. Da die Komplexität der Gesellschaft heute stark angestiegen ist, lassen sich die erwünschten zuverlässigen Prognosen aus den Ergebnissen sozialwissenschaftlicher Forschung im Grunde gar nicht herstellen.

Akademische Selbstverwaltung: Hemmnis oder Selbstbestimmung?

An die Diagnose der Überforderung vieler Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen schließt sich eine Diskussion über die akademische Selbstverwaltung an. Diese belastet Professoren und Professorinnen in hohem Maße mit Verwaltungsarbeit, für die sie weder ausgebildet noch eingestellt sind, heißt es. Zudem entstehen durch das ständige Rotieren der Funktionen immer wieder enorme Wissensverluste und zusätzlicher Zeitaufwand für die Einarbeitung in die neuen Aufgaben. Zusätzliche Einblicke gewährt ein Vergleich des amerikanischen Modells – Departments übernehmen die Verwaltungsaufgaben – mit dem skandinavischen Modell, einer hybriden Konstruktion aus Fachpersonal und gewählten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die sich der Verwaltungsaufgaben annehmen. Obwohl sich die Teilnehmenden darüber einig sind, dass im deutschen Hochschulbetrieb die Gremienbelastung zu hoch ist und ein Hemmnis bildet, verweist ein Wissenschaftler auf Probleme bei der Übertragung zusätzlicher Aufgaben an hauptamtliches Fachpersonal im Rahmen akademischer Selbstverwaltung. Dadurch besteht die Gefahr, dem Fachpersonal zu viel Entscheidungsgewalt gegenüber der Wissenschaft einzuräumen. Auch die Frage nach der Verantwortlichkeit bleibt ungeklärt. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler tragen im Zweifel selbst die Konsequenzen ihrer Fehler, während dies bei Verwaltungsfachkräften nicht in dieser Konsequenz der Fall sein kann, merkt ein Teilnehmer an.

Gesellschaftliche Relevanz von Forschungsbeiträgen

Ob Forschungsergebnisse grundsätzlich gesellschaftlich relevant sind oder nicht vielmehr zwischen gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Relevanz zu unterscheiden ist, fragt ein Teilnehmer zum Abschluss der dritten Runde des Dialog-Cafés. Wissenschaftliche Beschäftigung, so seine These, erbringt selten neue Ergebnisse oder spektakuläre Entdeckungen. Beispielsweise, wird ergänzt, handelt es sich bei einem großen Teil der sozialwissenschaftlichen Forschung um sekundäre Auswertungen, die sich auf bereits erhobene Daten beziehen. Dabei geht es vorrangig darum, einen bereits bekannten Sachverhalt erneut zu überprüfen. Insofern lohnt sich die öffentliche Vermittlung von Forschungsergebnissen nur dann, wenn die Forschung auch wirklich über das hinausgeht, was nicht ohnehin bekannt ist. Ein anderer Teilnehmer weist diese Ansicht zurück: Jede Wissenschaft muss vor der Bevölkerung sowohl begründbar sein als auch von ihr legitimiert werden. Wissenschaft ist demnach mit einem gesellschaftlichen Auftrag versehen, der auch impliziert, potenziell jede Wissenschaft nachvollziehbar zu gestalten. Nur so lässt sich eine tendenziell elitäre Haltung vermeiden, die zwischen einer für die allgemeine Bevölkerung verständlichen und einer gesellschaftlich irrelevanten Wissenschaft unterscheidet. Aus dieser Perspektive bleibt es bei der Zielsetzung, Wissenschaft als öffentliches Gut wahrzunehmen und Forschung einem breiteren Publikum zugänglich zu machen. Jeder Wissenschaftler und jede Wissenschaftlerin sollte in der Lage sein, seine oder ihre Forschung zu begründen und zu erklären.

Resümee

Ursula Münch, die als Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung das Dialog-Café begleitet, zieht aus den Impulsvorträgen und dem Diskussionsverlauf der drei Sessions dieses Fazit:

Während sich die Bedingungen, unter denen Forschung und Lehre stattfinden, aufgrund der Globalisierung, der Digitalisierung sowie der Ökonomisierung der Hochschulen auch am Wissenschaftsstandort Deutschland dramatisch verändern, bleibt eines im Grundsatz gleich: Wer Wissenschaft als Beruf betreibt, will forschen und – gelegentlich – lehren. Die Bedingungen dafür sind in Deutschland nach wie vor sehr gut. Dennoch müssen forschungsorientierte Dichter, Denker und Ingenieure auch enorme Anpassungsleistungen erbringen: Wenn die Politik Projekte mehr liebt als eine solide Grundfinanzierung der Hochschulen, dann ist Wissenschaftsmanagement unerlässlich.

Wenn die allgegenwärtige Vertrauenskrise der Eliten konsequenterweise auch die Wissenschaft erfasst, dann genügen Information und Public Relations nicht – und schon gar nicht, wenn diese auf die Vermittlung durch den ebenfalls herausgeforderten Journalismus setzen. Dann ist vielmehr Transparenz und vor allem das Durchstehen von Konflikten mit einer zunehmend kritischen Öffentlichkeit erforderlich. Und wenn die Heterogenität der Hochschulen und Universitäten zunimmt und die gesamte Hochschulcommunity diverser wird, dann treten auch hochschulintern immer mehr Konflikte auf, die sich weniger denn je nur hierarchisch lösen lassen. Zusätzlich muss die Wissenschaft dem momentanen Herrschaftsanspruch des Meinens nach dem Motto „Es kann doch nicht sein, dass“ entgegenreten. Das erfordert politischen und gesellschaftlichen Rückhalt, und es verlangt den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Bereitschaft und Fähigkeit ab, sich aktiv in den gesellschaftlichen Dialog über die großen technischen und gesellschaftlichen Herausforderungen einzumischen.

6

Biogramme der Teilnehmenden



Prof. Dr. Gabriele Abels, geboren 1964, ist seit 2007 Professorin für Politische Systeme Deutschlands und der EU sowie Europäische Integration an der Universität Tübingen. Seit 2011 ist sie Jean-Monnet-Professorin. Abels studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Englische Philologie an der Universität Marburg. Sie ist Mitherausgeberin der „femina politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft“ und war von 2012 bis 2015 Vorsitzende der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Gabriele Abels ist seit 2014 Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung.



Alexander Syad Akel, geboren 1989, ist Vorsitzender der Deutschen Nachwuchsgesellschaft für Politik- und Sozialwissenschaft e.V. Akel ist Studentische Hilfskraft im Projekt „Arrangements vorbeugender Sozialpolitik. Konzeption und Umsetzung vorbeugender Sozialpolitik auf Ebene der Bundesländer – Lern- und Transfermöglichkeiten“ im Fachgebiet Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Kassel. Er studierte von 2014 bis 2017 Politikwissenschaft und Philosophie an der Universität Kassel.



Omar Al-Turaihi, geboren 1994, ist seit Juli 2017 als Bundesfreiwilligendienstleistender in einem Projekt des DRK-Landesverbandes Hessen e.V. engagiert, das ehrenamtliche und hauptamtliche Akteure in der Arbeit mit geflüchteten Menschen im Bereich Gesundheit und Soziales unterstützt. Al-Turaihi absolvierte ein Bachelor-Studium im Fach Journalismus und war in Marokko als Publizist zu sozialen Themen, unter anderem Immigration, tätig. Er migrierte 2016 nach Deutschland.



Elena Albrecht, geboren 1991, ist Bildungskoordinatorin des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekts „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ bei der Stabsstelle Integration des Landratsamts Rhein-Neckar-Kreis. Albrecht studierte Soziologie an der Technischen Universität Darmstadt mit dem Schwerpunkt Bildung und Macht. 2016 war sie Praktikantin der Schader-Stiftung.



Prof. Dr. Klaus-Dieter Altmeyen, geboren 1956, ist Professor für Journalistik an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Von 2010 bis 2014 war Altmeyen Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Seit 2014 ist er Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung und dessen Sprecher. Seit November 2016 ist Altmeyen Co-Leiter des Zentrums für Ethik der Medien und der digitalen Gesellschaft und seit April 2017 Co-Leiter des Zentrums Flucht und Migration der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt.



Tim Bartel, geboren 1976, ist Director of Community Development des Unternehmens Wikia, Anbieter einer offenen Plattform für gemeinschaftlich erstellte Beiträge, darunter auch die Internet-Plattform GutenPlag Wiki. Er studierte Wirtschaftsinformatik an der Universität zu Köln. Anschließend baute er die freie Enzyklopädie Wikipedia wie auch den Verein Wikimedia Deutschland mit auf, als dessen Vorstandsmitglied er tätig war. Seit 2008 arbeitet Bartel für Wikia. Ehrenamtlich erfasst er Daten für das Projekt OpenStreetMap und ist Mitgründer des Quantified Self Meetups Cologne.



Andrea Bartl, geboren 1970, ist Geschäftsführerin der START-Stiftung gGmbH. Sie studierte Betriebswirtschaft an der EBS Universität für Wirtschaft und Recht in Oestrich-Winkel, an der École Supérieure de Commerce de La Rochelle in Frankreich und an der University of California in Berkeley, USA. Seit 2007 ist Andrea Bartl für das START-Schülerstipendienprogramm für engagierte Jugendliche mit Migrationshintergrund, eines der größten Projekte der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verantwortlich. Ab 2018 übernimmt sie die kaufmännische Geschäftsführung der Stiftung Lesen.



Prof. Dr. Martin Berchtold ist seit 2017 Juniorprofessor für Digitalisierung, Visualisierung und Monitoring in der Raumplanung an der Technischen Universität Kaiserslautern und freier Stadtplaner im Büro berchtoldkrass space&options in Karlsruhe. Berchtold studierte Raum- und Umweltplanung in Kaiserslautern. Er war Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Stadtquartiersplanung am Karlsruher Institut für Technologie, wo er 2016 auch promovierte. Seit 2011 ist er Sprecher des Arbeitskreises Vernetzte Informationssysteme der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung.



Dr. Michèle Bernhard, geboren 1984, ist seit 2013 Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung im Amt für Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Heidelberg. Schwerpunkt ihrer Tätigkeit ist die Umsetzung der „Leitlinien für mitgestaltende Bürgerbeteiligung“. Bernhard studierte Soziologie an der Technischen Universität Darmstadt und promovierte zum Thema Eigenlogik der Städte unter dem Aspekt der Partizipation. Von 2009 bis 2012 war sie Wissenschaftliche Volontärin der Schader-Stiftung.



Anne Marie Bessette, geboren 1966, ist seit Oktober 2017 Koordinatorin für die strategische Entwicklung der Alumniarbeit an der Georg-August-Universität Göttingen. Davor war sie zehn Jahre in der Wirtschaftsentwicklung – Economic and Community Development – für die Stadtverwaltung Grand Rapids, Michigan, tätig. Im Frühjahr 2017 hat sie den March for Science Göttingen mitinitiiert und mitorganisiert. Bessette verfügt über einen Master of Public Administration der Grand Valley State University, Michigan, sowie eine Licence d'histoire der Université de Paris I.



Ines Birkner, geboren 1990, studiert den Masterstudiengang Soziologie an der Goethe-Universität Frankfurt. Sie absolvierte ihren Bachelor in Soziologie und Erziehungswissenschaft. Ines Birkner ist Studentische Hilfskraft am Institut für Sonderpädagogik und Mitglied im Ausschuss „Soziologie in Schule und Lehre“ der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Im Rahmen ihrer Masterarbeit setzt sie sich mit dem Alltag von Intensivklassen für Kinder nicht-deutscher Herkunftssprache auseinander. Ihre Interessenschwerpunkte liegen in der qualitativen Sozialisations-, Kindheits- und Schulforschung.



Tyll Birnbaum, geboren 1990, ist seit 2016 Studentischer Assistent in der Abteilung für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit des Stadtentwicklers IBA Hamburg GmbH. Er studiert zudem an der Universität Hamburg den Masterstudiengang Soziologie. Zuvor absolvierte er an der Technischen Universität Darmstadt den Bachelorstudiengang Soziologie mit dem Schwerpunkt Stadt und Raum. 2014 war er Praktikant der Schader-Stiftung.



Prof. Dr.-Ing. Diana Böhm, geboren 1979, ist Professorin für Städtebau an der University of Applied Science in Frankfurt und Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Fakultät Architektur an der Technischen Universität München. Sie studierte Architektur und Landschaftsarchitektur in Rapperswil, Schweiz, Augsburg und Weihenstephan und arbeitete im Stadtplanungsamt der Stadt Ingolstadt. An den Universitäten Stuttgart und Darmstadt war sie Wissenschaftliche Mitarbeiterin. Diana Böhm forscht zu Stadt- und Raumwahrnehmung, Mobilität und Bewegungsformen sowie sozialer Teilhabe von Menschen.



Rainer Bohne, geboren 1951, ist seit zwanzig Jahren Geschäftsführer des Berufsverbands Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL) und gibt als verantwortlicher Redakteur die Zeitschrift „Planerin“ heraus. Der Diplomingenieur studierte Stadt- und Regionalplanung in Berlin. Bohne war über zehn Jahre Mitglied des Vorstands der Berliner Architektenkammer und hat seit der Gründung den ASAP, den Akkreditierungsverbund für Studiengänge der Architektur und Planung, maßgeblich begleitet.



Prof. Dr. Wolfgang Bonß, geboren 1952, ist seit 1995 Professor für Allgemeine Soziologie an der Universität der Bundeswehr München und seit 2012 Sprecher des Forschungszentrums RISK. Zudem war er von 1999 bis 2009 Sprecher des Sonderforschungsbereichs 536 „Reflexive Modernisierung“. Bonß studierte Soziologie, Politikwissenschaft, Germanistik, Geschichte und Rechtswissenschaften in München. Er habilitierte sich an der Universität Bremen. Seine Arbeitsschwerpunkte sind unter anderem Risiko und Unsicherheit in modernen Gesellschaften sowie Soziologie der Arbeit und Arbeitslosigkeit.



Anna Braam, geboren 1988, promoviert im Bereich „Nachhaltigkeit demokratischen Entscheidens“ an der Universität Oldenburg. Sie ist Vorstandsvorsitzende und Sprecherin der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen. Zudem gründete sie 2016 das Jugendforum „Next Generation“ am Bremer Übersee-Museum. Braam engagiert sich in der UN-Klimapolitik als Jugend-Delegierte und ist Mitglied im Jugendbündnis Zukunftsenergie sowie im Nationalen Netzwerk für Nachhaltigen Konsum der Bundesregierung. Sie studierte Politikwissenschaft an den Universitäten Duisburg-Essen, Turku und Bremen.



Prof. Michael Braum ist Diplom-Ingenieur, Geschäftsführender Direktor der Internationalen Bauausstellung Heidelberg und derzeit beurlaubter Professor am Institut für Städtebau und Entwerfen der Universität Hannover. Er studierte Stadtplanung und Städtebau an der Technischen Universität Berlin. Braum war Mitglied der Expertenbeiräte „Bau“ und „IBA“ der Bundesregierung, hat als Städtebauer und Stadtplaner über 30 Jahre praktiziert und war bis 2012 Vorsitzender der Jury des Deutschen Städtebaupreises. Von 2008 bis 2013 war er Gründungsvorstandsvorsitzender der Bundesstiftung Baukultur.



Prof. Dr. Johannes Brinkmann, geboren 1950, ist seit 2002 Professor für Wirtschafts- und Unternehmensethik an der Norwegian Business School BI in Oslo, seit 2016 ebenso an der Arctic University of Norway in Tromsø. Er studierte Soziologie an den Universitäten Münster und Oslo. Seine Forschungsinteressen innerhalb der Wirtschafts- und Unternehmensethik sind vor allem Marketing- und Konsumentenethik, Versicherung sowie Risk Management in wirtschaftsethischer Perspektive und sokratischer Dialog in Forschung und Lehre.



Dr. Bettina Brohmann ist im Öko-Institut e.V. seit 1984 als Projektleiterin und Bereichsleiterin im Bereich Energie und Klimaschutz tätig. Seit 2012 hat sie die Forschungscoordination für transdisziplinäre Nachhaltigkeitswissenschaften inne. Zu ihren Arbeitsfeldern gehören die Instrumentenbewertung und Programmgestaltung in den Bereichen Stadtentwicklung und Nachhaltiger Konsum sowie die wissenschaftliche Evaluation von transformativen Modellvorhaben, Reallaboren und Beteiligungsverfahren. Brohmann ist promovierte Sozialwissenschaftlerin und Regionalwissenschaftlerin.



Prof. Dr.-Ing. Ralph Bruder, geboren 1963, ist seit 2014 Vizepräsident für Studium, Lehre und wissenschaftlichen Nachwuchs der Technischen Universität Darmstadt. Er studierte Elektrotechnik in Darmstadt und promovierte dort 1992 im Fachbereich Maschinenbau. Ab 1996 war er Professor für Ergonomie im Design an der Universität Duisburg-Essen und leitete dort von 2002 bis 2005 das Institut für Ergonomie und Designforschung. Er war von 2002 bis 2006 Präsident der Zollverein School of Management and Design. Von 2011 bis 2015 war Bruder Präsident der Gesellschaft für Arbeitswissenschaft.



Friederike von Büнау ist seit 2006 Geschäftsführerin der EKHN Stiftung. Dort initiiert und fördert sie Projekte im Dialog von Kirche und Gesellschaft. Sie hat Wirtschaftswissenschaften studiert und für die Deutsche Lufthansa, danach für die Deutsche Bank im In- und Ausland gearbeitet. Im Beirat des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen leitet sie den Arbeitskreis „Frauen und Stiftungen“. Außerdem ist sie Vorstandsmitglied der Initiative Frankfurter Stiftungen. Seit 2016 ist sie als Dozentin für das Intensivstudium Stiftungsberatung an der European Business School Oestrich-Winkel tätig.



Prof. Dr. Thorsten Bürklin, geboren 1964, ist Professor für Geschichte und Theorie der Architektur an der Münster School of Architecture der Fachhochschule Münster. Er studierte Architektur und Philosophie in Karlsruhe und Florenz und schloss 1992 mit einem Diplom in Architektur ab. 1997 promovierte er in Karlsruhe im Fach Philosophie. Von 1994 bis 2002 lehrte Bürklin an der Technischen Hochschule Karlsruhe sowie während eines Gastaufenthalts an der Universität Padua. Anschließend war er an der Frankfurt University of Applied Sciences tätig.



Prof. Dr. Georg Cremer, geboren 1952, war von 2000 bis Juni 2017 Generalsekretär und Vorstand Sozialpolitik des Deutschen Caritasverbandes. Cremer studierte Volkswirtschaftslehre sowie Pädagogik in Freiburg, promovierte 1983 und habilitierte sich 1992. Von 1986 bis 1989 leitete er ein Entwicklungsprojekt in Indonesien und von 1990 bis 1999 war Cremer bei Caritas international tätig. Seit 1999 ist er außerplanmäßiger Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Freiburg. Er war von 1998 bis 2015 Lehrbeauftragter an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich.



León Díaz-Bone studierte Liberal Arts and Sciences und City Design and Social Sciences an der Universität Maastricht und der London School of Economics and Political Sciences. In seiner jüngsten Forschungsarbeit beschäftigte er sich mit Fragen der Gesundheit im urbanen Raum. Díaz-Bones Interessengebiete sind die Gestaltung des öffentlichen Raums und nachhaltige städtische Mobilität.



Dr. Marta Doehler-Behzadi, geboren 1957, ist seit 2014 Direktorin und Geschäftsführerin der Internationalen Bauausstellung Thüringen GmbH. Sie studierte Stadtplanung an der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar und promovierte 1986. Anschließend war sie für den Chefarchitekten der Stadt Leipzig und dann als freiberufliche Stadtplanerin in Leipzig, von 1993 bis 2007 als Mitinhaberin des „Büros für urbane Projekte“, tätig. Von 2007 bis 2014 leitete sie das Referat Baukultur und Städtebaulicher Denkmalschutz im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.



Janina Drewanz, geboren 1990, ist seit Sommer 2017 Redakteurin mit politikwissenschaftlichem Schwerpunkt beim „Katapult-Magazin“ für Kartografie und Sozialwissenschaft. Sie studierte Kommunikationswissenschaft und Politikwissenschaft an der Universität Greifswald sowie Politische Kommunikation an der Universität Bielefeld.



Wiebke Drews, geboren 1989, ist Ph.D.-Anwärterin am European University Institute, Department of Political and Social Sciences, in Florenz. Sie studierte Integrated Social Sciences an der Jacobs University Bremen und absolvierte 2013 den Erasmus Mundus Doppelabschluss Master of Arts Politics and Security am University College London, und Master of Arts Social Sciences an der Universität Tartu. Von 2014 bis 2015 war sie Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität der Bundeswehr München. Von 2015 bis 2017 war Drews Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung.



Uta-Micaela Dürig, geboren 1964, ist Stellvertretende Vorsitzende der Geschäftsführung der Robert Bosch Stiftung, Stuttgart. Sie verantwortet die vier Fördergebiete Gesundheit, Wissenschaft, Gesellschaft und Bildung sowie das Projekt „Education Sub-Saharan Africa“ (ESSA). Nach verschiedenen Stationen bei Tageszeitungen arbeitete sie ab 1990 in der ersten Gesamtberliner Regierung sowie über 20 Jahre in führenden Funktionen von Wirtschaftsunternehmen, unter anderem für ABB AG, RWE AG und Robert Bosch GmbH.



Prof. Dr. Alexander Ebner, geboren 1967, ist seit 2009 Professor für Politische Ökonomie und Wirtschaftssoziologie an der Goethe-Universität in Frankfurt. Dort studierte er Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre und promovierte am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften. Er habilitierte sich an der Universität Erfurt und lehrte an der Grenoble Ecole de Management sowie der Jacobs University Bremen. Schwerpunkte seiner Forschung sind Unternehmertum und Innovation, der Vergleich von Wirtschaftssystemen sowie Ideengeschichte.



Tim Ehlers, geboren 1983, ist seit 2016 Redakteur beim „Katapult-Magazin“ für Kartografie und Sozialwissenschaft und dort vor allem als Layouter und Lektor tätig. Er hat Germanistik, Kunstgeschichte und Deutsch als Fremdsprache an der Universität Greifswald studiert. Sein wissenschaftliches Hauptinteresse liegt im Bereich der Sprachwissenschaft.



Dr. Christof Eichert, geboren 1953, ist seit Januar 2017 Mitglied des Vorstands der Schader-Stiftung. Der Jurist war von 1985 bis 2003 als Bürgermeister und Oberbürgermeister, anschließend in der Geschäftsleitung der Bertelsmann Stiftung und der Hertie-Stiftung tätig. Von 2007 bis 2010 war er Abteilungsleiter im Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen und bis 2016 Geschäftsführender Vorstand der Herbert Quandt-Stiftung. Seit 2014 ist Eichert Stiftungsrat der PwC-Stiftung. 2016 wurde er in den Stiftungsrat der Schader-Stiftung gewählt.



Dr. Hermann Falk, geboren 1967, ist Vorstand der GLS Treuhand. Er studierte Jura in Saarbrücken und Tübingen und promovierte 1996. Nach dem Berufseinstieg als Rechtsanwalt wurde Falk zunächst Leiter des Rechtsbereichs des Goethe-Instituts in München. Von 2004 bis 2012 war er Stellvertretender Generalsekretär des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen in Berlin und anschließend bis 2016 Geschäftsführer des Bundesverbandes Erneuerbare Energie in Berlin. Nebenberuflich ist Hermann Falk unter anderem Aufsichtsratsvorsitzender der Naturstrom AG.



Dr. Karin Fehres, geboren 1959, ist Vorstand für Sportentwicklung des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) sowie Ressortleiterin für Chancengleichheit und Diversity. Sie studierte Sport und Latein an den Universitäten Mainz und Berlin und promovierte an der Freien Universität Berlin. Fehres war unter anderem Bildungsreferentin und anschließend Generalsekretärin des Allgemeinen Deutschen Hochschulsportverbands. Von 2000 bis 2006 leitete sie das Sportamt der Stadt Frankfurt am Main. Sie vertritt den DOSB im Trägerkreis des Bündnisses für Gemeinnützigkeit.



Saskia Flegler, geboren 1990, ist seit 2017 für die Schader-Stiftung tätig, zunächst als Praktikantin, anschließend als Wissenschaftliche Mitarbeiterin in den Bereichen Jugend und Nachhaltigkeit. Flegler studierte an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg Political and Social Studies und schloss mit dem Bachelor ab. Anschließend absolvierte sie den Masterstudiengang Governance und Public Policy an der Technischen Universität Darmstadt. Ab 2018 ist sie als Wissenschaftliche Referentin schwerpunktmäßig im Projekt „S.NE Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung“ der Schader-Stiftung beschäftigt.



Benjamin Fredrich, geboren 1987, ist Gründer und Chefredakteur des sozialwissenschaftlichen und kartografischen „Katapult-Magazins“. Er studierte Politikwissenschaft und Geschichte an der Universität Greifswald. Aktuell promoviert er im Bereich der Politischen Theorie zu dem Thema „Die Theorie der radikalen Demokratie und die Potentiale ihrer Instrumentalisierung durch Rechtspopulisten“.



Andreas Freimüller ist Gründungsmitglied und Präsident des Schweizer Vereins Campax, der sich mit Hilfe der sozialen Medien für eine solidarische Gesellschaft, eine nachhaltige Wirtschaft und eine intakte Umwelt einsetzt. Er war vorher Aktivist bei Greenpeace und ist seit 15 Jahren als Berater tätig.



Tabea Freutel, geboren 1983, ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Kooperativen DFG-Graduiertenkolleg „Doing Transitions“ der Goethe-Universität Frankfurt am Main und der Eberhard Karls Universität Tübingen. Freutel studierte Kulturwissenschaften in Frankfurt (Oder). Anschließend absolvierte sie das Masterstudium Urban Studies (4Cities) in Brüssel, Wien, Kopenhagen und Madrid. Von 2012 bis 2014 war sie Projektleiterin bei der Robert Bosch Stiftung. Ihre Promotion befasst sich mit dem Übergang zu selbstständiger Mobilität von Kindern in Berlin und New York City.



Verena Fries, geboren 1985, ist Diplom-Soziologin und seit 2012 bei der Schader-Stiftung in Darmstadt tätig, seit 2013 als Assistentin des Stifters. Inhaltlich ist sie derzeit verantwortlich für die Themen Öffentliche Wissenschaft und Human Enhancement. Verena Fries studierte an der Technischen Universität Darmstadt Soziologie mit dem Schwerpunkt Bildung und Macht.



Prof. Dr. Martin Führ, geboren 1958, ist seit 1994 Professor für Öffentliches Recht, Rechtstheorie und Rechtsvergleichung an der Hochschule Darmstadt und leitet dort die Sonderforschungsgruppe Institutionenanalyse (sofia). Er promovierte und habilitierte an der Goethe-Universität Frankfurt am Main und war für das Öko-Institut e.V. tätig. Von 2008 bis 2015 war er von der Europäischen Kommission ernannter Verwaltungsrat der Europäischen Chemikalienagentur. 2016 bestellte ihn der Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages zum „Diesel-Skandal“ zum juristischen Sachverständigen.



Jens Geisse, geboren 1983, forscht aktuell im Rahmen seiner Promotion auf dem Gebiet der Technikphilosophie zum Programmieren als Tätigkeit und zu Code als Gegenstand menschlicher Erfahrungsprozesse. Er studierte Soziologie an den Universitäten Freiburg und Marburg sowie Informatik an der Technischen Universität Darmstadt. Von 2015 bis 2017 war er Koordinator von IANUS, einer Forschungsplattform für interdisziplinäre Friedensforschung in Darmstadt.



Alexander Gemeinhardt, geboren 1973, ist seit 2013 Vorsitzender des Vorstands und Direktor des Stiftungszentrums der Schader-Stiftung in Darmstadt. Er studierte Religionspädagogik, Sozialwesen und Soziale Verhaltenswissenschaften. Von 2000 bis 2003 war er Geschäftsführer des Evangelischen Bundes Hessen und Nassau, anschließend Geschäftsführer und Referent für Publizistik des Konfessionskundlichen Instituts in Bensheim. Gemeinhardt vertritt die Schader-Stiftung in verschiedenen Beiräten und gehört der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an.



Benedetta Gennaro Ph.D. ist seit Mai 2016 Koordinatorin für Flüchtlingsintegration an der Technischen Universität Darmstadt (TUD). Sie studierte Soziologie, Media und Italian Studies an der Sapienza University of Rome, der Miami University in Oxford, USA und der Brown University, Providence, USA, wo sie 2010 auch promovierte. Benedetta Gennaro war von 2011 bis 2013 Vertretungsprofessorin am Institut für Soziologie der Goethe-Universität in Frankfurt. Von 2015 bis 2016 war sie im Schwerpunkt Gender und Visual Studies am Institut für Soziologie der TUD tätig.



Dr. Wolfgang Gern, geboren 1951, ist evangelischer Pfarrer. Nach Theologiestudium und Promotion war er Hochschulassistent in Heidelberg und Gemeindepfarrer. Er arbeitete als Flüchtlingshelfer in Laos und Kambodscha, studierte dann als Postgraduate in Bangalore, Indien. Seit 1996 war er Leiter des Seminars für Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt in Mainz und von 2000 bis 2016 Vorstandsvorsitzender der Diakonie Hessen. Von 2007 bis 2011 amtierte er als Sprecher der Nationalen Armutskonferenz. Er ist Gastdozent an protestantischen Universitäten in Ruanda, Indonesien und auf den Philippinen.



Prof. Dr. Wolfgang Glatzer, geboren 1944, lehrte von 1984 bis 2009 Soziologie mit dem Schwerpunkt sozialstruktureller und kultureller Wandel am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Er hat Soziologie, Volkswirtschaftslehre und Sozialpolitik studiert, war anfangs als Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschung tätig und promovierte 1978. Seine vorrangigen Arbeitsgebiete sind Sozialstruktur, Lebensqualität, Haushalts- und Wohlfahrtsproduktion; in methodischer Hinsicht befasst er sich mit Sozialindikatorenforschung und Sozialberichterstattung.



Prof. Dr. Nils Goldschmidt, geboren 1970, ist seit 2013 Professor für Kontextuale Ökonomik und ökonomische Bildung sowie seit 2015 Direktor des Zentrums für Lehrerbildung und Bildungsforschung an der Universität Siegen. Er studierte Theologie und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Freiburg. Anschließend war er unter anderem Professor im Lehrgebiet Sozialpolitik und Sozialverwaltung an der Hochschule für angewandte Wissenschaften München. Goldschmidt ist Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft und Stellvertretender Vorstand des Wilhelm-Röpke-Instituts.



Isabella Göring ist Geschäftsführerin der Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen (AKH) und Leiterin der Akademie sowie der Managementberatung der AKH. Göring ist Diplom-Ingenieurin und Architektin. Sie absolvierte ein Studium der Architektur in Wiesbaden. Seit 2004 ist Göring für die AKH tätig, wo sie sich sowohl mit Themen aus den Bereichen Architektur und Stadtplanung, mit berufspolitischen und baukulturellen Belangen, mit der Entwicklung von Weiterbildungskonzepten für Architekten und Architektinnen als auch mit betriebswirtschaftlichen Aspekten des Berufsstandes beschäftigt.



László Göring, geboren 1994, studiert Kulturanthropologie und Philosophie an der Georg-August-Universität Göttingen mit den Schwerpunkten soziale Ungleichheit, nationale Identität und postkoloniale Theorie. 2017 war er Praktikant der Schader-Stiftung.



Prof. Dr. Marion Großklaus-Seidel, geboren 1957, ist Präsidentin der Evangelischen Hochschule Darmstadt. Sie studierte Evangelische Theologie und Pädagogik in Bochum und an der Kirchlichen Hochschule Wuppertal. Von 1985 bis 1990 arbeitete sie als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Internationale Erwachsenenbildung der Universität Bochum. Anschließend war sie Pastorin im Kirchlichen Dienst der Polizei und Ethikdozentin an der Polizei-Führungsakademie in Münster. Seit 1995 ist sie Professorin für Ethik und Erwachsenenbildung an der Evangelischen Hochschule Darmstadt.



Jessica Haase, geboren 1983, ist Referentin im Direktorium des Leibniz-Instituts für Bildungsverläufe e.V. in Bamberg und dort zuständig für die Bereiche Institutsentwicklung und Evaluierung. Sie war von 2008 bis 2016 am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung tätig und zuletzt Wissenschaftliche Koordinatorin am Munich Center for Technology in Society der Technischen Universität München. Haase studierte Politikwissenschaft an den Universitäten München und Bremen und schloss mit dem Executive MPA an der Hertie School of Governance ab.



Dr. Friederike Habermann ist Autorin, Aktivistin und freie Akademikerin, zudem Ökonomin, Historikerin und in Politischer Wissenschaft promoviert. Ihr besonderes Interesse gilt dem Verwobensein von Ökonomie mit Rassismus und Sexismus, sozialen Bewegungen für eine emanzipatorische Globalisierung sowie alternativen Wirtschaftsformen. In Habermanns aktuellem Projekt „ecommony. UmCARE zum Miteinander“ lotet sie aus, wie eine auf Commons beruhende und in Care-Logik strukturierte Gesellschaft Wirklichkeit werden könnte.



Kibreb Habtemichael, geboren 1984, ist Promotionskandidat an der Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer und Lehrbeauftragter an der Hochschule Darmstadt. Zudem leitet er das Viernheimer Integrationsbüro „Helping Hands“ und ist Mitglied des Ausländerbeirats der Stadt Viernheim. Er studierte Geographie, Umweltforschung und Geopolitik. Von 2007 bis 2013 war er als Dozent an der Universität in Addis Abeba, Äthiopien, tätig. Seit 2017 ist er Mitglied im Fachbeirat „Integrationspotenziale in Gesellschaftswissenschaften und Praxis“ der Schader-Stiftung.



Dr. Claudius Härpfer, geboren 1981, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Er studierte Soziologie, Philosophie und Politologie in Würzburg, Frankfurt am Main und Zürich. 2012 promovierte er mit einer netzwerksoziologischen Studie über Georg Simmel. Er war Mitarbeiter der Frankfurter Arbeitsstelle der Max Weber-Gesamtausgabe. Seit 2017 ist er im Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Netzwerkforschung. Er arbeitet zur Geschichte der Soziologie, zu Soziologischer Theorie und sozialen Netzwerken.



Dr. Ulrich Hatzfeld, geboren 1953, leitet seit 2006 verschiedene Unterabteilungen im Bundesbauministerium und ist aktuell Leiter der Unterabteilung Grundsatzangelegenheiten und planungsrelevante Rechtsetzung im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Er studierte Stadt-, Regional- und Landesplanung an der Universität Dortmund. Hatzfeld war Inhaber des Büros Hatzfeld-Junker, Stadtforschung/Stadtplanung. Von 1996 bis 2006 war er Gruppenleiter Stadtentwicklung im Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen.



Prof. Dr. Michael Haus ist seit 2012 Professor für Moderne Politische Theorie an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Er studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Philosophie in Frankfurt am Main und Heidelberg. Nach seiner Habilitation an der Technischen Universität Darmstadt wurde er 2009 Professor für Politische Theorie an der Universität Kassel. Bis 2015 war Michael Haus Sprecher des Arbeitskreises „Lokale Politikforschung“ sowie Mitglied im Beirat der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Er ist Mitglied der Redaktion der „Politischen Vierteljahresschrift“.



Dr. Anika Haverig ist seit 2013 als Förderreferentin bei der VolkswagenStiftung in Hannover tätig. Im Förderteam „Internationales“ ist sie zuständig für die Bereiche Soziologie und Erziehungswissenschaften und betreut verschiedene thematische Förderprogramme. Nach dem Studium der Sozialwissenschaften und Mathematik an der Universität Bielefeld, der Massey University und der University of Canterbury in Neuseeland promovierte sie im Fach Soziologie an der University of Kent in Großbritannien.



Dr. Henriette Heidbrink, geboren 1976, ist Inhaberin des Erzählwerk in Darmstadt, einem Büro für Kommunikationsberatung. Zudem lehrt sie als Vertretungsprofessorin im Studiengang Onlinejournalismus an der Hochschule Darmstadt. Heidbrink studierte Medienwissenschaften, Psychologie und Philosophie an Universitäten in Dresden, Granada und Siegen, wo sie 2009 im DFG-Forschungskolleg „Medienumbrüche“ promovierte. Anschließend war sie unter anderem als Geschäftsführerin und Referentin für Weiterbildung und Forschung im House of IT e.V. tätig.



Michael Heider, geboren 1996, ist Mitgründer und Geschäftsführer des gemeinnützigen Unternehmens ProjectTogether, das junge Menschen unterstützt, innovative soziale Projekte zu entwickeln und umzusetzen. Heider gründete das Unternehmen während seiner Schulzeit und hat sein Interesse zum Beruf gemacht. Parallel studiert er Volkswirtschaftslehre an der Humboldt-Universität zu Berlin und setzt sich dafür ein, wie Bildung neu gedacht werden kann.



Dr. Reinhard Hempelmann, geboren 1953, leitet seit 1999 die Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW) und ist zudem seit 2003 Lehrbeauftragter an der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig. Hempelmann studierte Theologie in Bethel und Heidelberg. Er ist Pfarrer der Evangelischen Kirche von Westfalen. Von 1980 bis 1984 war Hempelmann Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Osnabrück und promovierte an der Theologischen Fakultät der Universität Heidelberg.



Jens Hollmann ist Ideengeber und Initiator von Kommunal-Dialog sowie Lehrbeauftragter mit den Schwerpunkten Führungskräfteentwicklung, Kultur- und Organisationsberatung in öffentlichen und privatwirtschaftlichen Institutionen. Sein Fokus richtet sich seit mehr als 20 Jahren in der Beratung auf das komplexe und facettenreiche Gebiet, nachhaltige Veränderungsprozesse zu gestalten und zu begleiten.



Dr. Ulrike Höppner, geboren 1977, ist Politikwissenschaftlerin und hat nach ihrer Promotion 2011 insbesondere zu Fragen von Internet und Gesellschaft geforscht, unter anderem im „Global Privacy Governance Network“ am Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft, an der Humboldt-Universität zu Berlin und an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Sie lehrt an der Freien Universität Berlin und der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder). Derzeit ist sie als Referentin bei der Travis Foundation in Berlin für die Projektentwicklung zuständig.



Dr. Maïke Hora, geboren 1971, ist Gründerin und Geschäftsführerin der Firma e-hoch-3, die Unternehmen und Kommunen in Fragen der Nachhaltigkeit berät und zur Entwicklung nachhaltiger Systeme und Produkte forscht. Hora studierte an der Technischen Universität Darmstadt Bauingenieurwesen und promovierte dort am Fachgebiet Abfalltechnik. Sie ist derzeit Lehrbeauftragte der Hochschule Darmstadt und war Lehrbeauftragte für Umwelttechnik an der Hochschule Rhein-Main und der Fachhochschule Mainz. Als Expertin für ressourcenoptimierte Produktgestaltung wirkt sie im PIUS-Netzwerk Deutschland mit.



Jens Hübertz, geboren 1991, studiert an der Goethe-Universität Frankfurt am Main den Masterstudiengang Soziologie mit den Schwerpunkten soziale Ungleichheit, Wohlfahrtsstaat und feministische Theorie. In der Hochschulpolitik und in verschiedenen Initiativen setzt er sich für eine stärkere studentische Selbstverwaltung des Universitätsgeländes ein. 2016 war er Praktikant der Schader-Stiftung.



Prof. Dr. Ludger Hünnekens, geboren 1953, ist Kulturreferent und Erster Betriebsleiter des Eigenbetriebs Kulturinstitute der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Er studierte Klassische Archäologie, Kunstgeschichte, Geschichte und Philosophie an der Universität Freiburg, wo er 1987 promovierte. Hünnekens war für das Zentrum für Kunst und Medien Karlsruhe, die Allianz Kulturstiftung und den Kulturkreis der deutschen Wirtschaft tätig, dann Rektor der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste Stuttgart. Er hat eine Honorarprofessur für Kulturmanagement an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg inne.



Dr. Hannah Jacobmeyer, geboren 1969, leitet die Geschäftsstelle des Aktivoli-Landesnetzwerks Hamburg e.V., einer Plattform für bürgerschaftliches Engagement. Nach dem Studium der Anglistik, Romanistik und Politikwissenschaft an den Universitäten Bonn und Münster promovierte Jacobmeyer an der Universität Erlangen-Nürnberg. Von 2000 bis 2012 war sie Programmleiterin bei der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius. Von 2012 bis 2016 koordinierte sie den Qualitätspakt Lehre an der Leuphana Universität Lüneburg.



Prof. Dr. Gisela Jakob ist Professorin für Soziale Arbeit an der Hochschule Darmstadt. Sie studierte Erziehungswissenschaft an der Universität Marburg, promovierte 1990 an der Fernuniversität Hagen und war dann als Wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig. Jakob war Stellvertretende Leiterin der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestags. Ihre Forschungsschwerpunkte sind unter anderem Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement. Seit 2017 ist sie Mitglied im Fachbeirat „Integrationspotenziale in Gesellschaftswissenschaften und Praxis“ der Schader-Stiftung.



Prof. Dr. Nina Janich, geboren 1968, hat seit 2004 die Professur für Germanistische Linguistik an der Technischen Universität Darmstadt inne. Sie studierte Germanistik, Geschichte, Publizistik und Philosophie in Marburg, Mainz und Regensburg. Ebenfalls in Regensburg promovierte sie 1997 und habilitierte im Jahr 2003. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Wissenschaftskommunikation, Werbe- und Wirtschaftskommunikation, Sprachkultur und Sprachkritik sowie Text- und Diskurslinguistik. Janich ist unter anderem Mitglied der acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften e.V.



Prof. Dr. Otfried Jarren, geboren 1953, ist seit 1997 Professor am Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich. Er studierte Publizistik, Politikwissenschaft, Volkskunde und Soziologie an der Universität Münster. Anschließend war er an der Freien Universität Berlin und als Professor für Journalistik und Regierungslehre an der Universität Hamburg tätig. Er ist seit 2013 Präsident der Eidgenössischen Medienkommission. Seit 2016 hat er eine Honorarprofessur für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Freien Universität Berlin inne.



Dr. Alexander Jehn, geboren 1965, ist seit Mai 2017 Direktor der Landeszentrale für politische Bildung in Wiesbaden. Nach dem Studium der Politischen Wissenschaft, Geschichte, Slawistik, Soziologie und Psychologie hatte er zwischen 1999 und 2017 verschiedene Funktionen im Hessischen Kultusministerium inne. Alexander Jehn ist Mitglied des Stiftungsrates der Point Alpha Stiftung und Mitglied der Bildungskommission der Deutschen UNESCO-Kommission sowie ehrenamtlicher Präsident der Stiftung Jugend und Bildung.



Richard Jordan, geboren 1965, ist seit Januar 2016 Vorsitzender des Städtelternbeirates Darmstadt. Er studierte Elektrotechnik an der Technischen Universität Darmstadt. Beruflich ist der Diplom-Ingenieur als Referent der Industrie- und Handelskammer Darmstadt für die Themen Innovationsmanagement, Qualitätsmanagement, Automatisierung und Industrie zuständig. Er ist zudem Geschäftsführer des Mikrosystemtechnik-Netzwerks Rhein-Main e.V. und des Vereins Automatisierungsregion Rhein Main Neckar e.V.



Prof. Dr. Roland Kaehlbrandt, geboren 1953, ist seit 2008 Vorstandsvorsitzender der Stiftung Polytechnische Gesellschaft in Frankfurt am Main, deren Vorstand er seit 2006 angehörte. Er studierte Romanistik, Germanistik und Völkerkunde an der Universität zu Köln, wo er 1989 mit einer linguistischen Arbeit promovierte. Von 1993 bis 1999 war er Kommunikationschef der Bertelsmann Stiftung und anschließend Geschäftsführer der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung in Frankfurt. Er lehrt seit 2016 als Honorarprofessor für Sprache und Gesellschaft an der Alanus Hochschule für Kunst und Gesellschaft.



Dr. Albrecht Graf von Kalnein, geboren 1962, ist Vorstand der Werner Reimers Stiftung in Bad Homburg. Er studierte Geschichte, Romanistik und Germanistik in Graz, Madrid und Freiburg. Seit 2007 ist er Lehrbeauftragter des Historischen Seminars der Universität Mainz. Zuvor war er in der Thüringer Staatskanzlei sowie für die Krupp Stiftung in Essen und die ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius in Hamburg tätig. Er ist zudem Mitglied des Stiftungsrats der Evangelischen Schulstiftung in Mitteldeutschland, Erfurt, sowie Gründer der Firma Stiftung Plus für Beratung, Aufbau- und Programmarbeit.



Mischa Kemmerer, geboren 1986, ist Mitarbeiter der AIDS-Hilfe Hanau und Main-Kinzig-Kreis e.V. Zudem studiert er im Masterstudiengang Soziale Arbeit an der Evangelischen Hochschule Darmstadt (EHD). Nach einer Ausbildung als Sozialversicherungsfachangestellter war er vier Jahre in diesem Bereich tätig. Anschließend schloss er ein Studium in Sozialer Arbeit und Sozialpädagogik an der EHD mit dem Bachelor ab. Seine theoretischen Schwerpunkte liegen auf der Machtanalytik nach Foucault sowie der Drogenhilfearbeit und Drogenpolitik.



Jürgen Kerwer, geboren 1956, ist Ständiger Vertreter des Direktors und Leiter des Referats Publikationen, Öffentlichkeitsarbeit, Bibliothek und Versand der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung. Er studierte Sozialarbeit an der Evangelischen Fachhochschule Darmstadt. Zudem ist Kerwer systemischer Supervisor und Organisationsberater.



Prof. Dr. Doron Kiesel, geboren 1949, ist seit 2012 Wissenschaftlicher Direktor der Bildungsabteilung im Zentralrat der Juden in Deutschland. Er studierte Sozial- und Erziehungswissenschaften an den Universitäten Jerusalem, Frankfurt am Main und Heidelberg. Danach war er unter anderem als Studienleiter zu Fragen der Migration und Integration von ethnischen Minderheiten in Deutschland und Europa an der Evangelischen Akademie in Arnoldshain tätig. Von 1998 bis 2016 hatte er die Professur für Interkulturelle und Internationale Pädagogik und Soziale Arbeit an der Fachhochschule Erfurt inne.



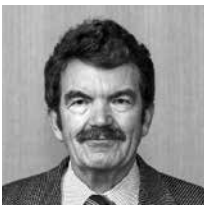
Prof. Dr. Dres. h.c. Paul Kirchhof, geboren 1943, ist seit 2013 Seniorprofessor *distinctus* der Universität Heidelberg. Dort lehrt er seit 1981 Öffentliches Recht und war Direktor des Instituts für Finanz- und Steuerrecht. Er studierte Rechtswissenschaften in Freiburg und München und hatte eine Professur für Öffentliches Recht an der Universität Münster inne. Von 1987 bis 1999 war er Richter des Bundesverfassungsgerichts. Kirchhof war von 2013 bis 2015 Präsident der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Er erhielt 2012 den Schader-Preis und ist Mitglied des Senats der Schader-Stiftung.



Dr. Silke Kleihauer leitet die Nachhaltigkeitsaktivitäten an der Hochschule Darmstadt (*h_da*). Sie studierte Biologie und Chemie und promovierte in Tübingen zu einem Thema an der Schnittstelle von Ökologie, Biotechnologie, Wissenschaftstheorie und Recht. Sie hat sich auf inter- und transdisziplinäre Forschungsprojekte spezialisiert, die sie seit 2001 in der Sonderforschungsgruppe Institutionenanalyse (*sofia*) bearbeitet. Zudem entwickelte sie den Masterstudiengang „Risk Assessment and Sustainability Management“ und rief die „Initiative: Nachhaltige Entwicklung in der *h_da*“ (*I:NE*) ins Leben.



Nicolai Koch, geboren 2000, ist Schüler des Lichtenberg-Gymnasiums und Stadtschulsprecher in Darmstadt. Seit 2015 ist Koch im Jugendforum Darmstadt aktiv. Für sein ehrenamtliches Engagement als Mitwirkender in verschiedenen Arbeitsgemeinschaften erhielt er 2016 und 2017 den „Preis für Gesicht zeigen!“ der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Darüber hinaus war Koch an der Organisation von „Rock gegen Rechts“, dem Alternativen Bildungstag sowie dem 10. Jugendkongress beteiligt.



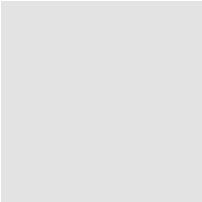
Prof. Dr. Jürgen Kohl, geboren 1946, ist emeritierter Professor am Max-Weber-Institut für Soziologie der Universität Heidelberg mit Schwerpunkt Sozialstrukturanalyse und Politische Soziologie. Er studierte Soziologie, Wirtschaftswissenschaften und Politikwissenschaft an den Universitäten Frankfurt und Bielefeld und promovierte an der Universität Mannheim. Kohl war Wissenschaftlicher Angestellter am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, zudem Jean Monnet Fellow am European University Institute in Florenz und Gastprofessor an der Northwestern University in Evanston, USA.



Michael Kolmer, geboren 1970, leitet seit 2005 das Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Er studierte Geographie an der Technischen Universität Darmstadt. Nach beruflichen Stationen an der Technischen Universität Darmstadt und beim Land Baden-Württemberg wurde er 2000 Stellvertretender Leiter der Darmstädter Wirtschaftsförderung. Kolmer vertritt die Stadt Darmstadt bei der Organisation des gemeinsam mit der Schader-Stiftung veranstalteten „Runden Tisches Wissenschaftsstadt Darmstadt“.



Prof. Dr. Bernhard Köster, geboren 1972, hat an der Frankfurt University of Applied Sciences eine Professur für Volkswirtschaftslehre und Quantitative Methoden inne. Er studierte Physik und Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Heidelberg und Uppsala und promovierte im Anschluss an der Universität Heidelberg zum Thema Geldpolitik. Köster lehrte an verschiedenen Fachhochschulen sowie an der Shanghai International Studies University. Außerdem gehörte er dem Wissenschaftlichen Stab des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung an.



Prof. Dr. Michaela Köttig, geboren 1965, ist Vorstandsvorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit und seit 2009 Professorin für Kommunikation, Gesprächsführung und Konfliktbewältigung an der Frankfurt University of Applied Sciences. Sie studierte Sozialwesen, Politik und Soziologie an der Universität Kassel und promovierte an der Universität Göttingen. Köttig war in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie als Jugendbildungsreferentin tätig. Seit 2017 ist sie Mitglied im Fachbeirat „Integrationspotenziale in Gesellschaftswissenschaften und Praxis“ der Schader-Stiftung.



Wulf Kramer, geboren 1983, ist Mitinhaber des 2014 gegründeten Architekturbüros Yalla Yalla! – studio for change in Mannheim. Er studierte Architektur an der Universität Stuttgart, der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste Stuttgart und der Technischen Universität Delft sowie Soziale Innovation an der Donau-Universität Krems. Von 2014 bis 2017 arbeitete er als Assistent am Institut für Nachhaltigkeit, Baukonstruktion und Entwerfen der Universität Stuttgart.



Dr. Thomas Kreuzer, geboren 1967, ist Theologe und Kommunikationswirt. Seit 1999 ist er Geschäftsführer der Fundraising Akademie in Frankfurt am Main. Er studierte in Rom, Frankfurt am Main und Heidelberg Theologie und Kommunikationswissenschaft und promovierte im Fach Sozialethik. Kreuzer ist Mitglied im Präsidium von World Vision Deutschland. Seit 2007 ist er Vorsitzender, seit 2017 Präsident der Frankfurter Bibelgesellschaft.



Dr. Rudolf Kriszeleit, geboren 1955, ist Rechtsanwalt und war bis 2014 Staatssekretär im Hessischen Ministerium der Justiz, für Integration und Europa. Er studierte Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre in Frankfurt am Main, war bei der Staatsanwaltschaft am Landgericht Frankfurt und im Hessischen Ministerium der Finanzen tätig. Von 1995 bis 2001 war er Leiter der Finanzabteilung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, anschließend Vorstandsmitglied der Investitionsbank Hessen. Er ist seit 2014 Mitglied der Stiftungsratsleitung der Schader-Stiftung, seit 2016 deren Vorsitzender.



Svenja Kück, geboren 1988, ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin an der Universität Heidelberg. Ihr Promotionsvorhaben ist eingebunden in das Teilprojekt „Dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden“ des Reallabors Asylsuchende in der Rhein-Neckar-Region. Sie studierte Kulturanthropologie und Französisch in Göttingen und Aix-en-Provence. Am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien der Universität Osnabrück schloss sie den interdisziplinären Masterstudiengang Migrationsforschung mit dem Master of Arts ab.



Prof. Dr. Thomas Kunz, geboren 1962, ist seit 2008 Professor am Fachbereich Soziale Arbeit der Frankfurt University of Applied Sciences. Er studierte Sozialwissenschaften an der Goethe-Universität Frankfurt. Anschließend war er Mitarbeiter im Amt für multikulturelle Angelegenheiten in Frankfurt, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. in Frankfurt am Main und Referent im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Seit 2017 ist er Mitglied im Fachbeirat „Integrationspotenziale in Gesellschaftswissenschaften und Praxis“ der Schader-Stiftung.



Dr. Sebastian Kurtenbach, geboren 1987, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Koordinator des Forschungsclusters „Migration, Raum und Sozialer Wandel“ am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld, zuvor an der Ruhr-Universität Bochum. Er studierte von 2006 bis 2013 Soziale Arbeit an der Fachhochschule Düsseldorf und Sozialwissenschaft im Studienprogramm Stadt- und Regionalentwicklung an der Ruhr-Universität Bochum. Von 2013 bis 2016 promovierte er an der Universität zu Köln. Seit 2017 ist er Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung.



Dr. Ulrich Kuther, geboren 1963, leitet seit 2004 im Auftrag der Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie als Bevollmächtigter der Geschäftsführung die „hessenstiftung – familie hat zukunft“ mit den Schwerpunkten zukunftsorientiertes Aufwachsen von Kindern und Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Er studierte Katholische Theologie in Mainz, Angers und Tübingen und promovierte in Frankfurt zum Dr. phil. Auf praktische Jahre in der Gemeindearbeit folgten Weiterbildungen in Kommunikation und Rhetorik, in Betriebswissenschaft und zum Stiftungsmanager.



Jana Kutschmann, geboren 1991, ist Mitgründerin der Nachhaltigkeitsberatung „Sustainable Thinking“, welche sich aus ihrem Masterstudiengang Risk Assessment and Sustainability Management entwickelt hat. Zudem ist sie seit dem Wintersemester 2016/17 Lehrbeauftragte für Umweltmanagement an der Hochschule Darmstadt (h_da). Sie war bis Juni 2017 Wissenschaftliche Mitarbeiterin eines Forschungsprojekts zum Thema Ökobilanzen an der h_da. 2014 schloss sie ihren Bachelor Umwelt- und Betriebswirtschaft am Umwelt-Campus Birkenfeld ab.



Dr. Thorsten Latzel, geboren 1970, ist seit 2013 Direktor der Evangelischen Akademie Frankfurt. Er studierte Evangelische Theologie an der Universität Marburg und promovierte 2002 im Rahmen des DFG-Graduiertenkollegs „Religion und Normativität“ an der Universität Heidelberg. Von 2000 bis 2005 arbeitete Latzel zunächst als Vikar und anschließend als Pfarrer im Kirchenkreis Hanau-Land. Er war von 2005 bis 2012 im Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland als Oberkirchenrat tätig, seit 2007 leitete er zudem das Projektbüro im Reformprozess „Kirche im Aufbruch“.



Dr. Jutta Lauth Bacas, geboren 1956, ist Sozialanthropologin mit dem Schwerpunkt Migration in Deutschland und Griechenland. Ihre Forschungsthemen sind Arbeitsmigration, transnationale Migration, Flucht und Asyl unter besonderer Berücksichtigung der Bootsmigration auf die Insel Lesbos. Nach der Promotion in Zürich war sie als Wissenschaftliche Mitarbeiterin an den Universitäten Zürich, Bern und Fribourg/Schweiz sowie an der Wissenschaftsakademie in Athen tätig. Sie ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Südosteuropa Gesellschaft und des Netzwerks Migration in Europa.



Dr. Bettina Lelong ist seit September 2017 Wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Stadt- und Regionalplanung Dr. Jansen in Köln. Sie forschte neun Jahre am ILS Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung zu Durchsetzungsprozessen und Nutzungskonflikten in der Stadtentwicklung sowie zur Weiterentwicklung der Netzwerkforschung und ihrer Anwendung in der Stadtforschung. Lelong studierte Architektur an der Technischen Universität Berlin und promovierte an der HafenCity Universität Hamburg. Sie ist Mitbegründerin und Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Netzwerkforschung.



Dr. Roland Lentz, ist Leiter des Geschäftsbereichs Innovation und Umwelt der Industrie- und Handelskammer Darmstadt. Er studierte an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und promovierte dort am Fachbereich Biologie. Von 1994 bis 1998 war er als Professor für betriebliches Umweltmanagement an der Fachhochschule Wedel tätig und arbeitete anschließend selbstständig als Umweltberater.



Prof. Dr. Joachim-Felix Leonhard, geboren 1946, studierte Geschichte, Klassische Philologie, Historische Hilfswissenschaften und Philosophie in Frankfurt am Main und Heidelberg. Er war Generalsekretär des Goethe-Instituts und Staatssekretär im Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst. Leonhard ist Honorarprofessor für Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin und war Gründungspräsident der Von-Behring-Röntgen-Stiftung in Marburg. Von 2008 bis 2013 war Leonhard Vorsitzender des Kuratoriums sowie von 2013 bis April 2016 Vorsitzender des Stiftungsrats der Schader-Stiftung.



Prof. Dr. Beate Lindemann, geboren 1964, ist Professorin für Angewandte deutsche Sprachwissenschaft und Deutsch als Fremdsprache an der Fakultät für Humaniora, Gesellschaftswissenschaften und Lehrerbildung der Universität Tromsø, Norwegen. Sie studierte Deutsch als Fremdsprache, Skandinavistik sowie Latein ebenfalls in Tromsø und promovierte dort 1994. Ihre Forschungsgebiete sind German Studies, kontrastive Linguistik, multiples Sprachenlernen, Fremdsprachendidaktik und Fremdsprachenlehrerbildung.



Dr. Kai Lindemann, geboren 1968, ist seit 2008 beim Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbunds in der Grundsatzabteilung tätig. Er absolvierte eine Ausbildung zum Industriekaufmann und studierte anschließend Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, wo er 2005 zum Thema Politische Korruption promovierte. Außerdem war Lindemann Wissenschaftlicher Assistent der amerikanischen Künstlerin Jenny Holzer und von 2003 bis 2008 Gewerkschaftssekretär beim DGB Bezirk Berlin-Brandenburg, zuletzt im Referat Politische Planung und Koordination.



Peter Lonitz, geboren 1959, ist Wissenschaftlicher Referent der Schader-Stiftung in Darmstadt und zuständig für den Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Er studierte Soziologie, Psychologie und Städtebau an der Technischen Universität Darmstadt. Peter Lonitz ist Mitglied im Presseclub Darmstadt und vertritt die Schader-Stiftung im Stiftungsnetzwerk Südhessen. Er betreut vorrangig Projekte im Bereich Kommunikation, Publizistik und Stadtforschung.



Andrea Lück, geboren 1966, ist geschäftsführende Gesellschafterin der Nachhaltigkeitsberatung kap N GmbH. Die Diplom-Dolmetscherin studierte Italienisch, Englisch und Wirtschaft in Mainz-Germersheim. Andrea Lück ist Experte für Nachhaltigkeit, CSR und Corporate Communications. Nach Stationen bei McKinsey & Company, NRW Medien und AM Communications berät sie unter anderem Ministerien und Finanzinstitute zu Fragen der Nachhaltigkeitskommunikation.



Matthias Mayer, geboren 1962, ist seit 2008 Leiter des Bereichs Wissenschaft der Körber-Stiftung Hamburg, für die er seit 1996 tätig ist. Er studierte Philosophie, Germanistik, Politik und Pädagogik an der Universität Konstanz und der Freien Universität Berlin. Mayer ist Mitglied im MINT-Forschungsrat Hamburg für Mathematik, Informatik, Natur- und Technikwissenschaften. Er war in der Hamburger Kulturpolitik aktiv, unter anderem als Vorsitzender des Kulturausschusses Altona. Seine Schwerpunkte sind Wissenschaftspolitik und Nachwuchsförderung.



David Meier-Arendt, geboren 1991, studiert Soziologie und Philosophie an der Technischen Universität Darmstadt, wo er als Wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Soziologie arbeitet. Zudem koordiniert er die Ringvorlesung des Allgemeinen Studierenden Ausschusses der Technischen Universität Darmstadt. 2017 war er Praktikant der Schader-Stiftung.



Dr. Kirsten Mensch, geboren 1967, ist seit 2000 Wissenschaftliche Referentin der Schader-Stiftung in Darmstadt. Sie studierte Politikwissenschaft, Philosophie sowie Rechtswissenschaften. 1993 folgte ein Studienaufenthalt an der Universität Groningen in den Niederlanden. Von 1994 bis 1998 war Mensch Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt. 1999 wurde sie promoviert. Inhaltliche Schwerpunkte ihrer Tätigkeit bei der Schader-Stiftung sind Projekte zu gesellschaftlich und politisch relevanten Fragen.



Prof. Dr. Ingrid Thea Mieth, geboren 1962, ist seit 2010 Professorin für Allgemeine Erziehungswissenschaft an der Universität Gießen. Sie studierte Erziehungswissenschaften an der Technischen Universität Berlin und promovierte in Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Von 2002 bis 2010 war Ingrid Thea Mieth Professorin für Allgemeine Pädagogik an der Evangelischen Fachhochschule Darmstadt. 2007 erfolgte die Habilitation in Erziehungswissenschaft an der Universität Halle-Wittenberg. Sie ist Mitglied im Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft.



Dr. Helmut Müller, geboren 1952, ist Geschäftsführer des Kulturfonds Frankfurt RheinMain. Er studierte Volkswirtschaftslehre in München, war dort als Assistent tätig und promovierte 1982 in Passau. 1984 wurde er Berater im Bundeskanzleramt unter Helmut Kohl, ab 1986 arbeitete er als persönlicher Referent von Walter Wallmann. Danach leitete er die Büros von Rita Süßmuth und Roland Koch. Ab 2002 war Müller Stadtkämmerer, Wirtschaftsdezernent und Bürgermeister der Landeshauptstadt Wiesbaden. Von 2007 bis 2013 hatte Müller das Amt des Oberbürgermeisters von Wiesbaden inne.



Oliver Müller, geboren 1987, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Kulturanthropologie und Volkskunde der Universität Bonn im DFG-Projekt „Partizipative Entwicklung ländlicher Regionen“. Er studierte Europawissenschaften, Kulturanthropologie und Humangeographie an den Universitäten Maastricht, Wien und Frankfurt am Main und war als Mitbegründer am Stadtforschungsinstitut Open Urban Institute in Frankfurt am Main tätig. Müller ist Mitherausgeber von Publikationen zum Thema Urbanistik. 2016 war er Praktikant der Schader-Stiftung.



Kathrin Dorett Mumme, geboren 1982, ist Projektmanagerin und derzeit Projektkoordinatorin im Bereich Kulturelle Bildung am Haus der Kulturen der Welt in Berlin. Sie studierte Soziologie, Politikwissenschaft und Geschichte in Mainz, Istanbul und Bielefeld. An diversen Museen und Ausstellungshäusern sowie in freien Projekten arbeitete sie an den Schnittstellen von kuratorischem Bereich, kultureller Bildung und Öffentlichkeitsarbeit. Zuletzt verantwortete sie die Kunstvermittlung und die Produktion des Begleitprogramms an der Kunsthalle Fridericianum in Kassel.



Prof. Dr. Ursula Münch, geboren 1961, ist seit 2011 Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing. Von ihrer Professur am Institut für Politikwissenschaft der Universität der Bundeswehr München ist sie derzeit beurlaubt. Münch studierte Politik- und Kommunikationswissenschaft, Psychologie sowie Neuere Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Sie ist unter anderem Mitglied im Wissenschaftsrat und im Hochschulbeirat der Hochschule für Politik an der Technischen Universität München. 2014 wurde sie in den Kleinen Konvent der Schader-Stiftung gewählt.



Prof. Dr. Werner J. Patzelt, geboren 1953, ist seit 1991 Professor für Politische Systeme und Systemvergleich an der Technischen Universität Dresden. Er absolvierte das Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Geschichte an den Universitäten München, Straßburg und Ann Arbor, Michigan. Patzelt ist Gründungsprofessor des Dresdner Instituts für Politikwissenschaft. Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich der Vergleichenden Regierungslehre und Parlamentarismusforschung sowie der politischen Kommunikation. Er gehört der Redaktion der „Zeitschrift für Parlamentsfragen“ an.



Dr. Eberhard Pausch, geboren 1961, ist seit 2016 Studienleiter für Religion und Politik an der Evangelischen Akademie Frankfurt. Er studierte Evangelische Theologie in Frankfurt und Marburg und promovierte dort 1993 als Stipendiat des Evangelischen Studienwerks Villigst. Von 1992 bis 2000 war er Gemeindepfarrer der Evangelischen Kreuzgemeinde in Frankfurt. Im März 2000 wurde er Oberkirchenrat im Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland in Hannover. Von August 2012 bis Oktober 2016 war Pausch Beauftragter der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau für die Reformationsdekade.



Alice Pawlik, geboren 1980, ist Kustodin für Visuelle Anthropologie und Leiterin der Bild-, Film- und Medienabteilung am Weltkulturen Museum in Frankfurt am Main. Von 2014 bis 2016 koordinierte sie als Referentin für Bildung und Vermittlung das ausstellungsbegleitende Programm der Galerie der Schader-Stiftung. Sie studierte Ethnologie, Kulturanthropologie und Psychologie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main.



Prof. Dr. Sören Petermann, geboren 1970, ist seit 2016 Professor für Stadt- und Regionalsoziologie an der Ruhr-Universität Bochum. Er studierte Soziologie an den Universitäten Leipzig und Utrecht. Von 1997 bis 2008 war Petermann Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Er war von 2008 bis 2014 Research Fellow am Max-Planck-Institut zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften. Als Teamleiter der Stabsstelle Wissensvermittlung unterstützte er von 2015 bis 2016 das GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften.



Prof. Dr.-Ing. Constanze A. Petrow ist Landschaftsarchitektin und Professorin für Freiraumplanung an der Hochschule Geisenheim University. Sie studierte Landschaftsplanung an der Technischen Universität Berlin. Von 2001 bis 2009 war sie an der Bauhaus-Universität Weimar tätig, von 2009 bis 2016 an der Technischen Universität Darmstadt. Sie promovierte an der Leibniz Universität Hannover. 2007 hatte sie eine Gastdozentur am Washington Alexandria Architecture Center der Virginia Tech in Washington D.C. inne.



Marc Pirogan, geboren 1993, studiert den Masterstudiengang Soziologie technikwissenschaftlicher Richtung an der Technischen Universität Berlin und ist als Studentische Hilfskraft am Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft tätig. Zuvor studierte er im Bachelor an der Friedrich-Schiller-Universität Jena Soziologie mit einem Fokus auf Arbeits- und Wirtschaftssoziologie. 2016 war er Praktikant der Schader-Stiftung.



Prof. Dr. Thomas Pleil, geboren 1967, ist seit 2004 Professor für Public Relations an der Hochschule Darmstadt und hat dort den Studiengang Onlinekommunikation (B.Sc.) aufgebaut. Zudem ist er Sprecher des Direktoriums des Instituts für Kommunikation und Medien sowie des Forschungsclusters Digitale Kommunikation und Medien-Innovation. Pleil ist zudem Mitgründer des Steinbeis-Transferzentrums flux zu Organisationsentwicklung, Kommunikation und Lernen. Seine Forschungsschwerpunkte sind Online-PR und Social Media, PR für neue Technologien, Nonprofit-PR und lebenslanges Lernen.



Christine Preuß, geboren 1975, ist seit 2014 Geschäftsführerin des Zentrums für Lehrerbildung an der Technischen Universität Darmstadt. Sie studierte Germanistik und Sozialwissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum und ist ausgebildete Lehrerin für die Fächer Deutsch und Soziologie/Sozialwissenschaften für Gymnasien. Sie hat an verschiedenen Schulen unterrichtet, leitete von 2012 bis 2015 das Kompetenzteam Bochum-Herne für die Lehrerfort- und -weiterbildung des Schulministeriums Nordrhein-Westfalen und war Projektentwicklerin des Schulentwicklungsprojekts „Vielfalt fördern“.



Prof. Dr. Birger P. Priddat, geboren 1950, ist seit 2017 Seniorprofessor für Wirtschaft und Philosophie an der Universität Witten/Herdecke, wo er seit 1991 als Professor den Lehrstuhl für Volkswirtschaft und Philosophie innehatte. Priddat studierte Volkswirtschaft, Philosophie und Arbeitspsychologie an der Universität Hamburg. Gastprofessuren führten ihn an die Universität Basel und an die Zeppelin Universität in Friedrichshafen. Seine Forschungsschwerpunkte sind unter anderem institutional economics, Wirtschaftsphilosophie sowie die Theoriegeschichte der Ökonomie.



Prof. Dr. Oliver Quiring, geboren 1969, ist Professor für Kommunikationswissenschaft am Institut für Publizistik der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Seit 2014 ist er Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Er studierte Kommunikationswissenschaft, Soziologie, Psychologie und Volkswirtschaft an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und promovierte dort 2003. Im Jahr 2009 habilitierte er sich an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Seine Forschungsschwerpunkte sind politische Kommunikation sowie der Medienwandel.



Wolfert von Rahden, geboren 1947, war Chefredakteur der Zeitschrift „Gegenworte“, die bis 2013 von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften herausgegeben wurde und sich Fragen der Wissenschaftskommunikation widmete. Er studierte Philosophie, Sprach- und Literaturwissenschaft sowie Soziologie und Politikwissenschaft in Hamburg und in Berlin an der Freien und der Technischen Universität. Er war Stellvertretender Direktor des Einstein Forums Potsdam und ist Mitglied der Redaktion der „Zeitschrift für Ideengeschichte“, deren verantwortlicher Gründungsredakteur er war.



Bettina Rauschmayr, geboren 1981, studierte Soziologie, Politikwissenschaft sowie den interdisziplinären Studiengang Europäische Migration in Deutschland und Frankreich. Ihr fachlicher Fokus liegt auf den Themen Migration und Integration sowie (Berufs-)Bildung. Sie arbeitete und forschte mehrere Jahre im Ausland. Seit 2014 ist sie WIR-Koordinatorin in Rüsselsheim am Main zu den Themen Interkulturelle Öffnung sowie Willkommens- und Anerkennungskultur. Sie ist Mitglied im Fachbeirat „Integrationspotenziale in Gesellschaftswissenschaften und Praxis“ der Schader-Stiftung.



Dr. Annette Rehfeld-Staudt, geboren 1965, ist Leiterin des Referats Politische Bildung online der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Sie studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Neuere deutsche Literatur in Marburg und Hamburg und promovierte an der Universität Tübingen. Von 1993 bis 1998 war Rehfeld-Staudt als Referentin und Stellvertretende Leiterin der Zentralstelle des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus tätig. Danach arbeitete sie von 1998 bis 2005 als Referentin für Politische Grundsatzangelegenheiten in der Sächsischen Staatskanzlei.



Stephan Reiß-Schmidt, geboren 1952, ist seit 1996 Stadtdirektor und Leiter der Hauptabteilung Stadtentwicklungsplanung bei der Landeshauptstadt München. Ab 2018 wird er freiberuflich zur Stadt- und Regionalentwicklung forschen, publizieren und beraten. Reiß-Schmidt studierte Architektur und Städtebau an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen und legte die Große Staatsprüfung ab. Er war langjährig Vorsitzender der Fachkommission Stadtentwicklungsplanung des Deutschen Städtetages und Landesgruppenvorsitzender der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung.



Natascha Riegger, geboren 1985, ist Wissenschaftliche Referentin der Schader-Stiftung. Sie studierte Ethnologie und Kulturanthropologie an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Von 2013 bis Anfang 2016 war sie Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Weltkulturen Museum in Frankfurt am Main. Natascha Riegger koordiniert das Projekt „Integrationspotenziale in Gesellschaftswissenschaften und Praxis“ der Schader-Stiftung und ist als Referentin für Bildung und Vermittlung für das ausstellungsbegleitende Programm der Galerie der Schader-Stiftung zuständig.



Prof. Dr. Lars Rinsdorf, geboren 1971, ist Professor für Journalistik an der Hochschule der Medien Stuttgart. Er studierte Journalistik und Raumplanung an der Universität Dortmund. Von 2008 bis 2012 war er Professor für Verlagsmanagement im Studiengang Medienwirtschaft der Hochschule der Medien Stuttgart. Er ist Stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPK). Zu seinen Lehr- und Forschungsschwerpunkten gehören Rezeptionsforschung, Redaktionsmanagement, Forschung und Entwicklung in Medienunternehmen sowie Medienmarken.



Dr. Franziska Rischkowsky, geboren 1972, ist Projektmanagerin in der Geschäftsstelle Digitales Hessen, die bei der Hessen Trade & Invest GmbH angesiedelt ist. Sie studierte Volkswirtschaftslehre an der Philipps-Universität in Marburg und promovierte dort mit einer Arbeit zur europäischen Verbraucherpolitik. Von 2007 bis 2011 war sie als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Höhere Studien Kärnten tätig. Danach arbeitete sie von 2012 bis 2016 als Projektleiterin und Projektmanagerin für die Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz sowie die Industrie- und Handelskammer Darmstadt.



Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha, geboren 1951, ist Direktorin des ZAK – Zentrum für Angewandte Kulturwissenschaft und Studium Generale am Karlsruher Institut für Technologie sowie Professorin für Soziologie und Kulturwissenschaft. Sie studierte Soziologie, Politologie, Philosophie und Geschichte. Sie ist Koordinatorin des deutschen Netzwerks der Anna Lindh Stiftung, Mitglied im Fachausschuss Kultur der Deutschen UNESCO-Kommission, Vorsitzende des Wissenschaftlichen Initiativkreises Kultur und Außenpolitik am Institut für Auslandsbeziehungen und seit 2017 Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung.



Dr. Tobias Robischon, geboren 1963, ist Wissenschaftlicher Referent der Schader-Stiftung in Darmstadt. Er studierte Politikwissenschaft an der Universität Marburg und an der Freien Universität Berlin und promovierte am Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Demokratie, Digitalisierung und Kapitalismus sowie Stadtentwicklung im Kontext gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels.



Torsten A. Sälinger, geboren 1969, ist Kommunikationsberater sowie Gründer und Geschäftsführer von Sälinger Kommunikation. Er studierte Publizistik und Kommunikationswissenschaft sowie Theater-, Film- und Fernsehwissenschaft mit Schwerpunkt Journalismus und Öffentlichkeitsarbeit an der Freien Universität Berlin. Von 2003 bis 2016 war Sälinger Pressesprecher der Deutschen Bahn AG für Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland. Er ist Mitglied der Gesellschaft für Medienwissenschaft e.V. und des Bundesverbands deutscher Pressesprecher e.V.



Alois M. Schader, geboren 1928, ist Diplom-Ingenieur. Er war freiberuflich als beratender Bauingenieur tätig. 1988 gründete er die Schader-Stiftung in Darmstadt, deren Finanzvorstand er ist. Alois Schader wurde 2013 mit der Leibniz-Medaille der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften ausgezeichnet. 2015 erhielt er die Johann-Heinrich-Merck-Ehrung der Wissenschaftsstadt Darmstadt.



Lena Schick, geboren 1988, war bis August 2017 Dozentin und Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für vergleichende Kulturforschung der Philipps-Universität Marburg. Sie studierte Kultur- und Sozialanthropologie an der Universität Marburg und forschte unter anderem zu informellen Müllsammelerinnen und Müllsammlern sowie zeiträumlichen Rhythmen in Buenos Aires wie auch zu Zugehörigkeit und Gentrifizierung in Frankfurt am Main. Aktuell arbeitet sie an einem Forschungsprojekt zu Transformationen alltäglicher Sicherheitspraktiken im Rahmen des kolumbianischen Friedensprozesses.



Prof. Dr. Jan C. Schmidt, geboren 1969, ist seit 2008 Professor für Wissenschafts- und Technikphilosophie an der Hochschule Darmstadt. Vorher war er Professor für Technikphilosophie am Georgia Institute of Technology, Atlanta. Er studierte Physik und Philosophie in Mainz, Darmstadt, Glasgow und Heidelberg und war Wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Universitäten Mainz und Darmstadt. Seine Forschungsschwerpunkte sind Wissenschafts-, Natur- und Technikphilosophie sowie Umwelt- und Technikethik und Technikfolgenabschätzung.



Kjell Schmidt, geboren 1981, ist seit 2016 Geschäftsführer der Regionalpark Rhein-Main gGmbH. Er war zuvor beim Landesbetrieb Hessen-Forst und dort zuletzt als Referent des Projekts „Land mit Zukunft“ der Herbert Quandt-Stiftung sowie der Landesstiftung „Miteinander in Hessen“ tätig. Schmidt studierte Forstwirtschaft an den Hochschulen Rottenburg und Inverness sowie berufsbegleitend Business Administration an der Hochschule Mainz. Zudem war er von 2011 bis 2014 Stellvertretender Geschäftsführer des Naturparks Taunus.



Prof. Dr. Dr. h.c. Manfred G. Schmidt, geboren 1948, ist Professor für Politische Wissenschaft. Er lehrte und forschte von 1985 bis 1997 an der Freien Universität Berlin, der Universität Bremen sowie an der Universität Heidelberg und ist dort wieder seit 2001 tätig. Schmidt ist Mitglied der Heidelberger Akademie der Wissenschaften und korrespondierendes Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Von 1998 bis 2006 gehörte er dem Kuratorium der Schader-Stiftung an. 2013 wurde ihm die Ehrendoktorwürde der Universität Bern verliehen.



Dr. Anne Schreiter, geboren 1984, ist Geschäftsführerin der German Scholars Organization e.V. (GSO). Sie studierte Gesellschafts- und Wirtschaftskommunikation an der Universität der Künste in Berlin sowie Chinesische Sprache in Nanjing und Shanghai. Vor ihrer Tätigkeit bei der GSO hat Anne Schreiter Programme für Führungskräfte entwickelt und Karriereworkshops für Doktoranden und Postdocs geleitet. Sie wurde in St. Gallen im Fach Organisationssoziologie promoviert und hat ein Jahr als Postdoc an der University of California in Berkeley geforscht.



Dr. Nicola Schuldt-Baumgart ist Diplom-Volkswirtin und leitet den Bereich Wissenskommunikation und Öffentlichkeitsarbeit am Frankfurter Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE). Sie studierte Volkswirtschaftslehre, Germanistik und internationale Wirtschaftsbeziehungen an den Universitäten Marburg und München. Nach ihrer Promotion im Fach Volkswirtschaftslehre an der Universität Marburg arbeitete sie in Wissenschaft, Wirtschaft und Politikberatung sowie als Wirtschaftsjournalistin. Nicola Schuldt-Baumgart ist Mitglied im Beirat „Umweltlernen in Frankfurt e.V.“



Dr. Matthias Schulze-Böing ist seit 1995 Leiter des Amtes für Arbeitsförderung, Statistik und Integration der Stadt Offenbach und seit 2005 zusätzlich Geschäftsführer von MainArbeit – Kommunales Jobcenter Offenbach. Schulze-Böing studierte von 1974 bis 1980 Soziologie und Volkswirtschaftslehre an der Goethe-Universität Frankfurt am Main und promovierte an der Freien Universität Berlin. Er ist Vorstandsvorsitzender des Vereins Beschäftigungspolitik: kommunal e.V. sowie Sprecher des Bundesnetzwerks Jobcenter.



Prof. Dr. Dr.-Ing. Kai Schuster lehrt seit 2010 Sozialpsychologie sowie Architekturpsychologie und -theorie an der Hochschule Darmstadt. Er studierte Psychologie in Eichstätt, Göttingen und Heidelberg, promovierte an der Universität Kassel und schloss dort ein Studium der Architektur ebenfalls mit der Promotion ab. Er war als Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Forschungsgesellschaft für umweltschonende Energieumwandlung und -nutzung mbH, der Energiestiftung Schleswig-Holstein sowie an der Universität Kassel tätig.



Christian Schwindt, geboren 1963, ist theologischer Oberkirchenrat, seit 2010 Leiter des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung in Mainz und auf gesamtkirchlicher Ebene fachlich zuständig für das Handlungsfeld Gesellschaftliche Verantwortung und diakonische Dienste der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Er studierte Evangelische Theologie, Philosophie und Kulturmanagement in Bonn, Marburg und Ludwigsburg, war Gemeinde- und Stadtkirchenpfarrer in Buchenau und Frankfurt sowie Leiter des Arbeitsbereichs Bildung im Evangelischen Regionalverband Frankfurt am Main.



Sabine Seidler, Vorsitzende Richterin a.D., war bis 2007 am Verwaltungsgericht Darmstadt für Baurecht und Asylrecht zuständig. Sie studierte Rechtswissenschaften in Berlin und Freiburg. Seidler war seit 1994 Stadtverordnete der Wissenschaftsstadt Darmstadt, Vorsitzende des Bauausschusses und Haupt- und Finanzausschusses, Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion und bis 2016 ehrenamtliche Stadträtin. Sie ist Beisitzerin des Vorstandes der SPD Darmstadt und gehört diversen Aufsichtsräten städtischer Gesellschaften an. Derzeit engagiert sie sich ehrenamtlich in der Hilfe für Geflüchtete.



Prof. Dr. Stefan Selke, geboren 1967, ist Professor für das Lehrgebiet Soziologie und Gesellschaftlicher Wandel sowie Forschungsprofessor für Transformative und Öffentliche Wissenschaft an der Hochschule Furtwangen. Er studierte Luft- und Raumfahrttechnik und promovierte im Fach Soziologie. Selke forscht zu den Themen Armutsökonomie, digitale Selbstvermessung, dem Verhältnis sozialer und technologischer Utopien sowie zu Öffentlicher Soziologie. Selke ist Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung.



Christoph Siegl, geboren 1985, ist Diplom-Geograph und Stadtforscher. Er studierte Geographie, Ethnologie und Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Anschließend war er als Wirtschaftsförderer, Stadtforscher, Regionalentwickler und Wissenschaftsredakteur tätig. Siegl war 2009 Gründungsmitglied des Open Urban Institute (OUI). Sein Arbeitsschwerpunkt liegt im Bereich angewandter Stadtforschung, urbaner Didaktik, Kulturarbeit und Konzeption. Er ist Mitherausgeber von Publikationen zum Thema Urbanistik.



Prof. Dr. Kristina Sinemus, geboren 1963, ist Geschäftsführerin der auf Wissenschaftskommunikation spezialisierten Fachagentur Genius. Seit 2011 ist Kristina Sinemus als Professorin für Public Affairs an der Quadriga Hochschule Berlin tätig. Zudem ist sie seit 2014 Präsidentin der Industrie- und Handelskammer Darmstadt. Sie studierte Biologie, Chemie, Germanistik und Pädagogik an den Universitäten in Münster und Kassel. Sinemus lehrte und forschte am Zentrum für Interdisziplinäre Technikforschung der Technischen Universität Darmstadt, wo sie 1995 promoviert wurde.



Loring Sittler, geboren 1951, war von 2008 bis 2016 Leiter des Generali Zukunftsfonds und hat als solcher zahlreiche Studien herausgebracht, zuletzt die Generali Altersstudie 2017. Seit seinem Rentenbeginn ist er als freier Berater für Fragen der gesellschaftlichen Teilhabe insbesondere im Alter und für Organisationsentwicklung sowie als Vortragsredner tätig. 1991 begründete er den Bundeswettbewerb „Jugend debattiert“. Sittler studierte Anglistik, Geschichtswissenschaften und Politik an den Universitäten Freiburg und Gießen.



Prof. Dr. Christian Stegbauer, geboren 1960, ist außerplanmäßiger Professor für Soziologie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Er studierte Soziologie, Sozialpsychologie, Statistik und Wirtschaftsgeographie in Frankfurt. Es folgten Tätigkeiten an der Technischen Universität Darmstadt, bei Nielsen-Marketing Research und an der Universität Frankfurt. Er ist Mitbegründer der Sektion Soziologische Netzwerkforschung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Mitinitiator der Initiative interdisziplinäre Netzwerkforschung und Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Netzwerkforschung.



Ricarda Steinbach, geboren 1971, ist seit 2016 Direktorin der Point Alpha Stiftung. Sie studierte Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Internationale Beziehungen an den Universitäten München und Potsdam und war als Referentin für Sicherheitspolitik im Internationalen Institut für Politik und Wirtschaft „Haus Rissen“ in Hamburg tätig. Von 2010 bis 2016 arbeitete sie als Referatsleiterin für Wirtschaftsförderung und Tourismus in der Kreisstadt Delitzsch. Neben ihrer Tätigkeit als Stiftungsdirektorin ist Ricarda Steinbach freie Mitarbeiterin und Beraterin der Akademie Schwerin.



Prof. Dr.-Ing. Iris Steinberg, geboren 1971, ist Professorin für Umwelttechnik und Kreislaufwirtschaft im Fachbereich Bauingenieurwesen der Hochschule Darmstadt und leitet den Studiengang Umweltingenieurwesen. Sie studierte Bauingenieurwesen an der Technischen Universität Darmstadt und promovierte 2005. Steinberg war in Unternehmen der Entsorgungsbranche sowie im Anlagenbau tätig. Schwerpunkte ihrer Forschung sind insbesondere die Weiterentwicklung von Technologien zur ressourceneffizienten kaskadischen Nutzung von Abfällen und die Bewertung von deren Umweltauswirkungen.



Prof. Dr. Werner Stork, geboren 1968, ist seit 2013 Professor für Organisation und Management an der Hochschule Darmstadt. Er studierte Volkswirtschaft und Betriebswirtschaft an der Universität Münster und der Universidad Austral de Chile in Valdivia. Nach seiner Promotion an der Universität Münster arbeitete Stork für verschiedene Unternehmen in leitender Funktion. Er ist tätig als Dozent, wissenschaftlicher Berater, Coach für Führungskräfte und Vorstände und übernimmt Moderationsaufgaben. Storks Arbeitsschwerpunkt sind Fragen der Personal- und Organisationsentwicklung.



Aaron Szczerba, geboren 1987, ist Mitarbeiter der Zentralen Koordinierungsstelle für Flüchtlingsintegration der Technischen Universität Darmstadt. Er hat 2016 seinen Bachelor in Soziologie an der Technischen Universität Darmstadt abgeschlossen und absolviert derzeit den Masterstudiengang Diversität und Inklusion an der Frankfurt University of Applied Sciences. Szczerba ist ehemaliger Praktikant der Schader-Stiftung.



Frauke Taake, geboren 1986, studiert seit 2015 Politische Theorie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Zuvor studierte sie an der Universität Siegen Sozialwissenschaften. Frauke Taake war 2017 Praktikantin der Schader-Stiftung.



Günther Teufel, geboren 1946, ist Diplom-Wirtschaftsingenieur und arbeitet als Berater. Er war für verschiedene Privatbanken in leitender Position, unter anderem als persönlich haftender Gesellschafter, tätig. Sein Arbeitsschwerpunkt ist die Strukturierung von Privat-, Stiftungs- und anderem Vermögen. Er war Mitglied der Kuratoriumsleitung, von Dezember 2012 bis Mai 2013 Vorsitzender des Vorstands der Schader-Stiftung. Er ist zurzeit Mitglied der Vorbereitungsgruppe des Veranstaltungs- und Graduiertenprogramms „Innovationen als gesellschaftliche Wertschöpfung.“



Sylvia Theel, geboren 1963, ist Journalistin und seit 2013 Redenschreiberin des Oberbürgermeisters der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Sie studierte Germanistik und Politik an der Goethe-Universität Frankfurt am Main und Psychologie an der Fernuniversität Hagen. Theel war als PR-Beraterin für die Stadt Offenbach und als Redakteurin der Zeitschrift „Theologie und Philosophie“ tätig. Von 2000 bis 2013 war sie Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Darmstadt. Als freie Journalistin schreibt sie für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und „Spiegel Online“.



Christian Thiel leitet seit 2017 die Beratungs- sowie Aus- und Weiterbildungsaktivitäten von LSE Enterprise in Europa, im Mittleren Osten und Afrika. Zuvor verantwortete er das Geschäft im deutschsprachigen Raum. LSE Enterprise ist das auf die Anwendung sozialwissenschaftlicher Forschung und Lehre spezialisierte Tochterunternehmen der London School of Economics and Political Science (LSE). Bis 2007 studierte Thiel Politik- und Wirtschaftswissenschaften an der LSE. Danach war er zunächst als Senior Associate einer internationalen Kommunikationsberatung tätig.



Philipp Thoma, geboren 1979, ist seit 2017 Bürgermeister der Gemeinde Fischbachtal. Nach einer Ausbildung zum Bankkaufmann studierte er Wirtschaftswissenschaften und Wirtschaftspädagogik an der Universität Konstanz. Von 2008 bis 2017 war Thoma als Diplom-Handelslehrer und von 2014 bis 2017 zudem im Staatlichen Schulamt für den Landkreis Bergstraße und den Odenwaldkreis, Dezernat Berufliche Schulen, tätig. Daneben war er kommunalpolitisch als Vorsitzender der SPD-Fraktion Bensheim und als Kreistagsabgeordneter des Kreises Bergstraße engagiert.



Canan Topçu, geboren 1965, ist Journalistin für Hörfunk, Print- und Online-Medien mit Schwerpunkt auf den Themen Integration, Migration, Medien, Islam und muslimisches Leben in Deutschland. Topçu studierte Geschichte und Literaturwissenschaft an der Universität Hannover. Von 1999 bis 2012 war sie Redakteurin der „Frankfurter Rundschau“. Sie lehrt als Dozentin an der Hochschule Darmstadt und an der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung. Topçu ist Vorstandsmitglied des Hessischen Forums für Religion und Gesellschaft und Mitbegründerin der Neuen Deutschen Medienmacher e.V.



Rolf Toyka, geboren 1950, ist Berater mit dem Schwerpunkt Architekturkommunikation. Der diplomierte Architekt war bis 2015 Geschäftsführer der Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen (AKH) und Leiter der Akademie der AKH. Er studierte an der Technischen Universität Braunschweig und der ETH Zürich. Toyka war als Architekt in Architekturbüros und als Stadtbaumeister tätig. Er hatte Lehraufträge an verschiedenen Hochschulen inne, zuletzt für Marketing und PR für Architekten an der Fachhochschule Frankfurt. Er ist Autor von Fach-, Schul- und Kindersachbüchern.



Prof. Dr. Annette Treibel, geboren 1957, ist seit 1996 Professorin für Soziologie am Institut für Transdisziplinäre Sozialwissenschaft der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe. 2017 wurde Treibel in das Konzil der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) gewählt, in dem sie bereits von 2009 bis 2013 Mitglied war. Von 2011 bis 2015 war sie Sprecherin der Sektion Migration und ethnische Minderheiten der DGS. Seit 2011 ist sie Mitglied des Rats für Migration.



Dr. Lothar Triebel, geboren 1965, ist Theologischer Referent der Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Nach dem Studium der Theologie und Judaistik in Berlin, Heidelberg, Jerusalem und Tübingen war er Vikar in Wiesbaden und bei der Gesellschaft für interreligiöse Verständigung in Israel, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Christentum und Antike der Humboldt-Universität zu Berlin und Gemeindepfarrer in Rheinhessen. Promoviert in Judaistik ist Triebel auch evangelischer Vorsitzender der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Darmstadt.



Prof. Dr. Joachim Valentin, geboren 1965, ist seit 2005 Direktor des Katholischen Zentrums Haus am Dom und außerplanmäßiger Professor der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Er studierte von 1986 bis 1992 Katholische Theologie, Philosophie und Klassische Philologie in Freiburg und promovierte dort 1996 zum Dr. theol. Nach der Ausbildung zum Pastoralreferenten war Valentin Assistent und Oberassistent am Arbeitsbereich Religionsgeschichte in Freiburg sowie außerplanmäßiger Professor der Universität Freiburg. Er ist unter anderem Mitglied des Rundfunkrates des Hessischen Rundfunks.



Marie Veltmaat, geboren 1990, studiert seit Oktober 2016 im Masterstudien- gang Soziologie mit dem Schwerpunkt Stadt und Raum an der Technischen Universität Darmstadt. Bis September 2016 studierte sie Soziologie und Anthropogeographie an der Georg-August-Universität Göttingen. Derzeit nimmt sie an einem Lehrforschungsprojekt der Technischen Universität Darmstadt zur UNESCO-Bewerbung der Darmstädter Mathildenhöhe teil.



Št pán Vizi, geboren 1991, studiert den Masterstudiengang Friedensforschung und Internationale Politik an der Eberhard Karls Universität Tübingen. Seit 2016 ist er im Arbeitsbereich Internationale Beziehungen des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Tübingen als Studentische Hilfskraft tätig. Vizi ist Vorsitzender des tschechischen Trägervereins des Deutsch-Tschechischen Jugendforums.



Ruth Wagner ist Vorsitzende des Kunstvereins Darmstadt. Sie war von 1999 bis 2003 Hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst und Stellvertretende Ministerpräsidentin. Wagner studierte Germanistik, Geschichte und Politikwissenschaft und war als Gymnasiallehrerin tätig. Sie war von 1978 bis 2008 Landtagsabgeordnete, davon mehrere Jahre Fraktionsvorsitzende und Vizepräsidentin des Parlaments. Von 1995 bis 2005 war sie, als erste Frau einer Partei in Hessen, Vorsitzende der Hessischen FDP. Sie war langjähriges Mitglied im Bundesvorstand der FDP und Stadtverordnete in Darmstadt.



Prof. Dr. Uwe Wagschal, geboren 1966, ist Professor für Vergleichende Regierungslehre an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Er studierte Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre an der Universität Heidelberg und promovierte dort. Von 2003 bis 2005 lehrte Wagschal an der Ludwig-Maximilians Universität München Empirische Politikforschung und Policy Analysis. Anschließend war er bis 2009 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Heidelberg. Seine Forschungsinteressen sind unter anderem vergleichende Staatstätigkeitsforschung und direkte Demokratie.



Prof. Dr. Ismeni Walter, geboren 1967, ist seit 2014 Professorin im Studiengang Ressortjournalismus an der Hochschule für angewandte Wissenschaften Ansbach. Walter studierte Biologie an der Technischen Universität München. Nach einem Forschungsjahr an der Harvard Medical School promovierte sie auf dem Gebiet der marinen Ökotoxikologie an der Universität Hamburg. Sie arbeitet zudem als freie Journalistin für Wissenschaft und Umwelt mit Schwerpunkt audiovisuelle Medien und TV in Köln, vorwiegend für die Programmgruppe Wissenschaft des Westdeutschen Rundfunks.



Sina Wans, geboren 1991, ist Gründerin und Gesellschafterin von Sustainable Thinking, einer Organisationsberatung für transformative Nachhaltigkeitslösungen. Außerdem ist sie Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Sonderforschungsgruppe Institutionenanalyse (sofia) an der Hochschule Darmstadt (h_da). Sie studierte International Fashion Retail in Reutlingen und Gent und absolviert derzeit ein Masterstudium zu Risk Assessment and Sustainability Management an der h_da. Ihre Schwerpunkte sind nachhaltige Entwicklung sowie Organisationskultur und transformative Prozesse.



Prof. em. Dr. Dr. h.c. Johannes Weiß, geboren 1941, war Professor für Soziologische Theorie, Sozialphilosophie und Kulturosoziologie an der Universität Kassel. Er studierte Soziologie an der Universität zu Köln, wo er im Fach Philosophie promovierte, und er habilitierte sich an der Universität Duisburg für das Lehrgebiet Soziologie und Philosophie der Sozialwissenschaften. Weiß war zudem Gründungsdirektor des Instituts für Kulturwissenschaften der Universität Leipzig, Fellow des Kollegs Friedrich Nietzsche in Weimar und Fellow des Max-Weber-Kollegs der Universität Erfurt.



Prof. Dr. Petra Werner, geboren 1966, ist Professorin für Journalistik, Geschäftsführende Direktorin des Instituts für Informationswissenschaft und Mitglied im Forschungsschwerpunkt „Digitale Technologien und Soziale Dienste“ an der Technischen Hochschule Köln. Sie studierte Journalistik und Sozialwissenschaften, war als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Journalistik der Universität Dortmund tätig und promovierte dort. Von 2001 bis 2003 war sie Professorin für Print- und Online-Journalismus an der Hochschule Hannover.



Hanna Wilbrand, geboren 1990, ist im Bereich der Energie-, Material- und Ressourceneffizienz als Geschäftsstellenleitung für das Umweltkompetenzzentrum Rhein-Neckar e.V. (UKOM) tätig. Sie studierte Wirtschaftsgeographie und Wirtschaftswissenschaften an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg sowie der Stockholms Universität. Darüber hinaus engagiert sie sich ehrenamtlich in lokalen Projekten wie dem Heidelberger Solidarstrom oder der Klimaschutz+ Stiftung e.V., die sich mit gemeinwohlorientiertem Wirtschaften und social business auseinandersetzen.



Prof. Dr. Dr. h.c. Klaus Willimczik, geboren 1940, ist Emeritus des Instituts für Sportwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt. Er studierte Philosophie, Geschichte, Geographie und Leibeserziehung. Von 1971 bis 1980 war er Professor für Sportwissenschaft an der Technischen Hochschule Darmstadt und bis 2005 an der Universität Bielefeld. Als Gastprofessor war Willimczik an der Technischen Universität Darmstadt bis 2015 tätig. Er war mehrfacher deutscher Meister über 110 Meter Hürden und von 1979 bis 1985 Präsident der Deutschen Vereinigung für Sportwissenschaften.



Andre Wolf, geboren 1977, ist Pressesprecher bei Mimikama – Verein zur Aufklärung über Internetmissbrauch, der sich zum Ziel gesetzt hat, vor allem in den sozialen Medien Internetkriminalität und Falschmeldungen zu bekämpfen und einen kritischen Umgang mit dem Internet zu fördern. Nach einem Theologiestudium und einigen Jahren Berufserfahrung als Verantwortlicher für Medien und Kommunikation analysiert Wolf Internetinhalte und ist als Blogger, Autor sowie Content- und Social Media Koordinator des Vereins Mimikama tätig.



Prof. Dr. Birgitta Wolff, geboren 1965, ist seit 2015 Präsidentin der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Sie studierte Wirtschaftswissenschaft in Witten/Herdecke, an der Ludwig-Maximilians-Universität München und der Harvard University. Von 1999 bis 2000 lehrte sie an der Georgetown University in Washington D.C. und ab 2000 an der Universität Magdeburg, deren Dekanin sie auch war. 2010 wurde sie Kultusministerin und von 2011 bis 2013 war sie Landesministerin für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt. Wolff ist Mitglied im Stiftungsrat der Schader-Stiftung.



Karin Wolff MdL, geboren 1959, ist Staatsministerin a.D. und Mitglied des Hessischen Landtages. Sie studierte Geschichte, Theologie und Philosophie an den Universitäten Mainz und Marburg. Von 1999 bis 2008 war sie Hessische Kultusministerin. Wolff amtierte als Stellvertretende Ministerpräsidentin und Stellvertretende Landesvorsitzende der CDU. Zwischen 1989 und 2003 war sie Stadtverordnete der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Sie gehört dem Kuratorium der Evangelischen Hochschule Darmstadt, dem Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks sowie seit 2014 dem Stiftungsrat der Schader-Stiftung an.



Dr. Jürgen Wüst, geboren 1965, ist Leiter der Abteilung Inland und Kommunikation der Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie. Er ist Wirtschaftsfachwirt (IHK) und war nach dem Studium der Politischen Wissenschaft, Germanistik und Evangelischen Theologie in der Politikberatung tätig. Wüst hat bundesweit Projekte in den Bereichen Bildungs-, Familien- und Beteiligungspolitik begleitet, unter anderem als Seniorberater des Instituts für Organisationskommunikation und Referent am Staatsinstitut für Frühpädagogik sowie im Hessischen Ministerium für Soziales und Integration.



Dr. Safiye Yildiz ist Akademische Rätin am Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Tübingen. Sie studierte Erziehungswissenschaft an der Technischen Universität Berlin, wo sie auch promovierte. Yildiz war Vertretungsprofessorin an der Hochschule Darmstadt und Gastprofessorin an der Universität Innsbruck und der Technischen Universität Darmstadt. Ihre Schwerpunkte sind unter anderem Migration, Diversity und Bildung. In einer internationalen Forschungsstudie untersucht Yildiz Lebens- und Bildungsstrategien von Familien mit Migrationsgeschichte in marginalisierten Stadtteilen.



Sezgin Yilmaz, geboren 1972, ist seit 2005 Leiterin des Fachbereichs Migration beim Kreisverband Friedberg e.V. des Deutschen Roten Kreuzes. Sie studierte Sozialwissenschaften an der Universität Duisburg und absolvierte Ausbildungen als Interkulturelle Mediatorin und Trainerin. Yilmaz ist Stadtverordnete in Friedberg (Hessen), Mitglied im Vorstand der Liga der freien Wohlfahrtspflege Wetterau sowie im Beirat des Jobcenters Wetterau und im Diversitätsbeirat des Wetteraukreises. Ihr besonderes Interesse gilt der Frage, wie sich „Industrie 4.0“ auf Migrationsprozesse auswirken wird.



Annika Zecher, geboren 1990, ist Redaktionsassistentin im Projektbüro der Luminale e.V. – Biennale für Lichtkunst und Stadtgestaltung. Sie studierte Kulturwissenschaften an der Leuphana Universität Lüneburg und beendet zurzeit ihr Soziologiestudium an der Technischen Universität Darmstadt. Zecher war Studentische Mitarbeiterin an der Universität Lüneburg und ist seit 2016 Studentische Mitarbeiterin im Arbeitsbereich Stadt- und Raumsoziologie der Technischen Universität Darmstadt.



Prof. Dr. Tatiana Zimenkova, geboren 1977, ist Professorin für Diversität und Differenz in den Fachdidaktiken am Dortmunder Kompetenzzentrum für Lehrerinnen- und Lehrerbildung sowie Mitglied des Instituts für Philosophie und Politikwissenschaft an der Fakultät Humanwissenschaften und Theologie der Technischen Universität Dortmund. Sie studierte Soziologie an der Staatlichen Universität Sankt-Petersburg, promovierte 2006 und habilitierte 2016 an der Universität Bielefeld. Sie lehrt und forscht zu den Themen Politische Bildung, Partizipation, Diversität, Sexual Citizenship und Deliberation.



Prof. Dr. Karsten Zimmermann, geboren 1970, ist seit 2012 Professor für Europäische Planungskulturen an der Fakultät Raumplanung der Technischen Universität Dortmund. Er studierte Sozialwissenschaften an der Leibniz Universität Hannover. 2004 promovierte Zimmermann an der Universität Hannover und habilitierte 2010 im Fach Politikwissenschaften an der Technischen Universität Darmstadt. Anschließend war er Gastprofessor am Institut für Politikwissenschaft sowie Mitglied des interdisziplinären Forschungsverbands „Eigenlogik der Städte“ an der Technischen Universität Darmstadt.



Peter Zoche, geboren 1951, ist Vorstand des Freiburger Instituts für angewandte Sozialwissenschaft FIFAS. Zoche studierte Soziologie und Psychologie an der Universität Freiburg. In langjähriger Mitarbeit am Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI, Karlsruhe, koordinierte er die Sicherheitsforschung und Technikfolgenabschätzung, leitete die Forschungsabteilung zu modernen Informations- und Kommunikationssystemen, die Geschäftsstelle des ISI im Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag und gehörte dem internen Führungskreis der Institutsleitung an.



Dr. habil. Nils Zurawski, geboren 1968, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kriminologische Sozialforschung der Universität Hamburg und leitet seit 2015 das Teilprojekt „Police, Anonymity and Power“ des Forschungsprojekts „Reconfiguring Anonymity“. Er studierte Soziologie, Ethnologie und Geographie in Münster, wo er 1999 promovierte. Es folgten verschiedene Forschungsprojekte im In- und Ausland. 2013 wurde er an der Technischen Universität Darmstadt habilitiert. Dort und an den Universitäten Hamburg und Graz lehrte er zwischen 2010 und 2016 als Professor.



Brigitte Zypries, geboren 1953, ist geschäftsführende Bundesministerin für Wirtschaft und Energie. Die Juristin war, nach einer Verwaltungslaufbahn, Staatssekretärin, zunächst im Niedersächsischen Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales, von 1998 bis 2002 im Bundesministerium des Inneren und von 2013 bis 2017 im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Zypries war von 2002 bis 2009 Bundesministerin der Justiz und ist seit 2017 Bundesministerin für Wirtschaft und Energie. Von 2005 bis 2017 war sie Mitglied des Bundestages. Zypries gehört dem Stiftungsrat der Schader-Stiftung an.

7

Wahl zum Kleinen Konvent



Die Mitglieder des Großen Konvents wählen jeweils bei ihrer Jahrestagung im November aus den Reihen der Gesellschaftswissenschaftlerinnen und Gesellschaftswissenschaftler einen Kleinen Konvent, der als zentrales Beratungs- und Begutachtungsgremium die Aufgabe hat, mit dem Vorstand gemeinsam die kommende Konventstagung vorzubereiten, Förderanträge zu begutachten und die Stiftung in wissenschaftlichen Fragen zu beraten.

Der Kleine Konvent besteht aus sechs Personen und soll ein weiteres Mitglied als Vertretung der nächsten akademischen Generation kooptieren. Am 14. November 2014 wurden drei Mitglieder des Kleinen Konvents durch den Großen Konvent gewählt und am 18. November 2016 für die Amtszeit 2017/18 bestätigt:

- Prof. Dr. Ursula Münch, Akademie für Politische Bildung Tutzing / Universität der Bundeswehr München
- Prof. Dr. Stefan Selke, Hochschule Furtwangen
- Prof. Dipl.-Ing. Julian Wékel, Technische Universität Darmstadt

Die Wahl zum Kleinen Konvent unterliegt folgenden Grundregeln:

- Wählbar sind Gesellschaftswissenschaftlerinnen und Gesellschaftswissenschaftler im Verständnis von § 2 (2) der Satzung.
- Es muss mindestens je ein Mitglied des Kleinen Konvents dem Bereich der Soziologie, der Politikwissenschaft sowie der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft angehören.
- Es dürfen nicht gleichzeitig mehrere Mitglieder des Kleinen Konvents einer Hochschule oder einem Institut angehören.
- Gewählt werden immer drei Mitglieder auf jeweils zwei Jahre.
- Das passive Wahlrecht ist nicht an die Präsenz bei der Tagung des Großen Konvents gebunden.
- Das aktive Wahlrecht kann nur persönlich während der Tagung des Großen Konvents wahrgenommen werden.
- Um gewählt zu werden, muss eine Person mindestens die Hälfte der abgegebenen Stimmen erreichen.

- Eine direkte Wiederwahl ist einmalig (ab 2018: zweimalig) möglich. Nach dem Ausscheiden aus dem Kleinen Konvent ist eine spätere Wiederwahl ebenfalls möglich. Dabei gelten die Erstberufungen von 2013 in diesem Sinne nicht als Wahl.
- Die Wahlliste wird von Vorstand und amtierendem Kleinen Konvent aufgestellt.
- Nach der Übersendung der Wahlliste sind bis zum Beginn des Großen Konvents weitere Nennungen möglich.
- Der Kleine Konvent soll ein Mitglied der nächsten akademischen Generation aus dem Bereich der Gesellschaftswissenschaften kooptieren. Für dieses stimmberechtigte Mitglied gilt eine Berufungszeit von zwei Jahren.

Als Mitglied der nächsten akademischen Generation wurde im November 2017 in den Kleinen Konvent kooptiert:

- Dr. Sebastian Kurtenbach, Universität Bielefeld

Die Wahl zum Kleinen Konvent wurde ordnungsgemäß während der Jahrestagung des Großen Konvents am 10. November 2017 vollzogen. Bei Frau Abels und Herrn Altmeyen fanden Wiederwahlen statt, sie gehören dem Kleinen Konvent seit 2014 an, Frau Robertson-von Trotha kandidierte erstmals. Die Kandidierenden hatten Gelegenheit, sich persönlich vorzustellen. Die Wahlbeteiligung lag bei 81 %. Jedes Mitglied des Großen Konvents hatte drei Stimmen. Dabei entfielen auf die Kandidierenden Stimmen in folgender prozentualer Verteilung:

Prof. Dr. Gabriele Abels	87 %
Prof. Dr. Klaus-Dieter Altmeyen	89 %
Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha	96 %

Prof. Dr. Gabriele Abels, geboren 1964, ist seit 2007 Professorin für Politische Systeme Deutschlands und der EU sowie Europäische Integration an der Universität Tübingen. Seit 2011 ist sie Jean-Monnet-Professorin. Abels studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Englische Philologie an der Universität Marburg. Sie ist Mitherausgeberin der „femina politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft“ und war von 2012 bis 2015 Vorsitzende der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Gabriele Abels ist seit 2014 Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung.

Prof. Dr. Klaus-Dieter Altmeyen, geboren 1956, ist Professor für Journalistik an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Von 2010 bis 2014 war Altmeyen Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Er ist seit 2014 Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung und dessen Sprecher. Seit November 2016 ist Altmeyen Co-Leiter des Zentrums für Ethik der Medien und der digitalen Gesellschaft und seit April 2017 Co-Leiter des Zentrums Flucht und Migration der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt.

Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha, geboren 1951, ist Direktorin des ZAK – Zentrum für Angewandte Kulturwissenschaft und Studium Generale am Karlsruher Institut für Technologie sowie Professorin für Soziologie und Kulturwissenschaft. Sie studierte Soziologie, Politologie, Philosophie und Geschichte in Heidelberg und Karlsruhe. Unter anderem ist sie Koordinatorin des deutschen Netzwerks der Anna Lindh Stiftung, Mitglied im Fachausschuss Kultur der Deutschen UNESCO-Kommission und Vorsitzende des Wissenschaftlichen Initiativkreises Kultur und Außenpolitik am Institut für Auslandsbeziehungen.



Vorstand und Kleiner Konvent der Schader-Stiftung danken dem Team der Geschäftsstelle für den Einsatz beim Großen Konvent 2017. Im Bild (v.l.n.r.): Aleksandra Ilic, Eberhard Littfaß, Kirsten Mensch, Tobias Robischon, László Göring, Peter Lonitz, David Meier-Arendt, Natascha Riegger, Verena Fries, Saskia Flegler, Alexander Gemeinhardt, Alla Stoll, Jens Hübertz, Till Miethe, Simone Mundinger, Alexander Hinz, Justus Heinecker

